

# Stenographisches Protokoll

581. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Donnerstag, 10. März 1994

## Tagesordnung

1. Erklärungen des Bundeskanzlers über „Perspektiven der österreichischen Europapolitik“ und des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten über „Beitrittsverhandlungen Österreichs zur Europäischen Union“
2. Personalversicherungsschema für das Personal der EFTA-Überwachungsbehörde und des EFTA-Gerichtshofes; Annahmeerklärung samt Anhang
3. Änderung des Kapitalmarktgesetzes
4. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Paraguay über die Förderung und den Schutz von Investitionen
5. Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970 und das Gebührengesetz 1957 geändert werden
6. Gebrauchsmustergesetz (GMG)

\*\*\*\*\*

## Inhalt

### Personalien

Krankmeldung (S. 28749)

Entschuldigungen (S. 28749)

### Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 28758)

Verlangen nach Durchführung einer namentlichen Abstimmung (S. 28808)

### Nationalrat

Beschlüsse und Gesetzesbeschlüsse (S. 28757)

### Ausschüsse

Zuweisungen (S. 28757)

Fragestunde (S. 28749)

## Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz (S. 28749)

Lukasser (362/M-BR/94)

Perl (370/M-BR/94)

Nußbaumer (368/M-BR/94)

Giesinger (363/M-BR/94)

Meier (371/M-BR/94)

Schierhuber (364/M-BR/94)

Markowitsch (372/M-BR/94)

Dr. Tremmel (369/M-BR/94)

Mag. Tusek (365/M-BR/94)

Gstöttner (373/M-BR/94)

Dr. Linzer (366/M-BR/94)

Schicker (374/M-BR/94)

Hüttmayr (367/M-BR/94)

Kraml (375/M-BR/94)

## Verhandlungen

- (1) Erklärungen des Bundeskanzlers über „Perspektiven der österreichischen Europapolitik“ und des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten über „Beitrittsverhandlungen Österreichs zur Europäischen Union“

Bundeskanzler Dr. Vranitzky  
(S. 28758)

Bundesminister Dr. Mock (S. 28761)

Debatte:

Dr. Dillersberger (S. 28765 und  
S. 28805),

Dr. h. c. Mautner Markhof  
(S. 28771),

Strutzenberger (S. 28775),

Dr. Prasch (S. 28778),

Dr. Kaufmann (S. 28781),

Haselbach (S. 28785),

Dr. Kapral (S. 28788),  
Staatssekretärin Mag. E d e r e r  
(S. 28792),  
Ing. Penz (S. 28793),  
Schicker (S. 28798),  
Schwab (S. 28799),  
Crepaz (S. 28801),  
Giesinger (S. 28803),  
Dr. Linzer (S. 28803),  
Jaud (S. 28804),  
Bundesminister Dr. Mock (S. 28806)  
und  
Bieringer (S. 28808)

Entschließungsantrag der Bundesräte Dr. Dillersberger und Kollegen betreffend Schutz vor dem Transitverkehr im Falle eines EU-Beitritts Österreichs (S. 28770) — A b l e h n u n g [(S. 28808) (namentliche Abstimmung)]

- (2) Beschluß des Nationalrates vom 2. März 1994: Personalversicherungsschema für das Personal der EFTA-Überwachungsbehörde und des EFTA-Gerichtshofes; Annahmeerklärung samt Anhang (1359 u. 1502/NR sowie 4759/BR d. B.)

Berichtersteller: Hiessl (S. 28809; Antrag, keinen Einspruch zu erheben — Annahme, S. 28811)

Redner:  
Dr. Kapral (S. 28810),  
Gstöttner (S. 28810) und  
Jaud (S. 28810)

#### Gemeinsame Beratung über

- (3) Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1994: Änderung des Kapitalmarktgesetzes (663/A u. 1517/NR sowie 4760/BR d. B.)
- (4) Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1994: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Paraguay über die Förderung und den Schutz von Investitionen (1236 u. 1518/NR sowie 4761/BR d. B.)

Berichtersteller: Ing. K a i p e l [S. 28811 f.; Antrag, zu (3) keinen Ein-

spruch zu erheben und zu (4) die Zustimmung zu erteilen — Annahme, S. 28814]

Redner:  
E l l m a u e r (S. 28812),  
W ö l l e r t (S. 28812) und  
Dr. Rockenschaub (S. 28813)

#### Gemeinsame Beratung über

- (5) Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1994: Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970 und das Gebührengesetz 1957 geändert werden (1234 u. 1522/NR sowie 4762/BR d. B.)
- (6) Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1994: Gebrauchsmustergesetz (GMG) (1235 u. 1523/NR sowie 4763/BR d. B.)

Berichtersteller: E l l m a u e r [S. 28815; Antrag, zu (5) und (6) keinen Einspruch zu erheben — Annahme, S. 28819]

Redner:  
P a y e r (S. 28815) und  
G a n t n e r (S. 28816)

#### Eingebracht wurden

#### Anfrage

der Bundesräte Dr. Riess und Kollegen an den Bundesminister für Inneres betreffend Fortsetzung zur Anfrage 5996/J, Schändung des jüdischen Friedhofes in Eisenstadt (975/J-BR/94)

#### Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Bundesräte Meier und Genossen (900/AB-BR/94 zu 966/J-BR/93)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Bundesräte Dr. Dillersberger und Kollegen (901/AB-BR/94 zu 973/J-BR/94)

des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten auf die Anfrage der Bundesräte Ing. Eberhard und Kollegen (902/AB-BR/94 zu 974/J-BR/94)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

**Präsident Alfred Gerstl:** Ich eröffne die 581. Sitzung des Bundesrates.

Das Amtliche Protokoll der 580. Sitzung des Bundesrates vom 17. Februar 1994 ist aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet hat sich Herr Bundesrat Erich Putz.

Entschuldigt haben sich die Mitglieder des Bundesrates Dr. Herbert Schambeck, Hans Ferlitsch und Stefan Prähauser.

Ich begrüße ganz besonders herzlich den im Hause erschienenen Herrn Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

### Fragestunde

**Präsident:** Wir gelangen zur Fragestunde.

Bevor wir mit der Fragestunde beginnen, mache ich darauf aufmerksam, daß jede Zusatzfrage in unmittelbarem Zusammenhang mit der Hauptfrage beziehungsweise der gegebenen Antwort stehen muß. Die Zusatzfrage darf nur eine konkrete Frage enthalten und darf nicht in mehrere Unterfragen geteilt sein.

In Anbetracht der unter dem 1. Tagesordnungspunkt vorgesehenen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten werde ich die Fragestunde nach einer Stunde beenden. Die nicht mehr zum Aufruf gelangenden Fragen werden vom Herrn Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz schriftlich beantwortet.

### Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz

**Präsident:** Ich beginne jetzt — um 9 Uhr 3 Minuten — mit dem Aufruf, und wir kommen zur 1. Anfrage, 362/M, an den Herrn Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz.

Ich bitte die Anfragestellerin, Frau Bundesrätin Therese Lukasser *(ÖVP, Tirol)*, um die Formulierung der Frage.

Bundesrätin Therese Lukasser: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

#### 362/M-BR/94

Welche Maßnahmen setzen Sie — insbesondere mit Hilfe der Schulärzte — dem steigenden Drogenkonsum Jugendlicher in Österreich entgegen?

Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz Dr. Michael Ausserwinkler: Sehr geehrte Frau Bundesrätin! Als erfolgreiche Maßnahmen gegen den Drogenkonsum haben sich allgemein Förderungsmaßnahmen zur Lebensbewältigung erwiesen. Die Förderung dieser Maßnahmen umfaßt im wesentlichen zwei Bereiche, und zwar erstens einen suchtmittelspezifischen und zweitens einen suchtmittelunspezifischen Bereich. Im ersteren Bereich werden gemeinsam mit allen in den Schulen Tätigen Suchtmittel vorgestellt, wird informiert über Suchtmittel, über die Wirksamkeit, und zwar legale und illegale Suchtmittel, mit dem Ziel, Standfestigkeit zu erreichen. Im letzteren wird die allgemeine Kompetenz zur Lebensbewältigung gefördert, werden Problemlösungs-, Kommunikationsfähigkeit, Selbstsicherheit und Eigenaktivität erhöht.

1992 haben wir gemeinsam mit dem Unterrichtsministerium — unter fachlicher Betreuung durch mein Haus — an alle Schulen Informationsmaterial ausgesandt. Wir haben das Material evaluiert, gemeinsam auch mit Ärzten diese Evaluationsunterlagen besprochen. In einer zweiten Welle wird nun eine zweite Information praktisch aus den Erfahrungen aus der Praxis heraus gestartet.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

Bundesrätin Therese Lukasser: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wie stehen Sie zu einer verpflichtenden schulärztlichen Untersuchung, bei der die Schüler nicht nur auf Plattfüße und Rundrücken, sondern auch auf Drogenkonsum hin kontrolliert werden können?

**Präsident:** Bitte.

Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler: Wir haben gemeinsam mit dem schulärztlichen Dienst im Unterrichtsministerium diese Frage erörtert. Es wird in dieser Phase 2, von der ich schon gesprochen habe, wahrscheinlich pilotartig überlegt werden, in welcher Form ein Untersuchungsprogramm stattfinden kann. Eine entsprechende Unterlage wird gemeinsam mit Kinderärzten in Österreich ausgearbeitet. Eine entsprechende Tagung zu diesem Thema findet in zwei Monaten statt.

**Präsident:** Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

Bundesrätin Therese Lukasser: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sind Sie gegen die Liberalisierung im Drogenbereich?

**Präsident****Präsident:** Bitte.

Bundesminister Dr. Michael **Ausserwinkler:** Ich glaube, daß das derzeitige Suchtgiftgesetz klare Linien zieht. Ich bin gegen eine Freigabe von sogenannten — derzeit illegalen — „weichen“ Drogen, im speziellen von Cannabis.

**Präsident:** Wir gelangen nunmehr zur 2. Anfrage, 370/M, an den Herrn Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz.

Ich bitte die Anfragestellerin, Frau Bundesrätin Gertrude Perl (*SPÖ, Wien*), um die Formulierung der Frage.

Bundesrätin Gertrude **Perl:** Sehr geehrter Herr Bundesrat! Meine Frage lautet:

**370/M-BR/94**

Ist der von Ihnen dem Ministerrat vorgelegte Entwurf eines Gentechnikgesetzes ein Beitrag zur EWR-Rechtsanpassung?

Bundesminister Dr. Michael **Ausserwinkler:** Sehr geehrte Frau Bundesrätin! Der Entwurf des Gentechnikgesetzes setzt die Richtlinie 90/219 EWR über die Anwendung gentechnisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen und die Richtlinie 90/220 EWG über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt in das österreichische Recht um.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

Bundesrätin Gertrude **Perl:** Sind die vorgesehenen gesetzlichen Regelungen, die über die beiden einschlägigen Richtlinien dann hinausgehen, EU-konform?

Bundesminister Dr. Michael **Ausserwinkler:** Wie Sie richtig gesagt haben, gehen wir über die EU-Richtlinien hinaus, und zwar vor allem in jenem Bereich, den man als den ethischen Bereich, den Bereich der Sozialverträglichkeit ansehen kann. In jenen Bereichen, in denen wir festlegen, wie mit Genanalysen umzugehen ist, nämlich daß Genanalysen nicht frei zugänglich sind, daß Genanalytik nur von spezifisch ausgebildeten Ärzten gemacht werden kann, in diesen Bereichen gehen wir deutlich über die EU-Richtlinien hinaus.

**Präsident:** Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher zur 3. Anfrage: Ich bitte Herrn Bundesrat Horst Nußbaumer (*FPÖ, Oberösterreich*) um die Formulierung seiner Frage.

Bundesrat Horst **Nußbaumer:** Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

**368/M-BR/94**

Was werden Sie unternehmen, um in Zukunft zu verhindern, daß drogenabhängige Kinder von Spitälern abgewiesen werden, somit ohne seelische und medizinische Betreuung bleiben, da es spezifische Einrichtungen für diese Problemgruppe nicht gibt?

**Präsident:** Bitte.

Bundesminister Dr. Michael **Ausserwinkler:** Sehr geehrter Herr Bundesrat! Ich glaube, es erübrigt sich, in diesem Kreis den Kompetenztatbestand Krankenanstalten in seiner verfassungsrechtlichen Festlegung näher zu erörtern. Der Bund hat die Möglichkeit der Grundsatzgesetzgebung bei den Krankenanstalten. In dieser Grundsatzgesetzgebung ist aber schon klar enthalten, daß unabweisbare, aus medizinischen Gründen unabweisbare Patienten aufzunehmen und zu behandeln sind.

Wir haben auch das Dokumentationssystem in den letzten Jahren deutlich erweitert, sodaß diese Unabweisbarkeit auch entsprechend dokumentiert werden muß. Mit der letzten Krankenanstaltengesetz-Novelle wurde noch einmal diese Dokumentationspflicht etwas verschärft, um diesen Personenkreis auch erfassen zu können.

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, daß zu den jetzt schon bestehenden Einrichtungen, die kinder- und jugendlichenspezifisch sind, weitere geschaffen werden, denn es zeigt vor allem die Statistik 1989 bis 1992, daß die Drogenopfer deutlich jünger werden.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur nächsten Anfrage: Frau Bundesrätin Ilse Giesinger (*ÖVP, Vorarlberg*) an den Herrn Minister.

Bundesrätin Ilse **Giesinger:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

**363/M-BR/94**

Wann kann mit politisch akkordierten Vorlagen über eine Neugestaltung der mit Ende 1994 auslaufenden Regelungen des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds gerechnet werden?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Michael **Ausserwinkler:** Sehr geehrte Frau Bundesrätin! In der letzten zwischen Bund und Ländern geschlossenen KRAZAF-Vereinbarung ist verankert, daß die Verhandlungen über die Reformen des österreichischen Gesundheitswesens aufgrund der damals im März 1991 vereinbarten 22 Punkte geführt werden.

Im Sinne dieses 22-Punkte-Programms wird als Nachfolge des derzeitigen KRAZAF die Installie-

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler**

zung eines Gesundheitsfonds vorgesehen, der insbesondere über die jetzt schon vorhandenen gesundheitspolitischen Aufgaben hinaus weitere übernehmen soll. Voraussetzung für den Abschluß einer weiteren Vereinbarung ist die Verhandlung mit den neun Bundesländern. Derzeit werden Punkt für Punkt dieser KRAZAF-Vereinbarung 1991 aufgrund des bisherigen Projektfahrplanes verhandelt und besprochen.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

Bundesrätin Ilse **Giesinger:** Herr Bundesminister! Der österreichische Durchschnittspatient verbrachte 1991 10,6 Tage im Krankenhaus. Zum Vergleich: Ein deutscher Kranker lag nur 8,4 Tage im Spital.

Bei einer Reduktion der Dauer des Krankenhausaufenthaltes um einen Tag könnten pro Jahr 1,9 Milliarden Schilling, bei einer Reduktion von drei Tagen 5,7 Milliarden Schilling eingespart werden.

Welche Maßnahmen haben Sie, Herr Bundesminister, gesetzt, um einer Verkürzung des Krankenhausaufenthaltes Rechnung zu tragen, und wie stehen Sie zur leistungsorientierten, diagnosebezogenen Abrechnung in den Krankenhäusern?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Michael **Ausserwinkler:** Die von Ihnen angesprochene Einsparungszahl in direkte Korrelation mit den Aufenthaltstagen zu bringen, ist eine etwas zu direkte Schlußfolgerung. Das heißt, eine Reduktion der Zahl der Aufenthaltstage kann nur dann zur Einsparung führen, wenn auch Strukturänderungen stattfinden, wenn eben nicht nur in einzelnen Spitälern einzelne Betten gesperrt werden, sondern wenn darüber hinaus Gesamtstrukturfragen, Versorgungsstrukturfragen auch neu definiert werden. — Das zum ersten.

Zum zweiten: Es sind Strukturmittel das letzte Mal auch vorgesehen worden, und zwar in der letzten KRAZAF-Vereinbarung. Die Länder können 10 bis 25 Prozent der KRAZAF-Mittel für strukturverbessernde Maßnahmen einsetzen. Es sind ganz unterschiedliche Maßnahmen österreichweit gesetzt worden, aber insgesamt ist es zu einer Verstärkung von Strukturen im extramuralen Bereich gekommen.

Zum letzten von Ihnen angesprochenen Bereich: Die leistungsorientierte Finanzierung ist ein ausgezeichnetes Mittel, eine Organisationsentwicklung in Gang zu setzen, um Krankenanstalten zu veranlassen, in Richtung tageschirurgischer, aber auch in Richtung fünf-tages-klinischer Leistungen zu gehen, somit auch dienstzeit-

freundlichere Modelle anzubieten. Das heißt, es ist das ein wesentlicher Schritt zu einer Reform.

**Präsident:** Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

Bundesrätin Ilse **Giesinger:** Herr Bundesminister! Was unternehmen Sie, um Spitalsleistungen auszulagern und ambulante Versorgungssysteme sowie mobile Dienste zu forcieren?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Michael **Ausserwinkler:** Es wurden eine Reihe von Maßnahmen gesetzt: Sehr zentral zu sehen ist die Ausarbeitung des Konzeptes für die integrierten Sozial- und Gesundheits-sprengel, die unterschiedlich stark in Österreich umgesetzt worden sind, sich teilweise in Ländergesetzen schon als klarer Tatbestand finden, in einigen Ländern derzeit auch in Verhandlung sind, um sie umsetzen zu können.

Des weiteren gibt es Kontakte mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger. Es gibt neue Modelle, auch Honorierungsmodelle, bei niedergelassenen Ärzten, damit vor allem auch der Faktor Zeit in der Medizin außerhalb des Krankenhauses stärker berücksichtigt wird, der vor allem die bessere Betreuung chronisch Kranker und älterer Patienten außerhalb des Krankenhauses ermöglicht.

Die weiteren Maßnahmen, die Sie auch kennen — Pflegegeldgesetz, Maßnahmen in Richtung der Vereinbarung der Hauskrankenpflege —, sind in diesem Konzept auch als wesentliche Teilbereiche anzusprechen.

**Präsident:** Wir gelangen nun zur 5. Anfrage.

Ich bitte Herrn Bundesrat Erhard Meier (*SPÖ, Steiermark*) um seine Frage.

Bundesrat Erhard **Meier:** Sehr geehrter Herr Minister! Meine Frage lautet:

**371/M-BR/94**

Wie sieht der Zeitplan für die Verwirklichung der leistungsorientierten Spitalsfinanzierung aus?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Michael **Ausserwinkler:** Der Projektfahrplan wurde mit der letzten KRAZAF-Vereinbarung klar festgelegt.

Aktuell ist es so, daß am 11. April 1994 eine weitere Sitzung des politischen Steuerungsausschusses zum Projekt LKF stattfindet, bei der die Ergebnisse der Parallelrechnungen erörtert und auch die Resultate aus den sogenannten Probekrankenhäusern in die Erörterungen miteinbezogen werden.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler**

Des weiteren finden permanent Evaluierungsarbeiten zum Modell statt, um auch die medizinische Plausibilität immer rechtfertigen. Diese Evaluierungsarbeiten haben als wesentliche Basis auch die Parallelrechnung 1993, in der es möglich war, doch sehr tief in Struktur- und Steuerungsfragen hineinzublicken.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen zur 6. Frage.

Ich bitte Frau Bundesrätin Agnes Schierhuber (*ÖVP, Niederösterreich*) um ihre Frage.

Bundesrätin Agnes **Schierhuber:** Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

**364/M-BR/94**

Wann können HIV-infizierte Bluter mit der in der Regierung besprochenen Dotierung einer raschen sowie unbürokratischen Unterstützung in der Höhe von 15 000 S aus dem Unterstützungsfonds rechnen?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Michael **Ausserwinkler:** Es hat diesbezüglich unterschiedliche Wünsche und Vorstellungen gegeben.

Bisher hatten wir das System der abgestuften Abgeltung, je nachdem, ob es sich um einen HIV-Positiven, um einen AIDS-Kranken oder um einen Waisen nach einem Todesfall handelt.

Mein Wunsch war, jenen Betrag, der für die AIDS-Kranken zur Verfügung steht, relativ rasch auf 15 000 S aufzustocken.

Aus dem Betroffenenkreis selbst kam aber sehr kräftig und deutlich der Wunsch, daß auch die Beträge für HIV-Positive und Waisen gleichzeitig deutlich angehoben werden. Deshalb ist in diesem ersten Schritt eine Anhebung auf 10 000 S für alle und in einem zweiten Schritt eine Anhebung auf 15 000 S vorgesehen.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

Bundesrätin Agnes **Schierhuber:** Herr Bundesminister! Wann ist mit der obligatorischen Einführung des sogenannten Neopterin-Tests für Blutkonserven in ganz Österreich zu rechnen?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Michael **Ausserwinkler:** Der Stand 1992/1993 war folgender: Es gab damals eine Methode zur Nachweisung des Neopterin, bei der radioaktives Material verwendet werden mußte, die sogenannte REA-Methode, die Stand der Wissenschaft war.

Im Jahr 1993 hat sich eine neue Methode entwickelt, die sogenannte ELISA-Methode, bei der nicht mehr radioaktives Material bei der Untersuchung verwendet werden muß.

Die radioaktiv gesteuerte Maßnahme hätte zu Beginn 1994 durchaus sofort eingeführt werden können. Das hätte Investitionen in sehr hohem Ausmaß erfordert und hätte dazu geführt, daß wahrscheinlich nach einem halben Jahr wieder diese Investitionen als Fehlinvestitionen anzusehen sind; die radioaktiven Labors hätten wieder abgeräumt werden müssen. Deshalb haben wir eine Validierung des neuen Tests vorgenommen, und ich rechne damit, daß in diesem Jahr auf jeden Fall dessen Einführung stattfinden kann.

**Präsident:** Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

Bundesrätin Agnes **Schierhuber:** Herr Bundesminister! Wann legen Sie den in „News“ angekündigten Endbericht über einen möglichen österreichischen AIDS-Skandal vor?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Michael **Ausserwinkler:** Frau Bundesrätin! Ich habe bei einem Gespräch mit den Landesgesundheitsreferenten und in einer im Anschluß daran stattfindenden Pressekonferenz im November letzten Jahres den Bericht kommentiert und den Landesgesundheitsreferenten auch zur Kenntnis gebracht.

Im Februar 1994 wurde dieser Bericht von der Staatsanwaltschaft angefordert, sodaß ich mich nicht befähigt sehe, jetzt Teile dieses Berichtes auch der Öffentlichkeit vorzulegen, sondern es ist jetzt Sache der Staatsanwaltschaft, diesen Bericht entsprechend zu prüfen und Schritte beziehungsweise keine Schritte einzuleiten.

**Präsident:** Wir gelangen nunmehr zur 7. Anfrage.

Ich bitte Frau Bundesrätin Helga Markowitsch (*SPÖ, Niederösterreich*) um ihre Frage.

Bundesrätin Helga **Markowitsch:** Herr Minister! Meine Frage lautet:

**372/M-BR/94**

Inwieweit ist sichergestellt, daß in Österreich keine gesundheitsschädlichen Lebensmittelzusatzstoffe Lebensmitteln zugesetzt werden?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Michael **Ausserwinkler:** Frau Bundesrätin! Zusatzstoffe dürfen im EU-Raum, aber selbstverständlich auch in Österreich bei der Herstellung von Lebensmitteln nur dann verwendet werden, wenn sie für die Gesundheit unbedenklich sind.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler**

In Österreich werden Zusatzstoffe nur dann zugelassen, wenn in einem Zulassungsverfahren festgestellt worden ist, daß keine gesundheitlichen Bedenken dagegen bestehen. Es wird dabei ein sehr strenger Maßstab angewandt, weshalb viele in anderen Ländern zugelassene Stoffe bei uns verboten sind.

Im übrigen ist zu bemerken, daß die in Schulen und Betrieben verteilten Listen, die zu einer großen Verunsicherung geführt haben, mit einer Aufgliederung der Lebensmittelzusatzstoffe nach ihren E-Nummern, welche vorgeben, von französischen Krankenanstalten oder vom St. Anna Kinderspital zu stammen, klare Fälschungen sind. Bewertungen, die den einzelnen Zusatzstoffen gesundheitsschädigende Eigenschaften unterstellen, sind somit unrichtig.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte sehr.

**Bundesrätin Helga Markowitsch:** Wie bewerten Sie die seit Mitte des Jahres 1987 in Österreich aufgetauchten Listen von Lebensmittelzusatzstoffen, die Bewertungen wie „verdächtig“, „gefälscht“, „Darmstörungen“, „Verdauungsstörungen“, „Hauterkrankungen“, „Gefäßkrankungen“ und „krebserregend“ aufweisen?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundesminister.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Es handelt sich dabei um bewußte Desinformation. Ich habe auch darauf aufmerksam gemacht: Bereits vor meinem Amtsantritt, und zwar im Juli 1987, und auch dann während meiner Amtstätigkeit im Mai 1993 wurde ein Ersuchen an die Landeshauptleute gerichtet, die Schulbehörden und die Organe der Lebensmittelaufsicht in ihrem Aufsichtsbereich über die Fälschungen in Kenntnis zu setzen. Durch entsprechende Presseaussendungen in den Jahren 1987, 1989 und zuletzt 1993 wurde versucht, die Bevölkerung direkt über diese offensichtlich bewußte Desinformation in Kenntnis zu setzen.

**Präsident:** Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

**Bundesrätin Helga Markowitsch:** Ist die Öffentlichkeit dann von dieser absichtlichen Irreführung informiert worden?

**Präsident:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Frau Bundesrätin! Ich glaube, daß mit diesem Informationskonzept einmal klargelegt wurde, daß es sich um Fälschungen handelt. Leider spielen gerade in diesem Bereich der Lebensmittel Emotionen und emotionelle Beurteilungen eine große Rolle, und mit jeder Desinformation ist ein Schaden gesetzt worden, der nie mehr ganz gutzu-

machen ist, und es war aufgrund dessen eine Verunsicherung da, die nie mehr ganz gutzumachen ist. Deshalb sind diese Dinge auch ganz eindeutig zurückzuweisen.

**Präsident:** Wir gelangen nunmehr zur 8. Anfrage: Herr Bundesrat Dr. Paul Tremmel (*FPÖ, Steiermark*) an den Herrn Bundesminister.

**Bundesrat Dr. Paul Tremmel:** Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

**369/M-BR/94**

Wie hoch sind die durch die letzte Novelle des Krankenanstaltengesetzes tatsächlich verursachten Mehraufwendungen in den einzelnen Bundesländern?

**Präsident:** Herr Minister, bitte.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Herr Bundesrat! Wie Sie wissen, hat der Bund die Möglichkeit der Grundsatzgesetzgebung. Diese Möglichkeit wurde mit der KAG-Novelle 1993 wahrgenommen. Diese KAG-Novelle ist noch in keinem Bundesland in Richtung Ausführungsgesetzgebung umgesetzt worden. Deshalb ist es auch nicht möglich, jetzt die Kostenauswirkung der Bundes-KAG-Novelle zu beurteilen.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

**Bundesrat Dr. Paul Tremmel:** In den Erläuterungen zu diesem Gesetz, das im November vorigen Jahres beschlossen wurde, wird von finanziellen Mehraufwendungen für die Bundesländer gesprochen. Glauben Sie nicht, Herr Bundesminister, daß es notwendig gewesen wäre — so wie das etwa auch der Wiener Vizebürgermeister Mayr verlangt hat —, diesbezüglich zu einer Artikel-15a-Vereinbarung im Sinne unserer Bundesverfassung zu kommen?

**Präsident:** Herr Minister, bitte.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Ich glaube, daß der Verfassung im Rahmen der Festlegung der Grundsatzgesetzgebung des Bundes entsprochen wurde und die Länder nicht überfahren worden sind, denn es sind ja Gespräche mit den Ländern geführt worden. Es war beispielsweise auch der von Ihnen erwähnte Landesvertreter in den Unterausschußberatungen des Nationalrates anwesend. Eine Artikel-15a-Vereinbarung wird in mehreren Punkten, die im KAG angesprochen worden sind, zu schließen sein. Ganz wesentlich ist dabei die Artikel-15a-Vereinbarung zum Thema Patientenrechte.

**Präsident:** Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

**Bundesrat Dr. Paul Tremmel:** Bis wann, Herr Bundesminister, glauben Sie, daß Berechnungen

**Dr. Paul Tremmel**

vorliegen? Wie hoch werden die zusätzlichen finanziellen Auswirkungen für die Bundesländer sein?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Das kann man erst nach Vorliegen der Ausführungsgesetze konkret beantworten, und das ist aus folgendem Grund auch nicht leicht zu vollziehen: Es ist beispielsweise im Rahmen der Etablierung eines Hygieneteams neben den positiven Auswirkungen auch zu sehen, daß in Österreich die Problematik der sogenannten Hospitalismuserkrankungen zunimmt. Das sind Infektionen, die eigentlich erst im Krankenhaus entstehen. Keime werden selektioniert. Die Behandlung in diesem Bereich wird immer teurer. Da sind durch das Hygieneteam Prophylaxemaßnahmen vorgesehen, die durchaus auch in eine andere Richtung kostenrelevante Wirkungen bringen können.

**Präsident:** Wir gelangen nunmehr zur 9. Anfrage.

Ich bitte Herrn Bundesrat Mag. Gerhard Tusek (*ÖVP, Oberösterreich*) um die Formulierung seiner Frage.

**Bundesrat Mag. Gerhard Tusek:** Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

**365/M-BR/94**

Was unternehmen Sie, um die Schaffung von integrierten Gesundheits- und Sozialsprengeln als regionale Koordinierungseinrichtungen für die Organisation von sozialen und medizinischen Diensten durch öffentliche und private Träger zu forcieren?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundesminister.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Herr Bundesrat! Im Auftrag meines Ministeriums hat das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen Grundlagen und Handlungsanleitungen für den Aufbau von integrierten Gesundheits- und Sozialsprengeln in Österreich entwickelt. In einem praxisbezogenen Projektteil wurde ein Handbuch zu diesem Thema erarbeitet und veröffentlicht und vorher mit Vertretern lokaler Behörden der Bundesländer und Städte besprochen. Dabei waren auch immer wieder private Initiatoren anwesend, die in solchen Gesundheits- und Sozialsprengeln mitarbeiten wollen und an deren Gründung interessiert sind.

Mit diesen Aktivitäten ist seitens des Bundes die fundierte fachliche Unterstützung für die Errichtung gegeben worden. Darüber hinaus sind im Rahmen der Strukturmittel, die über den KRAZAF verteilt werden, sehr viele strukturverbessernde Maßnahmen auf Grundlage dieser Gesundheits- und Sozialsprengel durchgeführt worden. Das derzeit geltende Bundesgesetz über die

Errichtung eines Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds sieht ausdrücklich die Verwendung dieser Mittel für den Ausbau integrierter Versorgungssysteme wie auch von Sozial- und Gesundheitssprengeln vor.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte sehr.

**Bundesrat Mag. Gerhard Tusek:** Herr Bundesminister! Ich danke für die grundsätzliche Beantwortung. Ich darf etwas konkreter werden. Haben Sie bereits eine Erhebung über die konkreten, bisher gestarteten Maßnahmen und Initiativen in diesem Bereich in Auftrag gegeben?

**Präsident:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Es wurde in erster Phase eine Begleitung der beginnenden Projekte vorgesehen. Es ist sicherlich Thema der jetzt laufenden KRAZAF-Verhandlungen, inwieweit eine Evaluierung der jetzt durchgeführten Maßnahmen im Strukturbereich gemeinsam von Bund und Ländern durchgeführt werden soll.

**Präsident:** Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

**Bundesrat Mag. Gerhard Tusek:** Herr Bundesminister! Die Antwort dieser Zusatzfrage war schon zum Teil in Ihrer ersten Antwort enthalten: Sind Sie also bei den Gesprächen über die Schaffung dieser integrierten Gesundheits- und Sozialsprengel mit den Bundesländern dabei?

**Präsident:** Herr Minister, bitte.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Die Bundesländer haben teilweise bereits Landesgesetze beschlossen, die in diese Richtung gehen. Ich sehe für den Bund hier eine wesentliche Begleitungsaufgabe, wenn dies erwünscht ist, aber auch die Aufgabe, bei einer neuen Vereinbarung zum KRAZAF beziehungsweise dann bei der Schaffung des Gesundheitsfonds eine Festlegung zu treffen, wie diese Begleitung und Evaluierung auch technisch aussehen soll.

**Präsident:** Wir gelangen nunmehr zur 10. Anfrage. Ich bitte Herrn Bundesrat Ferdinand Gstöttner (*SPÖ, Oberösterreich*) um die Formulierung seiner Frage.

**Bundesrat Ferdinand Gstöttner:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

**373/M-BR/94**

Welche Aufklärungsmaßnahmen betreffend AIDS wurden im Jahr 1993 gesetzt?

**Präsident:** Herr Bundesminister, bitte.



**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler**

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Herr Bundesrat! 1993 wurde eine AIDS-Informationenkampagne unter dem Motto „AIDS geht uns alle an“ durchgeführt. Inhalt und Zielrichtung dieser Kampagne war, einerseits das Verständnis für die Krankheit und den Umgang mit Kranken zu verbessern, andererseits aber den Wissensstand zu erhöhen. Mittel dieser Kampagne waren Kino-, Fernseh- und Hörfunkspots sowie Plakate.

Um die Wirksamkeit dieser Kampagne zu vertiefen, erfolgte dann auch noch ein spezielles Inseratenpaket am Ende des Jahres zu diesem Thema.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

**Bundesrat Ferdinand Gstöttner:** Herr Bundesminister! Welche Aufklärungsmaßnahmen werden Sie in Zukunft setzen?

**Präsident:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Herr Bundesrat! In diesem Zusammenhang ist zu sehen, daß wir immer vom Wissensstand und vom Handlungsstand der österreichischen Bevölkerung, vor allem der österreichischen Jugend ausgehen. Wir konnten sehen, daß sich der Wissensstand verbessert hat, aber der Handlungsstatus noch nicht befriedigend ist. Deshalb sind neben den Grundinformationen, die fortgesetzt werden, AIDS-Informationen für alle notwendig, ist auch an Zielgruppen spezifischer heranzugehen, beispielsweise an Fernreisende mit der Broschüre „Gute Reisetips für Fernreisende“. Darüber hinaus muß die Arbeit in den Schulen selbst verstärkt werden, und es geht jetzt darum, mit entsprechender Schulung von „Multiplikatoren“ vor allem direkt an die Jugend heranzukommen.

**Präsident:** Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nun zur 11. Anfrage. Ich bitte Herrn Bundesrat Dr. Milan Linzer (*ÖVP, Burgenland*) um die Formulierung seiner Frage.

**Bundesrat Dr. Milan Linzer:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine Frage lautet.

**366/M-BR/94**

Wann kann mit praktikablen Arbeitszeitregelungen für Spitalsbedienstete gerechnet werden?

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Sehr geehrter Herr Bundesrat! Die Einführung eines neuen Arbeitszeitmodells für Ärzte und sonstige Spitalsbedienstete fällt primär nicht in meinen Zuständigkeitsbereich. In meiner Funktion als Gesundheitsminister habe ich es als meine Pflicht angesehen, als Koordinator zur Problemlösung beizutragen. Ich habe daher mit dem Wis-

senschaftsminister, dem Bundesminister für Arbeit und Soziales und dem Herrn Staatssekretär für Beamtenfragen Kontakt aufgenommen und eine aus diesen Personen sowie beigezogenen Experten der jeweiligen Ressorts zusammengesetzte Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen eingerichtet.

Aufgrund der Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe hat sich der Herr Wissenschaftsminister bereit erklärt, die in seinem Kompetenzbereich liegende Arbeitszeitregelung für die Ärzte an der Innsbrucker Universitätsklinik als sogenanntes Modell Tirol, das primär nur als ein Modell des Landesdienstes zu sehen war, miteinzubeziehen.

Dieses Modell ist auf ein Jahr befristet. Es geht darum, aus diesem Modell wesentliche Erfahrungen über Arbeitsbelastung, vor allem in der Nacht zu gewinnen, aber auch notwendige Synergien zwischen Ärztedienstzeiten und Schwesterndienstzeiten, zwischen der Art der teambezogenen Pflege beziehungsweise jener Pflege, die aufgrund anderer Mechanismen organisiert ist, zu evaluieren und dann umzusetzen.

Des weiteren werden Arbeitszeitprojekte, die in Unfallkrankenhäusern Österreichs eingeführt sind, parallel dazu auch in diesem Jahr evaluiert, um im Jahr 1995 entsprechende gesetzliche Implimentierungen vorsehen zu können.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

**Bundesrat Dr. Milan Linzer:** Herr Bundesminister! Können Sie in etwa darstellen, wie viele Planposten beim Pflegepersonal bundesweit derzeit unbesetzt sind?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Es gibt eine ÖPIG-Studie, die vor einigen Jahren von einem Mangel von 5 000 Pflegekräften gesprochen hat. Wir haben aber durch das neue Bundeskrankenanstaltengesetz erstmals die Möglichkeit geschaffen, mit der Festschreibung der Personalbedarfsprüfung zu klaren Daten zu kommen. Das heißt, Personalbedarfsprüfungsmodelle müssen jetzt etabliert werden, um endlich einen Zusammenhang zwischen Personalbedarf in der täglichen Praxis und Ausbildungssystemen herzustellen.

**Präsident:** Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

**Bundesrat Dr. Milan Linzer:** Herr Bundesminister! Gestatten Sie mir eine lokalspezifische Frage: Aufgrund von Erfahrungen weiß man, daß im Burgenland Damen und Herren eine große Bereitschaft zum Pflegepersonalberuf beziehungsweise Spitalsbedienstetenberuf haben. Wür-

**Dr. Milan Linzer**

den Sie die Errichtung einer weiteren Schule — ich weiß, das ist Landessache — befürworten?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundesminister.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Sehr geehrter Herr Bundesrat! Ich kann Ihnen jetzt keine Antwort auf Ihre lokalspezifische Frage geben, bin aber der Meinung, daß österreichweit auf jeden Fall der Ausbau von Ausbildungskapazitäten sinnvoll und notwendig ist.

**Präsident:** Wir gelangen nun zur 12. Anfrage. Ich bitte Frau Bundesrätin Johanna Schicker (*SPÖ, Steiermark*) um die Formulierung ihrer Frage.

**Bundesrätin Johanna Schicker:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

**374/M-BR/94**

Wie war die Entwicklung bezüglich bakterieller Lebensmittelvergiftungen in den Jahren 1992 und 1993?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundesminister.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Frau Bundesrätin! Die Zahl der bakteriellen Lebensmittelvergiftungen ist von 11 125 Erkrankungen mit neun Todesfällen im Jahr 1992 auf 9 882 Erkrankungen mit drei Sterbefällen im Jahr 1993 zurückgegangen.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

**Bundesrätin Johanna Schicker:** Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Worauf führen Sie das zurück, Herr Minister?

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Ich bin der Meinung, daß in den letzten drei Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen diese Entwicklung wesentlich mitbeeinflusst hat. Einerseits gab es die Geflügelhygiene-Verordnung, diese klaren Richtlinien sind in diesem Bereich notwendig gewesen, und die Umsetzung ist offensichtlich ausreichend erfolgt.

Weiters haben wir uns mit den Konsumenten selbst über viele Informationsschienen in Verbindung gesetzt, zum Beispiel über entsprechende Merkblätter, Beiträge in Zeitungen zum Thema Lebensmittelvergiftungen, wie man sich davor schützt. Weiters hat es Merkblätter für Küchenhygiene in Großküchen gegeben, sodaß ich meine, daß diese gefährliche Infektionskette an mehreren Stellen unterbrochen werden konnte.

**Präsident:** Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen daher zur 13. Anfrage. Ich bitte Herrn Bundesrat Anton Hüttmayr (*ÖVP, Oberösterreich*) um seine Frage.

**Bundesrat Anton Hüttmayr:** Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

**367/M-BR/94**

Sind die Arbeiten für einen Großgeräteplan der österreichischen Krankenanstalten bereits abgeschlossen beziehungsweise wann kann mit einem Abschluß gerechnet werden?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundesminister.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Herr Bundesrat! Die vom KRAZAF schon im Jahr 1989 in Auftrag gegebene erste Studie zur Erarbeitung von Bedarfs- und Standortfragen und entsprechenden Plänen auch für Großgeräte wurde im Jahr 1990 abgeschlossen. Im Jahr 1992 wurde dann ein weiterer wesentlicher Schritt gesetzt mit der Beauftragung eines Expertenteams zur Erstellung einer Folgestudie mit noch klarerer Definition des Bedarfs. In dieser Folgestudie wurden neue Geräte mitaufgenommen und Geräte, die bisher drinnen waren, neu bewertet. Diese liegt seit November 1993 vor und ist eine wesentliche Grundlage, um in der KRAZAF-Fonds-Versammlung nach § 14 zu entscheiden, wo Großgeräte genehmigt oder nicht genehmigt werden beziehungsweise Zuschüsse genehmigt oder nicht genehmigt werden.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

**Bundesrat Anton Hüttmayr:** Herr Bundesminister! Sollten bei der Auswahl der Standorte für diverse Großgeräte Ihrer Meinung nach zum Beispiel bei einem Kernspintomographen nicht doch stärker regionalpolitische Bereiche oder Gesichtspunkte berücksichtigt werden? Ich bringe ein Beispiel aus Oberösterreich: Wir haben fünf Kernspintomographen im Land, davon sind vier in Linz und einer in Wels stationiert. Auf das gesamte Landesgebiet gesehen ist das doch ein bißchen merkwürdig.

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Die Großgerätestudie sieht nicht nur vor, daß ein Kernspintomograph pro 200 000 Einwohner zu etablieren ist, sondern darüber hinaus nimmt die Großgerätestudie auch auf regionale Fragen Rücksicht.

Die derzeit in Verhandlung stehenden Kernspintomographen — es gibt bereits genehmigte Zuschüsse für diese — werden in Oberösterreich regional gestreut aufgestellt werden.

**Präsident**

**Präsident:** Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

**Bundesrat Anton Hüttmayr:** Herr Bundesminister! Gibt es Studien über die Auslastung dieser Großgeräte beziehungsweise wie wird die Anschaffung dieser Großgeräte durch Ihr Bundesministerium gefördert?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Das Bundesministerium selbst gibt keine Zuschüsse, da dies über den KRAZAF gemäß den im § 14 des entsprechenden Gesetzes festgelegten Richtlinien geschieht. Dabei ist die Bedarfsfrage die wesentliche Frage, aber auch die Frage gewisser Vorhalteleistungen, die notwendig sind, spielt eine Rolle. Diese beiden Kriterien — hinzu kommt noch die Frage Personal, welches diese Geräte betreut — sind die entscheidenden Kriterien. Weiters spielt eine Rolle, in welchem Bereich die notwendige klinische Infrastruktur gegeben ist, damit über den Bedarf oder Nichtbedarf entschieden werden kann. Diese Großgerätestudie wird im allgemeinen von den Mitgliedern der KRAZAF-Fondsversammlung akzeptiert, trotzdem haben wir jetzt noch Arbeitsgruppen eingesetzt, die an die Bedarfs- und Auslastungsfrage noch näher herankommen sollen.

**Präsident:** Wir gelangen nun zur 14. und letzten Anfrage: Herr Bundesrat Johann Kraml (*SPÖ, Oberösterreich*) an den Herrn Bundesminister.

**Bundesrat Johann Kraml:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine Anfrage lautet:

**375/M-BR/94**

Welche grundsätzlichen Zielsetzungen verfolgt die Ende 1993 neu geschaffene Struktur der Österreichischen Sporthilfe?

**Bundesminister Dr. Michael Ausserwinkler:** Die Österreichische Sporthilfe muß rasch und effizient im Sinne der Sportler Entscheidungen treffen können. Deshalb wurde die Gesamtstruktur auch im Sinne der Neufestlegung der Statuten, im Sinne der Neufestlegung der Geschäftsordnung für den Geschäftsführer klar geregelt. Des weiteren wurden neue Schwerpunkte im Bereich des Basisbudgets und des sogenannten Aktionsbudgets gesetzt. Eine weitere zusätzliche, in der Sporthilfe grundsätzlich bereits fixierte Vorgangsweise ist die Erarbeitung von Modellen, die vorsehen sollen, wie man für besonders förderungswürdige SportlerInnen bessere Maßnahmen setzen kann.

**Präsident:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Die Fragestunde ist damit beendet.

Ich danke Herrn Bundesminister Ausserwinkler herzlichst.

**Einlauf und Zuweisungen**

**Präsident:** Eingelangt sind drei Anfragebeantwortungen, die den Antragstellern übermittelt wurden.

Die Anfragebeantwortungen wurden vervielfältigt und auch an alle übrigen Mitglieder des Bundesrates verteilt.

Die eingelangten Berichte

des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten betreffend den Bericht über die österreichische Mitgliedschaft im Sicherheitsrat in den Jahren 1991/92 (III-125 d. B.),

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über den Gewässerschutz 1993 (III-126 d. B.) und

des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft 1993 (III-127 d. B.)

weise ich

dem Außenpolitischen Ausschuß, dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft beziehungsweise dem Wirtschaftsausschuß zur Vorberatung z u.

Eingelangt sind jene Beschlüsse des Nationalrates, die Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind.

Ich habe diese Beschlüsse den in Betracht kommenden Ausschüssen zur Vorberatung zugewiesen. Die Ausschüsse haben ihre Vorberatungen abgeschlossen und schriftliche Ausschlußberichte erstattet.

Wird zur Tagesordnung das Wort gewünscht? — Dies ist nicht der Fall.

**Behandlung der Tagesordnung**

**Präsident:** Aufgrund eines mir zugekommenen Vorschlages beabsichtige ich, die Debatte über die Punkte 3 und 4 sowie 5 und 6 der Tagesordnung unter einem abzuführen.

Die Punkte 3 und 4 sind Beschlüsse des Nationalrates vom 3. März 1994 betreffend

ein Bundesgesetz, mit dem das Kapitalmarktgesetz geändert wird, und

ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Paraguay über die Förderung und den Schutz von Investitionen.

**Präsident**

Die Punkte 5 und 6 sind Beschlüsse des Nationalrates vom 3. März 1994 betreffend

ein Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970 und das Gebührengesetz 1957 geändert werden, und

das Gebrauchsmustergesetz.

Erhebt sich gegen die Zusammenziehung der Debatte ein Einwand? — Dies ist nicht der Fall. Wir werden daher in diesem Sinne vorgehen.

Da die Fragestunde dem Sportminister gewidmet war und ein Sportler den Vorsitz führte, wurde diese natürlich etwas schneller als sonst üblich abgewickelt. (*Heiterkeit.*) Würde es bereits ein Fitneßcenter in diesem Hause geben, könnten wir uns noch fitter machen, und es könnte die doppelte Tagesordnung in der Hälfte der Zeit erledigt werden. (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Infolge der Kürze der heutigen Fragestunde ist der Herr Bundeskanzler noch nicht im Hause.

Ich unterbreche daher die Sitzung bis zu seinem Eintreffen. (*Die Sitzung wird um 9 Uhr 46 Minuten unterbrochen und um 10 Uhr wiederaufgenommen.*)

**Präsident:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung um Punkt 10 Uhr wieder auf und begrüße den im Hause erschienenen Herrn Bundeskanzler herzlichst. (*Allgemeiner Beifall.*) Ich begrüße auch herzlichst den Herrn Außenminister. (*Allgemeiner Beifall.*)

**1. Punkt: Erklärungen des Bundeskanzlers über „Perspektiven der österreichischen Europapolitik“ und des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten über „Beitrittsverhandlungen Österreichs zur Europäischen Union“**

**Präsident:** Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zum Punkt 1: Erklärungen des Bundeskanzlers über Perspektiven der österreichischen Europapolitik und des Herrn Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten über Beitrittsverhandlungen Österreichs zur Europäischen Union.

Ich bitte zunächst den Herrn Bundeskanzler um seine Erklärung.

10.01

**Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der vergangenen Woche, am 1. März 1994, konnten die noch verhandlungsrelevanten Kapitel zwischen Österreich und der Europäischen Union erfolgreich abgeschlossen werden. Für den formellen Verhandlungsabschluß ist bekanntlich noch eine EU-interne Einigung über die Fragen der Sperrminorität ausständig. Die

Bundesregierung ist aber doch zuversichtlich, daß diese Frage so rechtzeitig gelöst werden kann, daß der vorgesehene Zeitplan mit der politischen Zielvorgabe, nämlich Beitritt Österreichs zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995, eingehalten werden kann.

Eine Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union wäre eine folgerichtige Fortsetzung der bisherigen österreichischen Politik, deren Ziele folgendermaßen zu definieren waren und sind: die Mitwirkung am Aufbau einer europäischen Friedensordnung, Ausbau des Wirtschaftsstandortes Österreich, Absicherung des sozialen Netzes, Sicherheit in umfassendem Sinne für die Bevölkerung, Schutz der Umwelt sowie Bewahrung, Achtung und Pflege der Demokratie.

Dieser Weg Österreichs führte immer zu einem europäischen Kontext. Von der seinerzeitigen Einbindung Österreichs in das europäische Wiederaufbauprogramm, besser bekannt unter dem Namen „Marshall-Plan“, bis zur Gründung der EFTA, von den Assoziationsverhandlungen in den sechziger Jahren und der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens während der ersten Regierung Kreisky bis zum Abschluß des Vertrages zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraums im vergangenen Jahr. Denn Österreich war sich immer dessen bewußt, daß langfristig Frieden, Stabilität und Wohlstand nur in Zusammenarbeit mit anderen Staaten, vor allem mit anderen Demokratien, geschaffen werden können. So war dieser als erfolgreich bezeichnete „österreichische Weg“ ein eigenständiger Weg Österreichs in eine Gemeinsamkeit des sich entwickelnden Europas.

Will unser Land Österreich auch heute nicht isoliert, nicht an den Rand gestellt werden, so gibt es nur eine Entscheidung: das klare Bekenntnis zur europäischen Integration und das Bekenntnis, nach dem Beitritt zur Europäischen Union solidarisch und aktiv an deren dynamischer Weiterentwicklung in allen Lebensbereichen mitzuarbeiten. Wenn wir an dieser europäischen Dynamik teilnehmen wollen und unsere Kreativität, unseren Fleiß und unsere Erfahrungen in das größere europäische Ganze einfügen, dann werden wir die Großprojekte der Jahrtausendwende mitgestalten und unsere historische Rolle im Herzen des Kontinents weiterspielen können.

Diese Projekte gehen natürlich über die Grenzen der Europäischen Union hinaus. Daher darf uns nichts ferner liegen als Eurozentrismus oder der Gedanke an eine abgeschottete „Festung EU“. In Wirklichkeit bedarf die Verwirklichung nächster Dimensionen des politischen Zusammenlebens in Europa der Einbeziehung der Reformstaaten in einen gemeinsamen Raum der Stabilität, der Prosperität und der Demokratie genauso wie der Öffnung zu den dynamischen neuen Wirtschaftsräumen in Ost- und Südostasien, in

**Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky**

Südamerika und der Neugestaltung unserer Beziehungen zu den Völkern des Südens.

Vor 50 Jahren haben die Überlebenden von zwei Weltkriegen auf ein gemeinsames Europa gesetzt. Ihr Ziel hieß: Nie wieder Krieg! Und ihr Weg führte zu dem, was wir heute als Europäische Union vor uns haben. In dieser Gemeinschaft haben sich Völker versöhnt, die jahrhundertlang Kriege gegeneinander geführt haben, und sie hat Nationen, die das Joch der Diktatur abgeschüttelt haben, ihren Platz in Europa gesichert.

Meine Damen und Herren! Die Europäische Union ist damit zu Garanten für Frieden und Sicherheit ihrer Mitgliedsländer geworden, und Österreich hat die Chance, unter Beibehaltung seiner Neutralität Mitglied dieser Friedensgemeinschaft zu werden und an ihrem Ausbau zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung mitzuwirken. Es ist doch heute denkunmöglich geworden, daß Bürger von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegeneinander Krieg führen, aufeinander schießen, und damit wird diese europäische Einigung neben allen wirtschaftlichen, neben allen sozialen, neben allen ökologischen Themen vor allem ein ganz großes Friedensprojekt der Geschichte. Gerade angesichts der Unsicherheiten in manchen Teilen Europas, östlich unserer Grenzen, wollen wir auch ganz bewußt an diesem Friedensprojekt teilnehmen und es auch gestalten.

Es ist immer wieder die Rede davon, daß es in der Politik an großen Entwürfen, an Visionen mangle. Ich frage: Was, wenn nicht die friedliche Einigung unseres Kontinents Europa, was, wenn nicht das Zusammenwachsen und Zusammenwirken der unterschiedlichsten Völker und Kulturen, sollte eine solche Perspektive sein, eine Aufgabe, der es sich zu widmen lohnt?

Aus dem Gesagten muß geschlossen werden, daß es politische, wirtschaftliche und insbesondere sicherheitspolitische Notwendigkeiten gibt, der Europäischen Union beizutreten. In den vergangenen Tagen hat sich erneut gezeigt, daß bereits die nächste Generation von Staaten an den Türen der Europäischen Union anklopft, nämlich unsere östlichen Nachbarstaaten. Diese Tatsache widerlegt auch jene, die behaupten, daß ein EU-Beitritt Österreichs einen Beitrag zu einer „Festung Europa“ darstellt. Die Europäische Union bildet keine Festung, sondern einen Kern, um den sich nach vielen historischen Experimenten die europäische Einigung konzentriert. Die osteuropäischen Länder streben nicht nur in diese Integrationsstruktur, sondern auch diese hat mit ihren bilateralen Vereinbarungen und ihren politischen Willensäußerungen, sich hier noch weiter zu öffnen, eindeutige Signale gesetzt.

Österreich hat in den vergangenen Monaten mit Härte, mit Konsequenz und Durchhaltevermögen seine Interessen dargelegt und auch durchgebracht. In allen wesentlichen Verhandlungspunkten hat Österreich befriedigende, sogar über das Verhandlungsmandat hinausgehende Lösungen erzielt. Sollte die österreichische Bevölkerung diese gutheißen, eröffnen sich für alle Berufsgruppen in unserem Land neue Chancen.

Hoher Bundesrat! Ich möchte in diesem Zusammenhang davor warnen, Strukturveränderungen, die schon längst notwendig geworden sind oder bereits eingeleitet wurden — ich denke da zum Beispiel an die Auswirkungen des GATT oder an den Strukturwandel in der Industrielandschaft —, einem möglichen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union zuzurechnen.

Vielmehr haben wir doch die Aufgabe und die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß gerade die Regelungen des Welthandelsabkommens GATT für unsere gesamte Wirtschaft gültig sind, und daß diese Regulierungen im Rahmen des GATT von uns auf alle Fälle zu beachten sind, wir aber als Mitglied der Europäischen Union bei der Beachtung dieser Regeln nicht allein sind und nicht allein exponiert sind, sondern eben dann mit aufgrund von Vereinbarungen, die beispielsweise im Rahmen der Uruguay-Runde zwischen GATT auf der einen Seite und EU auf der anderen Seite getroffen worden sind, gemeinsam vorgehen können.

Es erhebt sich sehr oft die Frage der Staatsbürger, die Politik erwähne hinsichtlich der Auswirkungen der österreichischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union hauptsächlich die Vorteile und würde nicht die Nachteile benennen. Es muß daher in der ab jetzt zu führenden intensiven Diskussion mit dem Staatsbürger darauf hingewiesen werden, daß sich in kleinen und sehr wenigen und genau definierbaren Bereichen sicherlich Anpassungsnotwendigkeiten unmittelbar aufgrund des Beitritts ergeben. Diese Anpassungsnotwendigkeiten mögen von dem einen als Nachteil empfunden werden, sind aber als notwendige Sicherungsmaßnahmen für eine gute Zukunft sicherlich nicht per saldo als Nachteil zu definieren.

Die Bundesregierung hat zur Bewältigung eben dieser Anpassungsnotwendigkeiten am vergangenen Dienstag einen Maßnahmenkatalog beschlossen, wonach der Übergang in den gemeinsamen Markt erleichtert werden soll. Insgesamt — ich halte das für ein zentrales Argument — wird dieser Markt aber so geöffnet, daß wir unsere wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Interessen nicht nur wahren, sondern auch ausweiten können. Dazu wird Österreich seine Vorreiterrolle als mustergültiger Wohlfahrtsstaat, als Land mit besonderen Umweltstandards und als aktiv an Friedensbemühungen Beitragender

**Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky**

einbringen können. Und dies ist nicht bloß eine akademische Bemerkung, sondern das hat sich sehr konkret und sehr praxisnah im Laufe der Verhandlungen gezeigt.

Mit dem Transitregime hat erstmals ein potentielles EU-Mitglied eine langfristige und ökologisch orientierte Verkehrsregelung erzielt. Im Bereich der Umweltstandards konnte erreicht werden, daß sich die Union die Selbstverpflichtung auferlegt, nach vier Jahren ihre eigenen Standards im Hinblick auf bessere Umweltgerechtigkeit zu überprüfen.

Der bereits bei Aufnahme der Vorarbeiten für die Beitrittsverhandlungen im Juli 1989 definierte Katalog, nämlich die österreichischen Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsstandards aufrechtzuerhalten, ist ein wesentliches Element der nun erzielten Verhandlungsergebnisse in Brüssel und auch wichtig für die Politik, um nachzuweisen und zu belegen, daß Forderungen, daß Maßnahmen, daß Verhaltensweisen, wenn sie gerechtfertigt sind, wenn sie hohe politische Qualität beinhalten, über Jahre hindurch anhalten.

Vergessen wir nicht, daß es bald fünf Jahre her sein wird, daß wir den Beitrittsantrag gestellt haben, und daß es uns gelungen ist — das ist ein wesentlicher Aspekt, auch der österreichischen Bevölkerung gegenüber —, die seinerzeit definierten Planungen und Vorsätze nun in den Verhandlungen tatsächlich zu verwirklichen.

Österreich hält weiterhin am Verbot der friedlichen Nutzung der Kernenergie fest, und Österreich wird sein Engagement für ein atomfreies Mitteleuropa auf dieser Grundlage fortsetzen können.

Bezüglich der künftigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bedeutet ein Eintritt Österreichs in die Europäische Union die volle und gleichberechtigte Teilnahme am Europäischen Binnenmarkt und unter Beseitigung bestehender Ausgrenzungsnachteile einen Ausschluß der Gefahr künftiger Diskriminierungen. Wie überhaupt immer wieder darauf hinzuweisen ist, daß der Fortschritt der Vertiefung des Binnenmarktes parallel mit dem Anwachsen der Benachteiligung derer zu beurteilen ist, die nicht dazugehören, die draußen sind.

Mit dem erzielten Verhandlungsergebnis kann Österreich seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort in seiner besonderen geographischen Lage weiterhin nützen und ausbauen, womit positive Impulse für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gesetzt werden. Verbleibende Exportbarrieren werden fallen, Firmenkooperationen werden durch Steuerharmonisierung und durch eine gemeinsame Handelspolitik wesentlich erleichtert. Es fallen zum Beispiel die gravierenden

Wettbewerbsnachteile, die sich für Österreichs Unternehmen durch die europäischen Ursprungsregelungen und das Weiterbestehen der Zollschränken ergeben. Dies bringt nicht nur Kosteneinsparungen für die Unternehmen, sondern auch beachtliche Preisvorteile für die Konsumenten, insbesondere für die Bezieher niedriger Einkommen.

Die mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union erwarteten Wohlfahrtsgewinne betragen nach den vorläufigen Berechnungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung in den nächsten fünf Jahren rund 50 Milliarden Schilling netto. Das ist ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 2 Prozent und entspricht zumindest 30 000 neuen Arbeitsplätzen. Einkommensgewinne werden sich weiters aus der schrittweisen Verwirklichung der Währungs- und Wirtschaftsunion ergeben. Auch der österreichische Föderalismus würde durch einen solchen Integrationsschritt eine neue Dimension erhalten.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht am 1. November 1993 wurden verschiedentlich Begrifflichkeiten politisch neu geprägt: an vorderster Stelle die Begriffe „Europa der Regionen“ und „Subsidiaritätsprinzip“. Es gibt in der Union nun eine institutionalisierte Vertretung der Bundesländer, nämlich den Ausschuß der Regionen, in dem eine Mitsprache der Bundesländer sichergestellt ist. Und das Subsidiaritätsprinzip besagt, daß nur jene Angelegenheiten, die nicht von einer kleineren Einheit, also etwa der Gemeinde oder dem Bundesland, wahrgenommen werden können, in die übergeordnete Kompetenz fallen. Österreich mit einer vorbildlichen föderalistischen Tradition wird hier eine Reihe neuer Impulse geben und auch erhalten.

Meine Damen und Herren! Über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union hat letztendlich die österreichische Bevölkerung zu entscheiden. Sie wird bei der Volksabstimmung die Möglichkeit haben, die Verhandlungsergebnisse zu beurteilen, und die Bundesregierung wird alles dazu tun, um eine bestmögliche Entscheidungsgrundlage hierfür anzubieten. Für uns alle wird es in den nächsten Wochen und Monaten darum gehen, auf Ebene der Städte, der Gemeinden und der Bundesländer für eine bessere Zukunft Österreichs einzutreten.

Meine Damen und Herren! Es ist bei diesen Verhandlungen in Brüssel in der vergangenen Woche — wie ich meine, zwar selbstverständlich, aber dennoch sei es hier hervorgehoben — vorbildlich solidarisch gearbeitet worden.

Ich möchte meinen Bericht damit schließen, sehr geehrter Herr Präsident, daß ich nicht nur meinen Kolleginnen und Kollegen in der österreichischen Bundesregierung den Dank ausspreche

**Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky**

für diese vorbildliche politische Arbeit im Interesse unseres Landes, unserer Republik, sondern daß ich mit diesem Dank auch den Appell und die Bitte verknüpfe, daß andere politische Instanzen und Repräsentanten unseres Landes die Bundesregierung in ihren Bemühungen unterstützen mögen — im Interesse der österreichischen Bevölkerung, im Interesse der Staatsbürger, um auf diese Weise mit uns gemeinsam jenen Kurs fortzusetzen, der sich sowohl im Inland als auch im Ausland als durchaus herzeigbar erwiesen hat. — Ich bedanke mich, Herr Präsident. (*Allgemeiner Beifall.*) 10.20

**Präsident:** Bevor ich Herrn Bundesminister Dr. Mock das Wort erteile, begrüße ich in unserer Mitte Frau Staatssekretärin Mag. Brigitte Ederer herzlichst. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Bitte sehr, Herr Außenminister.

10.20

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Alois **Mock:** Herr Präsident! Hoher Bundesrat! Seit gestern findet in Brüssel die konstituierende Sitzung des in Maastricht neugeschaffenen Ausschusses der Regionen statt — und Österreichs Bundesländer, Städte und Gemeinden sind dort bereits durch Beobachter präsent.

Es ist dies das erste Mal, daß Österreich in seiner Eigenschaft als Beitrittskandidat gleichsam in das „Innenleben“ der Europäischen Union eingebunden wird, und ich halte es für symbolhaft, daß dies gerade im Rahmen jener Institution geschieht, welche in Maastricht geschaffen wurde, um die Interessen der europäischen Regionen im Integrationsprozeß zu vertreten.

Dieses Zusammentreffen ist umso passender, als es in Österreich die Bundesländer waren, von denen das erste klare Signal in Richtung eines österreichischen EG-Beitritts ausgegangen ist: Am 13. November 1987, also vor über sechs Jahren, wurde nämlich jener einstimmige Beschluß der Landeshauptmännerkonferenz gefaßt, in welchem die Bundesregierung erstmals offiziell aufgefordert wurde, die Vollmitgliedschaft unseres Landes in der europäischen Gemeinschaft anzustreben.

Es war dies der Anfang jener intensiven österreichischen Beitrittsdebatte, in deren Verlauf auch der Bundesrat — als die Länderkammer des österreichischen Parlaments — unmißverständlich Position bezogen hat. Auch er hat sich durch sein Votum vom 4. Juli 1989 einstimmig zum Ziel des österreichischen EG-Beitritts bekannt.

Gestützt auf diese Entschließung und in Erfüllung des gleichgerichteten Auftrages des Nationalrates vom 29. Juni 1989 habe ich am 17. Juli 1989 bekanntlich den österreichischen Beitrittsantrag in Brüssel überreicht. Die eigentlichen

Beitrittsverhandlungen mit der Gemeinschaft, welche sich seit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages zur Europäischen Union weiterentwickelt hat, wurden am 1. Februar des vergangenen Jahres aufgenommen.

Am 1. März 1994 sind diese Verhandlungen nach einem Verhandlungsmarathon von über drei Tagen — und mehr als 70stündiger effektiver Verhandlungs- und Gesprächsdauer — auf politischer Ebene in ihrer bilateralen Substanz zu einem erfolgreichen Ende geführt worden. — Das gleiche gilt auch für die Beitrittsverhandlungen mit Schweden und Finnland.

Herr Präsident! Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, daß zum positiven Abschluß der EU-Verhandlungen wesentlich die politische Vorarbeit beigetragen hat, die insbesondere in den letzten — ich würde sagen — eineinhalb, zwei Jahren in den Hauptstädten der Europäischen Union geleistet wurde.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die intensiven Kontakte erwähnen, die der Herr Bundespräsident mit den Staats- und Regierungschefs und den Parlamenten und Medien in den EU-Mitgliedstaaten gepflogen hat. Hiefür möchte ich auch vor dem Hohen Bundesrat dem Herrn Bundespräsidenten in dieser Stunde herzlichst danken.

Weiters möchte ich mich vor dem Bundesrat beim Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Vizekanzler und bei all meinen Regierungskollegen, insbesondere auch bei jenen, die mich nach Brüssel begleitet haben, sowie bei den Vertretern der Länder und der Sozialpartner für die besonders gute Zusammenarbeit der letzten Wochen und Monate bedanken. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Der rein formelle Verhandlungsabschluß mit Österreich und diesen beiden EFTA-Partnerländern Schweden und Finnland steht derzeit allerdings noch aus, da die Europäische Union bemüht ist, Norwegen in das „Erweiterungspaket“ hineinzunehmen, was voraussichtlich am kommenden Dienstag auch gelingen dürfte. Außerdem bestehen innerhalb der Europäischen Union Meinungsdivergenzen, welche Sperrminorität für Abstimmungen im Rat der erweiterten Europäischen Union gelten soll.

Die Europäische Union sollte sowohl in Richtung Norwegen als auch in bezug auf die Sperrminorität zu raschen Entscheidungen gelangen — schon deshalb, weil das endgültige Ergebnis der Beitrittsverhandlungen in den allernächsten Tagen dem Europäischen Parlament vorzulegen ist, wenn das — von der Europäischen Union ausdrücklich gewünschte — Beitrittsdatum 1. Jänner 1995 eingehalten werden soll. Ein vorläufiger Bericht über das Verhandlungsergebnis ist gestern

**Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Alois Mock**

dem Europäischen Parlament übermittelt worden, womit grundsätzlich die Voraussetzung geschaffen ist, die Beratungen über die Neueintritte aufzunehmen.

Ich gehe jedenfalls davon aus, daß es in den nächsten Tagen gelingen wird, das endgültige formelle Ergebnis der Beitrittsverhandlungen auch zu fixieren und dem Parlament zu übermitteln. Politisch ist damit die Ampel in Richtung gemeinsames Europa für Österreich schon seit dem 1. März auf „grün“ geschaltet!

Meine Damen und Herren! Der österreichischen Verhandlungsdelegation für die „Marathonrunde“ der vergangenen Woche haben auch Landeshauptmann Dr. Krainer, Landeshauptmann Dr. Purtscher und der Wiener Vizebürgermeister Hans Mayer als Repräsentanten der Bundesländer angehört.

Es war dies eine richtige und ganz wesentliche Entscheidung: zum einen deshalb, weil in der allerletzten Phase der Verhandlungen ja gerade auch Themen zur Diskussion gestanden sind, welche die Bundesländer in besonderem Maße betreffen — und deren Stimme somit auf direktem Wege in die internen Beratungen der österreichischen Unterhändler eingebracht werden konnten. Zum anderen aber auch deshalb, weil die Vertreter der Bundesländer durch diese Präsenz und durch ihren persönlichen Einsatz auf höchst bemerkenswerte Weise demonstriert haben, daß Bund und Länder willens sind, das große nationale Ziel der Mitgliedschaft unseres Landes in der Europäischen Union auch weiterhin mit vereinten Kräften zu verfolgen.

Hoher Bundesrat! Meiner Auffassung nach stellt der Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union schon deshalb die weitaus größte Herausforderung dar, vor die Österreich seit 1955 gestellt ist, weil Österreich nur so die Chance hat — wie der Herr Bundeskanzler bereits bemerkt hat —, am ersten p r a k t i s c h e n Friedenswerk der europäischen Geschichte teilzuhaben; zweitens in die Stabilitäts- und Sicherheitgemeinschaft der Europäischen Union eingebunden zu werden, und drittens jenen Prozeß, von welchem die Zukunft Europas entscheidend abhängt, gleichberechtigt mitzugestalten.

Aufgrund des erzielten Verhandlungsergebnisses können wir überdies davon ausgehen, daß der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union zu Bedingungen erfolgen wird, die den spezifischen Interessen unseres Landes angemessen Rechnung tragen.

Mit Recht wurde auch vom Herrn Bundeskanzler hervorgehoben, daß wir schon vor der letzten Verhandlungsrunde sichergestellt haben — ich darf daran erinnern, meine Damen und Herren,

daß vorher immer Gegenteiliges behauptet wurde —, daß Österreich auch als Mitglied der Europäischen Union ein Land bleiben wird, in welchem Atomkraftwerke weder errichtet noch betrieben werden dürfen.

Wir haben erreicht, daß Österreich seine höheren Umweltstandards auch nach dem Beitritt zur Europäischen Union beibehalten kann. Zum ersten Mal ging es nicht nur darum, höhere Standards der Beitrittswerber zu respektieren, sondern die Union hat sich selbst verpflichtet, sich in den nächsten vier Jahren diesen höheren Standards anzupassen.

Ich halte es für ein bemerkenswertes Ergebnis, daß Beitrittskandidaten, die auf einigen Gebieten voraus sind, die Bereitschaft eines viel größeren Partners vorfinden, selbst aufzuholen.

Es wurde weiters sichergestellt, daß Österreich an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vollberechtigt teilhaben wird, daß das österreichische Neutralitätsgesetz aber auch nach dem Beitritt aufrecht bleibt.

Hervorzuheben ist auch, daß Österreich mit seinen weniger als 8 Millionen Einwohnern im Ministerrat der Europäischen Union 4 Stimmen zugesprochen erhalten wird. Nur zum Vergleich: Auch Deutschland mit seinen 80 Millionen Bürgern verfügt heute über 10 Stimmen. Das heißt, unser Stimmgesicht wird also 40 Prozent der Stimmkraft des bevölkerungsstärksten Landes der Europäischen Union ausmachen. Das zeigt, daß auch mittlere und kleinere Länder ein gewichtiges Mitbestimmungsrecht in dieser Union besitzen.

Ich möchte in Erinnerung rufen, daß das Burgenland zum Ziel-1-Gebiet der Regionalpolitik der Europäischen Union erklärt wurde, also in die höchste Förderungskategorie kommt. Das heißt, zwischen 1995 und 1999 werden im Gemeinschaftshaushalt Förderungsmittel in einer Gesamthöhe von 2,65 Milliarden Schilling vorgesehen werden, die eingesetzt werden können, um konkrete burgenländische Strukturmaßnahmen zu jeweils bis zu 75 Prozent mitzufinanzieren.

Aus den Mitteln der europäischen Regionalförderung werden Österreich im gleichen Zeitraum außerdem weitere 19,6 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen, die für die gemeinschaftliche Kofinanzierung konkreter österreichischer Maßnahmen in anderen strukturschwachen Industrie- und Agrarregionen unseres Landes bestimmt sind.

Ich habe diese erwähnt, meine Damen und Herren, weil es hier nicht nur um allgemeine Feststellungen geht, sondern weil sehr wohl in wichtigen Bereichen die Ergebnisse der Verhand-



**Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Alois Mock**

lungen auch statistisch zahlenmäßig fixiert wurden.

Hoher Bundesrat! Auch in der abschließenden Phase der Beitrittsverhandlungen hat unsere Delegation gezeigt, daß Österreich seine Interessen selbst in den strittigsten Fragen klar und eindeutig zu vertreten weiß. Ich spreche hier insbesondere von den Verhandlungskapiteln „Zweitwohnsitze“, „Landwirtschaft“ und „Transit“.

Was den Bereich der Zweitwohnsitze betrifft, haben wir erreicht, daß Österreich bis zum Jahr 2000, also fünf Jahre lang, gemäß dem Beitrittsvertrag die derzeit vorgesehenen Regeln zur Kontrolle und Beschränkung des Zweitwohnungsmarktes unverändert aufrechterhalten kann. Damit sind sämtliche Ländergesetze in diesem Punkt voll und ganz abgedeckt.

Auch nach diesem Zeitraum kann mit Maßnahmen auf dem Gebiete der Raumordnung, des Grundverkehrs, der Flächenwidmung und des Umweltschutzes voll und ganz sichergestellt werden, daß der Bedarf der ortsansässigen Bevölkerung an Wohnraum zu angemessenen Preisen vorrangig abgedeckt wird und daß die österreichische Landschaft vor der Gefahr der Zersiedelung geschützt wird. Diese Möglichkeiten werden die Vertragsparteien in der Schlußakte zum Beitrittsvertrag anerkennen und festhalten. Auch wenn das keine primärrechtliche Verankerung ist, hat das eine rechtswirksame Auswirkung auf die österreichischen Bemühungen und Entscheidungen im Bereich der Beschränkung von Zweitwohnsitzen.

Zum Bereich der Landwirtschaft habe ich schon einige Bemerkungen gemacht. — Wichtig war, daß es für uns nicht nur darum ging, die Produktion der Landwirtschaft sinnvoll und vor allem auch exportfähig zu erhalten, sondern auch darum, den Bauern auch in seiner kulturpolitischen Funktion zu sehen, nämlich als Bewahrer der Natur, was letztlich einen entscheidenden Beitrag nicht nur zu unserem gesamten Selbstverständnis, sondern vor allem auch zur Attraktivität unseres Tourismus darstellt. Ich würde sagen, ein besonderes Ergebnis ist sicherlich das Verhandlungsergebnis im ganzen Bereich der Strukturförderung gewesen: von den Ausgleichszahlungen für die Bergbauern bis zu den umweltbezogenen Stützungen.

Um nur den Bereich der Bergbauernförderung zu nennen: Es wird das bestehende Förderungsniveau nach dem Beitritt nicht bloß gehalten werden; kein einziger österreichischer Bergbauer wird nach dem Beitritt schlechtergestellt sein; dank zusätzlicher gemeinschaftlicher Mittel wird sich der gesamte Förderungsrahmen sogar um bis zu 2,2 Milliarden Schilling jährlich erhöhen.

Zufriedenstellend sind auch die Quotenvereinbarungen, die wir für den Milch- und Rindersektor aushandeln konnten. Jetzt haben unsere Bauern die echte Hoffnung, jenen großen europäischen Markt, von dem sie jahrelang völlig beziehungsweise weitgehend ausgeschlossen waren, ja sogar Strafzölle, Exportzölle hätten zahlen müssen, mit diesen — an sich traditionellen — Exportprodukten unserer Landwirtschaft zu beliefern.

Deutlich — um auch hier ein Beispiel zu nennen — hinter unserer ursprünglichen Forderung zurückgeblieben ist zuletzt vor allem die Quote für Zucker. Da wird sich nach meiner Auffassung sehr rasch die Notwendigkeit ergeben — und der Herr Bundeskanzler hat hier auf die Beschlüsse der Bundesregierung von vorgestern Bezug genommen —, innerösterreichische Begleitmaßnahmen zugunsten der betroffenen Landwirte und der Arbeitnehmer in der österreichischen Zuckerindustrie zu sehen. Denn es ist völlig ausgeschlossen, daß ein — vergleichsweise kleiner — Personenkreis sozusagen die Zeche für ein ansonsten durchaus erfreuliches Verhandlungsergebnis begleichen müßte.

Ich habe dies bewußt erwähnt, meine Damen und Herren, um nicht von vornherein — bei aller Kritik, die an jedem menschlichen Werk anzufragen ist — den Eindruck zu erwecken, man zähle nur das auf, was zu 90 oder 100 oder 110 Prozent erreicht werden konnte.

Was die mit dem Beitrittsdatum notwendig werdende Anpassung unserer Agrarpreise auf das niedrigere Preisniveau in der Europäischen Union anlangt, so werden die hierdurch entstehenden Einkommensverluste der österreichischen Landwirtschaft während eines Zeitraumes von vier Jahren durch Direktzahlungen abgegolten werden, wobei diese Zahlungen — entgegen ersten Forderungen aus den Reihen der Europäischen Union — keineswegs nur von uns, sondern zu einem erheblichen Teil aus der Gemeinschaft finanziert werden.

Sie erinnern sich, meine Damen und Herren: Zuerst hat es geheißen: Bei dieser Umstellung nach dem Binnenmarktkonzept könnten ja die Beitrittswerber die Differenz bezahlen. — Das würde man gestatten, großzügigerweise. Wir haben natürlich gesagt, daß diese Lösung nicht in Frage kommt. Daraufhin hat man gesagt, man werde ungefähr 500 Millionen ECU allen vier Beitrittswerbern zur Verfügung stellen. Dazu wurde sehr klar gesagt, daß das nicht annähernd an jene Vorstellungen herankommt, die man für fair und gerecht hält. Dann schlug man vor: rund 500 Millionen ECU für jeden der vier Beitrittswerber, bis man dann eben zu diesem abschließenden Ergebnis kam.

**Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Alois Mock**

Insgesamt wird Österreichs Landwirtschaft während der Übergangszeit schon aus diesem einen Titel EU-Gelder in der Gesamthöhe von 7 Milliarden Schilling erhalten. An dauerhaften Förderungen im Bereich der Regional- und Strukturpolitik werden zugunsten der Landwirtschaft überdies Budgetbeiträge der Europäischen Union in Höhe von 6 Milliarden Schilling jährlich nach Österreich fließen.

Hiezu kommen weitere Mittel aus den Finanzierungsinstrumenten der Agrarpolitik der Europäischen Union. Allein im ersten Jahr unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Union kann Österreichs Landwirtschaft — alles in allem — mit 14,6 Milliarden Schilling aus Brüssel rechnen.

Nach besonders harten und schwierigen Verhandlungen haben wir weiters erreicht, daß der ökologische Inhalt unseres Transitvertrages auch nach dem Beitritt Österreichs gewahrt ist. Als erstes Mitgliedsland der Europäischen Union — ich glaube, das ist im Bericht des Herrn Bundeskanzlers schon erwähnt worden — wird Österreich nach seinem Beitritt über ein eigenständiges Transitregime verfügen, welches im gesamten Bundesgebiet, und nicht nur — wie es anfangs geheißen hat — in den sogenannten sensiblen Zonen Österreichs Geltung hat.

Zu diesem Transitregime gehört unter anderem,

daß Österreich den Güterverkehr im Verhältnis zu den zentral- und osteuropäischen Drittstaaten auch weiterhin strengen Kontingenten unterwerfen kann,

daß die mengenmäßige Plafonierung der Transitfahrten beibehalten wird und daß die schon bisher geübte Praxis eines LKW-Gewichtslimits von 38 Tonnen plus 5prozentiger Toleranz aufrecht bleibt.

Die letztgenannte Vereinbarung ist doch mancherorts auf Kritik gestoßen. Ich gebe allerdings zu bedenken, daß uns eine uneingeschränkte Zustimmung zum 40-Tonnen-Limit im Wege der Toleranzmarge sofort — man hat das auch versucht — 42 Tonnen gebracht hätte, was für uns nicht akzeptabel war.

Am entscheidendsten, meine Damen und Herren, ist aber, daß uns das nunmehr vereinbarte Transitregime die Gewißheit verschafft, daß die schon im Transitvertrag angestrebte 60prozentige Absenkung der Schadstoffemissionen nicht bloß erreicht, sondern auf Dauer sichergestellt werden muß.

Konkret ist folgendes Verfahren vorgesehen: Vor dem Beginn des Jahres 2001 hat die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit der Europäischen Umweltagentur im Rahmen einer

wissenschaftlichen Studie zu prüfen, ob die 60prozentige Schadstoffsenkung zu diesem Zeitpunkt schon dauerhaft verwirklicht werden konnte.

Ist dies der Fall, tritt das bisherige Transitregime außer Kraft, weil es die gewünschte Wirkung ja bereits erzielt hat. Ich betone noch einmal: Die bloße Feststellung, daß die angestrebte Senkung der Schadstoffe verwirklicht ist, genügt für sich allein nicht; es muß die Gewähr gegeben sein, daß dieser Standard dauerhaft abgesichert werden kann.

Ich würde sagen, daß dieses neue Verfahren in Wirklichkeit eine echte Verbesserung gegenüber dem alten Transitvertrag ist; dies kann man feststellen, wenn man die beiden Regelungen vergleicht. Der alte Transitvertrag wäre am Ende des Jahres 2004 auf alle Fälle ersatzlos ausgelaufen. Bekanntlich kann ein Vertrag nur mit Zustimmung von zwei Partnern abgeschlossen werden, und wir hätten niemanden zwingen können, einen weiteren Vertrag mit uns zu machen. Die Neuregelung bringt eine dauerhafte, weil zeitlich unlimitierte Lösung. Ich möchte das deswegen unterstreichen, weil das in der Heftigkeit der Diskussion gelegentlich untergegangen ist und vor allem Verkehrsminister Klima mit besonderer Hartnäckigkeit diese Lösung erzielt hat.

Ich möchte einen zweiten Punkt erwähnen, der meiner Auffassung nach eine beachtliche Verbesserung gegenüber der jetzigen Situation darstellt: Der Ministerrat der Europäischen Union wird der Europäischen Kommission den klaren Auftrag erteilen, EG-weite Maßnahmen zum Schutz der Umwelt vor den Folgen des Straßengüterverkehrs auszuarbeiten — mit den Schwerpunkten Kostenwahrheit bei den Wegekosten, Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene, Unterstützung des Kombinierten Verkehrs und Förderung schadstoffärmerer LKWs.

Das heißt, die Verhandlungen mit Österreich waren Anlaß, das System, das sich bisher sozusagen auf Österreich beschränkt hat, auf den gesamten Bereich der Europäischen Union zu übertragen. Man kann auch in dieser Richtung Vorreiter sein, wie ja dieses Verhandlungsergebnis zeigt.

Ich glaube daher, daß es bei der Betonung meiner vorhergegangenen realistischen Analyse nicht wundert, wenn kritische Medien wie zum Beispiel die „Neue Zürcher Zeitung“ gemeint haben, daß Österreich gerade im Transitbereich ein Ergebnis erzielt habe, das sich „sehen lassen kann“.

Wenn es uns schon gelungen ist, aus der schwierigen Position des Beitrittswerbers heraus nicht bloß unsere eigenen Interessen zu verteidigen, sondern im Einzelfall sogar eine verkehrspo-

**Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Alois Mock**

litische Vorreiterrolle zu spielen, dann, meine Damen und Herren, habe ich wirklich keine Sorge, daß wir — einmal in der Europäischen Union drinnen — „überrollt“ werden könnten, wenn sich Österreich in der wesentlich stärkeren Stellung eines Mitglieds der Europäischen Union befindet. Davon bin ich fest überzeugt. Drinnen sind wir stärker, als wir es heraußen trotz Geschlossenheit bei den Verhandlungen waren.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, vor diesem Hintergrund können wir das Gesamtergebnis der österreichischen Bevölkerung guten Gewissens zur Volksabstimmung vorlegen.

Das Verhandlungsergebnis zeigt, daß die Verhandlungsdelegation ohne Überheblichkeit — ich glaube, diese Bemerkung hat sich nirgends gefunden —, aber mit Selbstbewußtsein den Weg nach Europa beschritten hat.

Auch die verschiedentlich lautgewordenen Warnungen, Österreichs Haltung wäre zu starr gewesen, unser Land hätte sich möglicherweise vom Erweiterungsprozeß abgekoppelt, haben nichts an unserer Verhandlungslinie geändert; an jener Linie, daß uns der Inhalt der getroffenen Vereinbarungen wichtiger ist als jedwede Überlegung zum Zeitplan, den wir dann trotzdem einhalten konnten. Dies war sicher nur durch die Geschlossenheit der Verhandlungsdelegation möglich.

Wir wurden sehr oft gefragt — das ist mir auch früher schon passiert als Mitglied der österreichischen Vertretung bei der OECD —, wie das in Österreich mit der Sozialpartnerschaft sei, wann sie beschlossen worden sei, mit welchen Gesetzen und dergleichen mehr. Wenn man dann antwortet, das hätte sich sozusagen aus dem Commonsense oder Hausverstand der Nachkriegsgeneration ergeben, trifft man zuerst bei den meisten auf ein ungläubiges Lächeln oder die Bemerkung, man verstehe, wenn das Geheimbeschlüsse gewesen wären, daß man das nicht breittritt.

Ich glaube, man kann mit Stolz sagen, daß es bei allen Mängeln, die auch dort gegeben sind, der österreichische Charakter ist, der nach dem Krieg dieses System geschaffen hat, das uns, glaube ich, auch im neuen Europa besonders dialogfähig macht.

Meine Damen und Herren! Wir haben die Chance, in eine Europäische Union einzutreten, in welcher Friede und Sicherheit keine leere Utopie sind — ich komme zurück auf die einleitenden politischen Argumente —, denn wenn diese Integration der Staaten in der nächsten Generation fortgesetzt wird — ich bin davon überzeugt, mit Fortschritten und gelegentlich auch Rückschlägen, mit guten Ergebnissen und gelegentlich auch den Headlines: Es gibt wieder eine europäi-

sche Krise! —, dann kommen wir jenem Zeitpunkt näher, zu dem faktisch aufgrund der Integration ein nationaler Krieg zwischen den Mitgliedern dieses Integrationsprozesses der Europäischen Union nicht mehr möglich ist.

Ich glaube, die historische Chance, einer solchen Union anzugehören, dürfen wir nicht vorübergehen lassen — wir sind das unserem Land, der Bevölkerung, vor allem aber zukünftigen Generationen in jeder Weise schuldig. — Ich danke sehr. (*Anhaltender Beifall bei ÖVP und SPÖ sowie Beifall des Bundesrates Mag. Lakner.*) 10.49

**Präsident:** Es liegt ein schriftliches Verlangen gemäß § 37 Abs. 5 GO-BR von fünf Bundesräten auf Durchführung einer Debatte vor. Es hat daher eine solche stattzufinden.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Siegfried Dillersberger. Ich erteile es ihm.

10.50

Bundesrat Dr. Siegfried Dillersberger (FPÖ, Tirol): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Selten zuvor in meiner politischen Laufbahn ist mir der Unterschied zwischen den Regierenden und den Oppositionellen so klar geworden wie während der Ausführungen meiner beiden Vorredner. Natürlich haben Sie die staatspolitische Aufgabe, das Verhandlungsergebnis der Bevölkerung anzupreisen, und natürlich haben wir als Opposition die staatspolitische Aufgabe, Ihre Verhandlungen, bis hin zu jenem Zeitpunkt, zu dem das Ergebnis Ihrer Verhandlungen und das, was innerstaatlich umgesetzt werden muß und wird, tatsächlich vorliegt, kritisch zu begleiten. In diesem Sinne sind, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Ausführungen auch zu verstehen.

Wer die Verhandlungen in Brüssel aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß aus dem Ja ohne Wenn und Aber — insbesondere im Hinblick auf die letzten Entwicklungen — ein sehr starkes „Ja, aber“ geworden ist, und er konnte sehen, daß gerade jene Punkte, die die freiheitliche Opposition mit einem „Ja, aber“ zur Diskussion gestellt hat, die Knackpunkte in den Verhandlungen waren. Jetzt geht es eigentlich für die Opposition lediglich darum, zu bewerten, ob Sie sich in diesen Punkten in der Weise, wie wir es uns erwartet hatten, durchgesetzt haben. Konnten Sie sich jedoch nicht durchsetzen, dann haben wir die staatspolitische Aufgabe, uns die Frage zu stellen, ob wir das staatspolitische Interesse eines Beitritts vor das Interesse der Durchsetzung dieser Ansprüche zur Gänze zu stellen haben.

**Dr. Siegfried Dillersberger**

Das ist das, was uns jetzt bewegt, und die Tatsache, daß Bundeskanzler und Außenminister heute im Bundesrat entsprechende Erklärungen abgeben, ist sicher auf die noch sehr unterschiedlichen Reaktionen — nicht nur von Regierung und Opposition, sondern auch innerhalb der Regierungsparteien — auf die Ergebnisse der Verhandlungen in Brüssel zurückzuführen.

Meine Damen und Herren! Während die Regierungsvertreter freudestrahlend — wer könnte es ihnen persönlich verdenken, schon allein deshalb, weil sie in unser schönes Land zurückkehrten — aus Brüssel zurückgekehrt sind und die vereinigten Regierungsmedien, inklusive ORF, Triumphmärsche geblasen haben, hat die Opposition — wer könnte ihr das wiederum verdenken — erwartungsgemäß zurückhaltend reagiert. Einer, nämlich der Landeshauptmann von Tirol, ist wütend — offensichtlich aus wahltaktischen Gründen — überhaupt aus den Erfolgsmeldungen der Regierung ausgeschert.

Die Wahrheit: Triumph oder Verrat? dürfte auch da, wie überall, in der Mitte zu suchen sein. Die freiheitliche Bundesratsfraktion konstatiert, und zwar in seltener Übereinstimmung mit den Kommentatoren des „profil“, daß man sich in Brüssel zwar redlich bemüht, letztlich aber nicht mehr als ein durchschnittliches Verhandlungsergebnis erzielt hat.

Auch ich darf hier namens meiner Fraktion Herrn Außenminister Dr. Mock für seine Bemühungen, die er einmal mehr bis an den Rand seiner Möglichkeiten getrieben hat, ein herzliches Wort des Dankes im Namen jener Menschen sagen, die ich hier zu vertreten habe. Ich möchte diesem Dank auch ein persönliches Wort anschließen, und zwar einerseits aufgrund unseres guten persönlichen Verhältnisses und andererseits im Hinblick auf das, was der Präsident hier anlässlich seiner Antrittsrede gesagt hat: Es ist wohl nicht üblich, daß man persönlich bei einem derartigen Anlaß aus sich herausgeht, aber ich glaube, daß es in diesem Fall angemessen ist: Herr Bundesminister, wir alle würden uns wünschen, wenn Sie etwas mehr auf Ihre Gesundheit achten würden. Ich darf Ihnen sagen: Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, denn ich glaube, daß es zwar große staatspolitische Aufgaben gibt, daß aber der Mensch Mensch bleiben sollte!

Meine Damen und Herren! Ich habe davon gesprochen, daß Österreich ein durchschnittliches Verhandlungsergebnis erzielt hat. Wie hätte es denn auch anders kommen können in Verhandlungen, in denen sich grundverschiedene Positionen gegenüberstanden sind? — Auf der einen Seite wirtschaftliche Macht, Selbstbewußtsein, Organisation einer perfekt funktionierenden Wirtschaftsgemeinschaft, auf der anderen Seite ein zwar sehr feiner, aber kleiner Staat.

Meine Damen und Herren! Diejenigen unter uns, die, so wie ich, dem Gemischten parlamentarischen Ausschuß des europäischen und des österreichischen Parlaments angehören, haben sich von vornherein keine Illusion machen können, zumal man uns in den Meetings, die stattgefunden haben, immer klarzumachen versucht hat, daß ja wir in die Gemeinschaft wollen, daß wir einen Antrag darauf gestellt haben und daß die Gemeinschaft sehr gut auch ohne uns auskommen könne.

Einer meiner Gesprächspartner bei einem Mittagessen im Hotel Imperial hat es für mich unvergeßlich formuliert. (*Rufe bei ÖVP und SPÖ: Nobel! Nobel!*) Ich könnte mir das Hotel Imperial privat nicht leisten, ich war dort auf Einladung der Frau Staatssekretärin Fekter! (*Heiterkeit.*) Ich kann es nicht anders sagen. — Der Genannte hat für mich unvergeßlich — das wollte ich Ihnen sagen — formuliert: „Freund und Kollege“, hat er zu mir gesagt — da bin ich in meinem Ansehen schon entsprechend gestiegen gewesen —, „wenn Sie einem Sportverein beitreten wollen, dann haben Sie sich dessen Regeln unterzuordnen. Sie können doch nicht erwarten, daß ein Sportverein seine Regeln, seine Vereinsstatuten ändert, weil Sie ihm beitreten wollen.“ — Brutal formuliert, aber treffend! (*Bundesrat Strutzenberger: Welcher Sportler war das? — Bundesrat Ing. Penz: Wie bei der Freiheitlichen Partei!*) Was eigentlich wirklich für die Union maßgebend war für ihre Entscheidung, uns doch aufzunehmen, wird in der heutigen Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ enthüllt. Darin steht: „Noch vor einer Woche gab es Beifall auf offener Bühne über den Verhandlungserfolg mit Österreich . . .“

„Franzosen, Italiener und Spanier mochten den Neulingen zwar mit Skepsis entgegenschauen, für deren Beitritt sich die Deutschen so ins Zeug gelegt hatten, aber willkommen waren sie doch vor allem ihres Geldes wegen.“

Jetzt wissen wir also, warum man letztlich mit uns dann doch sehr ausführlich gesprochen hat. (*Bundesrat Ing. Penz: Sie zitieren nur einen Teil aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“!*) Ich kann Ihnen den ganzen Artikel vorlesen, aber ich will ihn nicht „immunisieren“. Herr Kollege! Wir könnten ohne weiteres weiterlesen. Es heißt dann hier weiter:

„Der Brüsseler Basar der vergangenen Tage und Nächte hat indes jedermann vor Augen geführt, daß die Gemeinschaft auf Großeuropa nicht vorbereitet ist.“

Damit will ich mich aber gar nicht auseinandersetzen, sondern Ihnen sagen: Wir sollten uns vor allem der Tatsache bewußt sein, daß man uns nicht aus Liebe in die Europäische Union auf-

**Dr. Siegfried Dillersberger**

nimmt, sondern deshalb, weil wir etwas einzubringen haben (*Bundesrat Mag. Bösch: Wir haben nie etwas anderes behauptet*), weil wir eine fleißige Bevölkerung einzubringen haben, weil wir eine ordentliche Volkswirtschaft einzubringen haben, weil wir Wohlstand einzubringen haben.

Wenn wir in dieser Frage — ganz offensichtlich — übereinstimmen, dann haben wir nach meiner Auffassung auch die Möglichkeit, selbstbewußt zu verhandeln. (*Bundesrat Strutzenberger: Das ist gemacht worden!*) Und wenn wir konstatieren, daß bestimmte Verhandlungsergebnisse nicht ausreichen, dann haben wir auch das Recht — darauf werde ich noch zu sprechen kommen —, nachzuverhandeln, zumal sich jetzt herausgestellt hat, daß der Zeitdruck, unter den wir uns selbst gesetzt haben oder unter den wir gesetzt wurden, offensichtlich für die Norweger nicht gilt. Die können sich noch bis nächste Woche ausrasten und mit neuem Schwung die Verhandlungen fortsetzen. (*Bundesrat Strutzenberger: Das schaue ich mir an, wie die sich ausrasten!*)

Meine Damen und Herren! Eigentlich hätten wir alle uns keine Illusionen machen sollen. Bundesminister Dr. Mock hat sich aufgrund seiner jahrzehntelangen beruflichen Erfahrung ohnedies keine Illusion gemacht. Deshalb war er dann besonders glücklich über das Ergebnis, das er erzielen konnte.

Es ist aber in unserem Lande etwas geschehen, worauf ich Sie aufmerksam machen muß: Illusionen hat nicht die Opposition den Menschen gemacht, denn diese hat immer gesagt: Ja, aber!, Illusionen haben jene von den Regierungsparteien gemacht, die den Menschen vor Beginn der Verhandlungen Versprechungen gemacht haben.

Zunächst einmal hat vor Abschluß des Transitvertrages der ehemalige Präsidentschaftskandidat und nunmehrige Generaldirektor Dr. Streicher in Tirol versprochen, daß der Straßentransit bis 1992 halbiert wird, daß Tirol ab 1991 aufatmen kann. Nachdem man diesen Vertrag abgeschlossen hatte, war es nicht nur Landeshauptmann Dr. Weingartner, der in seiner Regierungserklärung — ich habe sie aus Dokumentationsgründen hier — gesagt hat, der Transitvertrag sei unantastbar, sondern plötzlich haben alle der Bevölkerung versprochen, daß der Transitvertrag unantastbar sei.

Wie hat denn der Bauernbund während der gesamten Verhandlungen reagiert? — Dieser meinte: Das Binnenmarktmodell der Europäischen Union ist für uns absolut unannehmbar! Wir haben keinerlei Möglichkeiten, die Landwirtschaft entsprechend umzustellen!

Dann hat es geheißen, die österreichischen Umweltstandards müssen auch aufrechtbleiben. (*Bundesrat Strutzenberger: Bleiben sie auch!*) Lassen Sie mich ausreden: Und auch heute noch hat der Herr Außenminister hier ausgeführt, die Europäische Union hätte sich verpflichtet, ihre Umweltstandards den österreichischen anzupassen. — So kann man doch nicht mit der Bevölkerung reden!

Wir alle wissen, meine Damen und Herren, daß die Europäische Union eine Verwendungszusage gegeben hat, ihre Umweltstandards zu überprüfen, ob es also möglich ist, diese anzupassen — und das ist ja ohnedies schon sehr viel. (*Bundesrat Strutzenberger: Wenn sie besser sind, kann man das ja überprüfen!*) Dann sagen Sie doch nicht der Bevölkerung, die EU hätte sich dazu verpflichtet, sie anzupassen.

Ich könnte Ihnen aus einem — zugegebenermaßen: mittelmäßig sortierten — Pressearchiv diesbezüglich noch einiges vortragen. So zum Beispiel die Ausführungen bezüglich 38-Tonnen-Limit, das ja ein besonders übles Beispiel dafür ist, wie man sich da untergeordnet hat. Das 38-Tonnen-Limit war angeblich „unantastbar“, als der Herr Minister Klima nach Brüssel gefahren ist. (*Bundesrat Strutzenberger: Das ist nicht wahr!*) Genauso gibt es Presseaussendungen seiner engsten Mitarbeiter und des Ministers selbst, daß, wenn der bilaterale Verkehr liberalisiert wird, damit das Transitabkommen „ausgehöhlt“ und „unterminiert“ wird.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß man der Bevölkerung sehr viel versprochen hat und daß eben auf der Basis dessen, was ursprünglich versprochen wurde, eben nicht alles, ja eher wenig, erreichen konnte. Bevor die Opposition — realistischerweise — eine endgültige Bewertung des Verhandlungsergebnisses vornehmen kann, benötigt sie die Vertragsunterlagen. (*Bundesrat Strutzenberger: 13. März! Tiroler Landtagswahlen — und dann wird alles erledigt sein! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Darf ich Ihnen folgendes sagen: Es ist ja die Regierung damit in das Parlament gegangen, und es geht auch die Regierung heute in das Parlament, obwohl vorgestern der Vertrag hätte abgezeichnet und das Verhandlungsergebnis zu einem Ende gebracht hätte werden sollen, und sie ersucht um Aussprache mit den Parlamentariern: Und was sollen wir denn anderes tun, als auf Basis der vorliegenden Informationen zu argumentieren.

Jetzt sage ich Ihnen: Bevor Sie von uns eine endgültige Antwort bekommen, bevor wir der Bevölkerung solche Flauseln in die Ohren setzen, wie sie Herr Landeshauptmann Weingartner den

**Dr. Siegfried Dillersberger**

Menschen in Tirol in die Ohren gesetzt hat, wollen wir den Vertrag sehen. Ich möchte den Vertrag haben, ich möchte die Unterlagen haben, und zwar in der autorisierten deutschen Übersetzung, die dem Europäischen Parlament zugeleitet wird. Darauf haben wir ein Recht — und wenn wir diese Unterlagen haben, werden wir uns dazu äußern. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir können allerdings in einigen Bereichen heute schon so etwas wie eine Zwischenbilanz ziehen: Es sind im wesentlichen drei Positionen nach diesen Verhandlungen zur Diskussion gestellt: Die Position: Entwicklung der Europäischen Union selbst, die Position: Hausaufgaben und die Position: zu erzielende Verhandlungsergebnisse.

Bezüglich Reform der Europäischen Union selbst ist man auf einem guten Wege. Wir haben gerade gestern den neuen Verfassungsentwurf des Europäischen Parlaments auf den Schreibtisch bekommen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Es ist auch überhaupt keine Frage, daß der Ausschuß der Regionen — wenn wir uns auch wünschen würden, daß er mehr Kompetenzen hat — einen Schritt in die richtige Richtung bedeutet, und es ist auch so, daß sich inzwischen in der Europäischen Union einiges in Richtung Subsidiarität und Demokratisierung entwickelt hat, vor allen Dingen gestützt auf das Erkenntnis des deutschen Bundesverfassungsgerichtes, wonach der Vertrag von Maastricht nicht das ist, für das er ausgegeben wurde und für das ihn viele gehalten haben.

Ich kann also feststellen: Der Zustand der Europäischen Union — wenn sie sich jetzt nicht noch selbst unterminiert durch jene Dinge, die sich derzeit in Brüssel abspielen — läßt es durchaus zu, eine positive Stellungnahme hiezu abzugeben.

Was die Hausaufgaben anlangt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Sie im Verzug: Weder im Bereich der Landwirtschaft liegt konkret etwas vor, noch im Bereich des Verkehrskonzeptes liegt konkret etwas vor — und hinsichtlich Reform des Bundesstaates haben wir lediglich den Zeitungen entnommen, daß diesbezüglich etwas weitergegangen sein soll. Ich bin interessiert, was Herr Bundesminister Weiss, mit dem ich demnächst sprechen werde, zu dieser Frage erklären wird.

Grundsätzlich muß man also sagen: Was die Hausaufgaben anlangt, fehlt es hinten und vorne, und wir wollen konkrete Dinge sehen, wollen wissen, was sich diesbezüglich tut.

Laut Verhandlungsergebnis ist, meine Damen und Herren, die Übergangsfrist für die Zweit-

wohnsitze als positiv zu bewerten. — Wir wären allerdings der Meinung gewesen, daß man für den gesamten Ausländergrundverkehr eine Übergangsfrist hätte erwirken sollen. Das wird aber im Hinblick auf die Bestimmungen des EWR-Vertrages nicht möglich gewesen sein.

Was die Frage Südtirol anlangt, so habe ich heute Erklärungen von Ihnen dazu vermißt, Herr Außenminister. — Wir haben darüber persönlich gesprochen, und ich habe hier namens meiner Fraktion die Forderung vorzutragen, daß zu einer Absicherung der deutschen und ladinischen Volksgruppe in Südtirol — wobei wir übereinstimmend davon ausgehen, daß diese international ohnedies gegeben ist — auch noch entsprechende Erklärungen anläßlich eines EU-Beitritts erfolgen müssen.

Zur Transitfrage: Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Transitvertrag war und ist nicht Selbstzweck, und er ist — das ist nicht so, Herr Bundesminister, wie Sie ausgeführt haben — in höchstem Maße gefährdet, aber unserer Auffassung nach durch Nachverhandlungen in seiner Substanz noch zu retten.

Der Transitvertrag ist — und das sollten all diejenigen zur Kenntnis nehmen, die sich nicht so intensiv mit der Materie beschäftigt haben — der kleinste gemeinsame Nenner zwischen denjenigen, die — wie auch die Freiheitliche Partei — der Meinung waren, daß Transitverkehr nicht nur LKW, sondern auch PKW und Omnibustransit bedeutet, und daß die Schadstoffe über das im Transitvertrag hinaus geregelte NO<sub>x</sub> auch noch als SO<sub>2</sub>-Partikel des Dieselqualms, Blei, Benzol und so weiter bestehen, daß eben auch auf die Lärmentwicklungen entsprechend Bedacht zu nehmen ist, also zwischen dieser Denkschule und denjenigen, die die wirtschaftlichen Notwendigkeiten eines möglichst unbehinderten Transitverkehrs durch Österreich in den Vordergrund ihrer Überlegungen stellen, und das wurde ja festgeschrieben im Werk „Transeuropäische Netze“ der Europäischen Gemeinschaft aus 1993 — ich zitiere —:

Der Transitverkehr sollte nun durch ein koordiniertes Ineinandergreifen verschiedener Maßnahmen sicherstellen, daß es bis zu seinem Ablauf im Jahr 2004 tatsächlich zu einer Verlagerung des Lastentransits von der Straße auf die Schiene kommt. So enthält der Transitvertrag nicht nur die ökologische Komponente der Schadstoffreduzierung — leider nur für NO<sub>x</sub> —, sondern bereits auch die Investitionskomponente in dieser Vereinbarung, und zwar bestimmte Investitionen im EU-Bereich und bestimmte Investitionen in Österreich — diese sind im Transitvertrag alle aufgezählt, darüber brauchen wir nicht mehr zu reden — in einem aufeinander abgestellten Zeitplan vorzunehmen.

**Dr. Siegfried Dillersberger**

Der Transitverkehr verpflichtet Österreich zur Schaffung eines dritten und vierten Gleises durch Tirol, das entweder im Unterinntal durch die nördlichen Kalkalpen als Zubringerstrecke zum Brenner-Basistunnel, der ja feststeht, möglich ist, oder durch eine Zubringerstrecke durch das Unterinntal.

Wesentliche Voraussetzungen zu Erreichung der Verlagerung von der Straße auf die Schiene war und ist die Einbeziehung des bilateralen Verkehrs in das Ökopunktesystem und die Aufrechterhaltung des 38-Tonnen-Limits in Österreich. — Das war ja nicht Jux und Tollerei, was man damals gemacht hat.

Wer heute denjenigen, die den gesamten europäischen Transitinfarkt in Österreich durch die in Brüssel getroffenen Vereinbarungen geradezu programmiert sehen und ihnen Panikmache vorwirft, beziehungsweise vorwirft, wir würden sich mit ihre Argumentation sklavisch an eine Verkürzung der Laufzeit um ein Jahr halten, übersieht zweierlei: Einerseits übersieht dieser, daß die Unantastbarkeit des Transitvertrages für die österreichische Bevölkerung aufgrund der übereinstimmenden Erklärungen vieler Politiker — insbesondere jener der Koalitionsparteien — gegenüber dem großen Europa geradezu symbolischen Charakter hat, und andererseits wird übersehen, daß durch die tatsächlich in Brüssel getroffene Regelung — da haben wir unterschiedliche Auffassungen —, ganz gleich wie lange der Vertrag nun noch wirklich Bestand hat, der Grundkonsens zwischen Ökologie und Ökonomie, der letztlich zwischen den Verteidigern des Transitvertrages parteiübergreifend erzielt wurde, zunichte gemacht wurde.

Mit der faktischen Aufhebung des 38-Tonnen-Limits — noch dazu durch die „Hintertüre“ nach Brüssel —, wonach Überladungen in Zukunft nicht mehr bestraft werden, wird die Euro-Norm der Beladung ab sofort in Österreich eingeführt. *(Bundesrat Ing. Penz: Das stimmt nicht!)* Selbstverständlich stimmt das! *(Bundesrat Ing. Penz: Alle, die überladen sind, müssen abgeladen werden! Das ist doch vollkommen klar!)*

Nein, Herr Kollege! Darf ich es Ihnen erklären: Bisher war es so, daß jeder, der die 38 Tonnen um bis zu 5 Prozent überladen hat, durchfahren durfte, aber bestraft wurde. Nun wurde in Brüssel vereinbart, daß er in Zukunft durchfahren darf, aber nicht mehr bestraft wird. Das ist das Faktum, und daran können auch Sie nicht rütteln! *(Bundesrat Ing. Penz: Verallgemeinern Sie doch nicht . . .!)*

Die Liberalisierung des bilateralen Verkehrs macht die ökologischen Auswirkungen des Transitvertrages bereits innerhalb der nächsten drei Jahre zunichte, was unter anderem auch Sektionsleiter Hanreich aus dem Verkehrsministeri-

um den interessierten Damen und Herren jederzeit bestätigen wird.

Die Tatsache, daß wohl eine genaue zeitliche Abfolge für das Außerkrafttreten des Transitvertrages und entsprechende Mechanismen vereinbart wurden, auf die parallel dazu notwendigen Investitionen im Eisenbahnbereich jedoch offensichtlich „vergessen“ wurde — damit kommt man erst jetzt daher, nachdem aus dem Land Tirol entsprechend interveniert wird, das soll jetzt als Hausaufgabe nachgeholt werden —, führt spätestens zum Zeitpunkt des Auslaufens des Transitvertrages zu einer Situation, in der die volle Liberalisierung des europäischen Transitverkehrs in Österreich eintritt, keinerlei Möglichkeit zur Begrenzung der Verkehrsströme im Hinblick auf Schadstoffausstoß mehr besteht, die Schweiz ihr LKW-Transitverbot in Kraft treten läßt und noch längst keine leistungsfähigen Schienenstränge zur Aufnahme des Verkehrs errichtet worden sind, weil das technisch in dieser kurzen Zeit gar nicht möglich ist.

Durch die nun getroffene Regelung ist also die Verlagerung von der Schiene auf die Straße geradezu vorprogrammiert und ist auch für die Zukunft hinsichtlich Transitstrecken eine Perspektive eingetreten, die wir, die wir an diesen Strecken leben müssen, nicht akzeptieren können.

Die Forderung zur Nachverhandlung auf der Basis dessen, was die Freiheitliche Partei im Bereich des Transitverkehrs seit über einem Jahr verlangt, ist daher nicht unangemessen, sondern geradezu ein Gebot der Stunde. Ich bin froh darüber, daß sich durch EU-interne Verzögerungen nun die Möglichkeit zu einem Nachfassen sowohl für die Parlamentarier — die werden das gleich übernächste Woche in Brüssel tun — als auch für die Regierungen ergibt.

Herr Bundesminister! Wir müssen erreichen, daß im EU-Beitrittsvertrag — und das fordern wir! — festgeschrieben wird, daß auch nach Auslaufen des Transitvertrages die dann erreichten Umweltstandards auf Dauer bestehen bleiben, was voraussetzt . . . *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Das ist aber nicht so, lesen Sie sich das doch durch! — Das setzt voraus, daß auch entsprechende Überwachungsmechanismen vereinbart werden. Wir müssen erreichen, daß ein parallel zum Auslaufen des Transitvertrages zeitmäßig koordiniertes Bahninvestitionsprogramm vorgelegt und dessen Finanzierung sowie dessen Zeitplan verbindlich vereinbart wird, und wir müssen schließlich erreichen, daß jenen Menschen, die von der Schaffung neuer Transiteisenbahnstrecken im buchstäblichsten Sinne des Wortes bedroht sind, die Garantie dafür gegeben wird, daß das, was ihnen bisher stets versprochen wurde, nämlich daß diese Bahnlinien unterirdisch und

**Dr. Siegfried Dillersberger**

umweltfreundlich verlaufen werden, auch tatsächlich realisiert wird.

Selbstverständlich muß sich Österreich auch eine selbstständige Mautpolitik vorbehalten, da nur dann die Möglichkeit zu einem entsprechenden Druck — dieser wird notwendig sein —, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, gegeben ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! So gesehen ist die Aktion des Tiroler Landeshauptmannes Dr. Weingartner ein Verzweiflungsschritt, jedoch ein Schritt in die richtige Richtung, der allerdings so, wie er bisher vorgetragen wurde, nur Stückwerk bleiben kann. Es bedarf eines aufeinander abgestimmten Konzepts jener Maßnahmen, die die Autoren des Transitvertrages im Auge hatten, als sie darangingen, aus ökologischen Gründen — und nur aus ökologischen Gründen! — den Transitverkehr zu beschränken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um insbesondere Ihnen aus Tirol die Möglichkeit zu geben, ein entsprechendes Zeichen zu setzen, bringen wir Freiheitlichen folgenden Entschließungsantrag ein:

**Entschließungsantrag:**

*der Bundesräte Dr. Dillersberger und Kollegen betreffend Schutz vor dem Transitverkehr im Falle eines EU-Beitritts Österreichs*

*Der Bundesrat wolle beschließen:*

*Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch folgende Maßnahmen sicherzustellen, daß auch im Falle eines EU-Beitritts Österreichs zumindest die vollen Auswirkungen dieses ursprünglichen Transitvertrages erhalten bleiben.*

*1. Die Errichtung einer neuen Eisenbahntransversale ohne störende oberirdische Gleisanlagen im Unterinntal und im Wipptal als leistungsfähige Transitalternative zur Autobahn, ist unverzüglich finanziell sicherzustellen und in der Weise raschestmöglich zu realisieren, daß das neue Eisenbahnsystem spätestens zum Zeitpunkt des Auslaufens des Transitvertrages zur Verfügung steht.*

Das ist nicht von Weingartner abgeschrieben, sondern weitergedacht. Aber das ist ja der große Vorzug von uns Freiheitlichen, daß wir weiterdenken als bis zur nächsten Wahl. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

*2. Ein Mitspracherecht des Landes Tirol bei der Gestaltung der Mautgebühren auf den durch dieses Land führenden Transitrouten und hinsichtlich der Verwendung des Mautgebühren-Überschusses ist sicherzustellen.*

*3. Die im Verhandlungsergebnis vereinbarten substanziellen Abweichungen vom früheren Transitvertrag, insbesondere Aufgabe des 38-Ton-*

*nen-Limits, Liberalisierung der bilateralen Transporte, Reduzierung der Laufzeit des Vertrages sind durch entsprechende Nachverhandlungen derart zu korrigieren, daß der ökologische Effekt des Transitvertrages in seiner ursprünglich vereinbarten Form auf Dauer erhalten bleibt.*

Ich nehme also an, daß insbesondere jene Damen und Herren aus Tirol, die meinen, daß hierin einige Ideen des Herrn Landeshauptmannes Dr. Weingartner verpackt sind — ich möchte aber nicht mit Ihnen darüber diskutieren, wer diese Ideen früher gehabt hat —, diesem Entschließungsantrag ohne weiters zustimmen können, und wir werden uns erlauben, darüber eine namentliche Abstimmung zu beantragen, um so festzustellen, wer tatsächlich hinter diesen Forderungen steht. (*Beifall bei der FPÖ. — Bundesrat Ing. P e n z: Sie halten eine Wahlkampfreda auf dem falschen Platz, Herr Kollege!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen sagen, daß wir uns für die nächsten Wochen — bis zu unserer Entscheidung, die wir darüber am 8. April treffen wollen — noch einiges von Ihnen erwarten: So erwarten wir von Ihnen etwa die Absicherung der Bergbauernzuschüsse und Direktzahlungen an die Landwirtschaft in entsprechend verfassungsrechtlicher Form. Weiters erwarten wir die Vorlage eines gesamtösterreichischen Verkehrskonzeptes, die wirksame Reform des Bundesstaates durch sinnvolle, nach dem Prinzip des Föderalismus erfolgende Aufgabenteilungen unter gleichzeitiger Sicherstellung der Finanzausstattung der Länder und Gemeinden,

die Ausarbeitung eines Beschäftigungskonzeptes für diejenigen, die durch den EU-Beitritt ohne Arbeit werden, so zum Beispiel die Zollbeamten, die Zolldeklaranten,

die Vorlage von Sektorenplänen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie zur Erleichterung des Überganges auf das EU-Preisniveau

und die Absicherung der Autonomie der deutschen und ladinischen Volksgruppe in Südtirol. (*Bundesrat Ing. P e n z: Das ist alles da!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weil Sie sagen, das ist alles vorgesehen: Ja umso leichter wird es möglich sein, in die — da wende ich mich an den Herrn Bundeskanzler — im staatspolitischen Interesse notwendigen Gespräche zwischen Regierung und Opposition einzutreten.

Wir Freiheitlichen haben solche Gespräche angeboten, wir bieten sie zu jeder Zeit an, aber es wird nur nicht so gehen — ich hoffe aber, daß das nicht stimmt, was in der „Tiroler Tageszeitung“ zu lesen stand —, daß sich der Herr Bundeskanzler seinen Gesprächspartner aussuchen kann. Die



**Dr. Siegfried Dillersberger**

Freiheitliche Partei wird dabei vertreten sein durch Bundesparteiobmann Dr. Haider. — Dillersberger ist zwar sehr, sehr geehrt darüber, daß der Herr Bundeskanzler mit ihm ein Gespräch führen will, aber es wird halt nicht möglich sein, daß ein solches Gespräch ohne den Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei stattfindet.

Ich darf Ihnen also sagen: Sobald die schriftlichen Unterlagen, die wir demnächst erwarten, vorliegen, bieten wir Ihnen Gespräche an, sind wir bereit, mit Ihnen . . . (*Ruf bei der SPÖ: Wie „großzügig“!*) Ich weiß nicht, wer jetzt gesagt hat „großzügig“. — Es gibt zwei Oppositionsparteien, das heißt, in Wirklichkeit gibt es zweieinhalb oder drei. Eine sagt, mit uns braucht ihr gar nicht zu reden, weil wir sind sowieso einverstanden. (*Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Das seid ihr?*) Nein, das ist das „Linke Forum“. Die andere sagt, mit uns braucht ihr überhaupt nicht zu reden, weil bei uns habt ihr überhaupt keine Chance, und das sind die Grün-Alternativen. (*Bundesrat Strutzenberger: Und was sagen Sie!* — *Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Jeder immer etwas anderes!* — *Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP.*)

Wir sind aus staatspolitischen Gründen bereit, mit Ihnen in Gespräche darüber einzutreten. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Messen Sie uns halt am Ergebnis, Herr Kollege Konečný! Sie können natürlich sagen, Sie wollen nicht, aber dann sagen Sie deutlich, daß Sie mit uns von der Freiheitlichen Partei nicht sprechen möchten.

Wenn dem so ist, dann setzen Sie Ihre Ausgrenzungsstrategie fort, und dann werden wir halt nicht mit Ihnen reden, sondern wir werden eben aufgrund dessen, daß man nicht mit uns gesprochen hat, eine entsprechende Empfehlung abgeben. Aber, meine Damen und Herren, so kann man das doch nicht machen . . . (*Bundesrat Ing. Penz: Genau! So geht es nicht!* — *Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*) Haben Sie sich beruhigt?

So kann man es wohl nicht machen, daß man als Regierungspartei mit einer Oppositionspartei kein Gespräch führt, obwohl die Oppositionspartei das wünscht. So wird man es nicht machen können! — Wenn Sie es aber trotzdem so machen, werden wir uns erlauben, die österreichische Bevölkerung darüber in Kenntnis zu setzen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Wir werden aber dann mit unseren bescheideneren Möglichkeiten — wir erwarten uns ja von einem Gespräch zusätzliche Informationen, Abklärungen der Sachverhalte — unter Umständen zu Schlüssen zu Ihrem Verhandlungsergebnis kommen, die eine andere Empfehlung letztlich zur Folge haben, wie das vielleicht nicht der Fall wäre, wenn man mit uns spricht. Ich glaube also, ein Gespräch ist im Interesse aller.

Es ist für mich im Prinzip ja beinahe schon eine Zumutung, mich derartig „andienen“ zu müssen, aber ich tue das aus staatspolitischem Interesse heraus trotzdem. (*Beifall bei der FPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Es geht um Österreich und nicht um die FPÖ!*) 11.22

**Präsident:** Der von den Bundesräten Dr. Dillersberger und Kollegen eingebrachte Entschließungsantrag betreffend „Schutz vor dem Transitverkehr im Falle eines EU-Beitritts Österreichs“ ist genügend unterstützt und steht somit in Verhandlung.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Mautner Markhof. Ich erteile es ihm.

11.22

Bundesrat Dr. h. c. Manfred Mautner Markhof (ÖVP, Wien): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Bundesminister! Hoher Bundesrat! Bevor ich auf das Thema Europäische Union im allgemeinen und das Verhandlungsergebnis im speziellen eingehe, möchte ich an erster Stelle unserem Verhandlungsteam für seinen — im wahrsten Sinne des Wortes — unermüdlichen Einsatz danken. Ohne die enormen Leisten der gesamten Delegation in den Hintergrund stellen zu wollen, gilt mein ganz besonderer Dank unserem hochgeschätzten Herrn Außenminister Dr. Mock, dessen fast schon übermenschliches Engagement wesentlich zum Gelingen beigetragen hat. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Ich möchte aber auch all jenen danken, die mit ihrer Arbeit dazu beigetragen haben, daß die Verhandlungen mit der EU zu einem guten Ende geführt werden konnten. Besonders erwähnen möchte ich hiebei alle in Brüssel anwesenden Minister, die Vertreter der Sozialpartner, unsere Botschafter Dr. Scheich und Dr. Wolte und alle Fachexperten, ohne deren Mithilfe dieses Ergebnis nie zustandegekommen wäre.

Es war erhebend, feststellen zu können: Im Lager unseres Verhandlungsteams, unter Führung von Herrn Bundesminister Dr. Mock, stand Österreich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr oft wird die Bedeutung des EU-Beitritts Österreich mit jener des Staatsvertrages verglichen. Ich halte das auch für richtig, denn: Der Staatsvertrag hat uns unsere Freiheit gebracht. Und die Sicherung dieser Freiheit ist meiner Ansicht nach am besten im Rahmen der Europäischen Union gewährleistet.

Glücklicherweise kann unser Land auf echten Wohlstand verweisen. Ich betone dieses „glücklicherweise“ auch — oder vor allem — in Richtung derjenigen, die beklagen, daß Österreich innerhalb der EU zu den Nettozahlern gehört. Wir dürfen aber folgendes nicht vergessen: Abgesehen

**Dr. h. c. Manfred Mautner Markhof**

vom Fleiß, den Fähigkeiten und der Kreativität der österreichischen Bevölkerung konnten wir uns diesen Wohlstand zu einem beträchtlichen Teil aufgrund der Verflechtung mit den EG-Staaten erarbeiten. Erst dadurch war es uns möglich, soziale Sicherheit auf heutigem Niveau zu schaffen und in Sachen Ökologie etwas zu bewegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das auch in Zukunft so sein soll, ist es einfach ein Gebot der Vernunft, die bestehenden Schranken zu einem Markt, der für uns immer lebensnotwendig war und ist, niederzureißen.

Was besonders wichtig ist: Wir müssen die Möglichkeit haben, bei den Entscheidungsfindungen innerhalb der EU mitreden zu können. Denn ob es uns paßt oder nicht: Was immer in der EG beschlossen wird, hat in jedem Fall Auswirkungen auf unser Land — egal, ob wir dabei sind oder nicht. Umso notwendiger ist es, als Mitglied in die Entscheidungsprozesse eingebunden zu sein, in bestimmten Fragen Allianzen mit gleichgesinnten Staaten bilden und so Einfluß auf die zukünftige Gestaltung nehmen zu können.

Sehr verehrte Damen und Herren! Es wurde immer wieder betont, daß ein gutes Verhandlungsergebnis das wichtigste ist und der Zeitpunkt des Abschlusses sekundär sei. — Das ist natürlich richtig, wenngleich ich dazu sagen muß: Es war schon außerordentlich wichtig, die Verhandlungen zu beenden, bevor sich das Europäische Parlament, das ja im Juni neu gewählt wird, auflöst. Denn andernfalls wäre die Chance deutlich geringer gewesen, daß Österreich im Jahr 1996 — wenn die große Institutionenreform der EU angesagt ist — gleichberechtigtes EU-Mitglied ist.

Wir dürfen nicht übersehen, daß es EU-Staaten gibt, die der Erweiterung der Union nicht gerade mit Euphorie begegnen. Man sollte jene Strömungen innerhalb der EU nicht unterschätzen, denen die Vertiefung der Union ein größeres Anliegen ist als die Erweiterung.

Deshalb meine ich, daß mit dem jetzigen Verhandlungsabschluß die Gunst der Stunde genutzt worden ist — denn wer weiß, wie das Stimmungsklima innerhalb der EU zu einem späteren Zeitpunkt gewesen wäre. Abgesehen davon bin ich der festen Überzeugung, daß selbst bei jahrelangen weiteren Verhandlungen ein noch besseres Ergebnis für Österreich nicht erzielbar gewesen wäre.

Meine Damen und Herren! Ich hatte Gelegenheit, in dieser so bedeutenden Phase der Schlußverhandlungen in Brüssel am Ort des Geschehens zu sein. Wenn man miterlebt hat, wie die österreichischen Verhandler — unter Führung von Außenminister Dr. Mock — für die Anliegen unse-

res Landes gekämpft haben, immer wieder in Rücksprache mit dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Vizekanzler und in ständiger Verbindung mit österreichischen Institutionen, so konnte einen das schon mit einem gewissen Stolz erfüllen. Mit Stolz auch deshalb, weil man sehen konnte, daß es den handelnden Personen um die Sache, um die Zukunft unseres Landes — und nicht etwa um Parteipolitik geht. Es herrschten eine Einigkeit und ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das man sich auch bei so mancher Lösung eines innerösterreichischen Problems wünschen würde. Und ich bin davon überzeugt, daß diese Geschlossenheit der Regierungsparteien in Sachen EU der österreichischen Bevölkerung deutlich macht, wie entscheidend der Beitritt für die Zukunft unseres Landes ist.

Damit komme ich auch schon auf das bevorstehende Referendum zu sprechen. Natürlich ist es jedermanns gutes Recht — insbesondere das der Opposition —, Kritik an den Verhandlungsergebnissen zu üben; sachliche Kritik wird durchaus ernst genommen.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir jedoch die Bemerkung, daß es im Wesen von Verhandlungen liegt, auf beiden Seiten von Extrempositionen auszugehen und sich soweit entgegenzukommen, bis man eine für beide Seiten akzeptable Lösung gefunden hat. Und die gefundenen Lösungen in den bis zuletzt strittigen Fragen sind für Österreich mehr als akzeptabel — doch darauf werde ich noch später zu sprechen kommen.

All jenen, die jetzt behaupten, die österreichischen Verhandler seien „umgefallen“, hätten sich „über den Tisch ziehen lassen“ und dergleichen mehr, würde ich raten, sich Stimmen aus Frankreich oder Spanien anzuhören, die das Gegenteil meinen, nämlich daß die EU viel zu nachgiebig war. Auch die Tatsache, daß Österreich erst als dritter der vier Kandidaten Einigung mit der EU erzielte, zeigt, daß unsere Verhandler keineswegs leichtfertig oder vorschnell Positionen aufgeben haben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die EU-Abstimmung ist etwas, das sehr viel mit Emotionen und Gefühlen zu tun haben wird. Wir alle wissen aus dem politischen Alltag: Wenn man es darauf anlegt, dann ist es keine Kunst, bei jedem Vertrag, bei jedem Paragraphen ein Haar in der Suppe zu finden. Es ist — leider Gottes — auch nicht sonderlich schwer, Menschen Angst zu machen und sie zu verunsichern, insbesondere dann, wenn es um Veränderungen geht.

Deshalb appelliere ich an alle Beteiligten, im Vorfeld der EU-Abstimmung eine faire Auseinandersetzung mit dem Thema zu betreiben! Mir ist schon klar, daß in einem Wahljahr die eine

**Dr. h. c. Manfred Mautner Markhof**

oder andere Aussage zum Thema EU parteipolitisch motiviert ist.

Nun ein Appell an die heutigen Gegner des EU-Beitritts: In einer der ältesten Demokratien Europas, in Großbritannien, wird der Führer der Opposition „Her Majesty's Leader of the most loyal opposition“ genannt, und ich möchte in Anlehnung an diese Bezeichnung den führenden Kritikern der Opposition ans Herz legen, daß sie unserem Souverän, also dem gesamten österreichischen Volk gegenüber, ihre Opposition in möglichst loyaler Weise zum Ausdruck bringen.

Mir ist bewußt, daß Extremszenarios außerordentlich wirksam sind und man oft dazu neigt, diese Behauptungen relativ schnell aus dem Armel zu schütteln, ohne vielleicht immer die entsprechenden Recherchen angestellt zu haben. Deshalb würde ich bitten, die Kritik, die Sie von den Oppositionsbänken einbringen, so zu gestalten, wie man, von den gegebenen Umständen ausgehend, das Beste daraus machen kann.

Geschätzte Damen und Herren! Zweifellos ist die Regelung von Detailfragen immens wichtig. Aber darüber hinaus dürfen wir doch nicht das Ganze, das Gesamte aus den Augen verlieren! Wir wissen doch alle, daß es heute zahlreiche Problemfelder gibt, die im nationalen Alleingang einfach nicht mehr zu lösen sind.

Als überzeugter Europäer hatte ich das große Glück, im Rahmen einer Veranstaltung der Österreichischen Hochschülerschaft der Universität Wien einen Abend mit einem der Gründerväter des heutigen Europa, mit Robert Schuman zu verbringen, bei dem er uns die Ziele, die mit der Montanunion ihren Anfang nahmen, auseinandersetzte und auf uns Studenten Anfang der fünfziger Jahre den nachhaltigsten Eindruck hinterließ. — Zu diesem Zeitpunkt standen die sicherheitspolitischen Aspekte sehr im Vordergrund, die heute, wenn auch unter veränderten Umständen, genauso Gültigkeit haben wie damals. Wir wissen um die Tragik im Raum des ehemaligen Jugoslawien und verstehen dabei den Wunsch von Ungarn beziehungsweise der Tschechischen Republik, der EU so rasch als möglich anzugehören. Ich halte daher den Besuch von Präsident Delors, in der Vorwoche in Budapest, für außerordentlich wichtig.

Österreich hat aufgrund seiner geographischen Lage und der großen Erfahrungen mit seinen Nachbarn, die vormals dem Ostblock angehört haben, natürlich großes Verständnis für deren Anliegen.

Es stört mich bei so mancher Diskussion über den EU-Beitritt Österreichs auch, wenn die EU — genauso wie die Situation Österreichs — als

etwas Statisches dargestellt wird, wenn immer nur Momentaufnahmen gesehen werden.

Meine Damen und Herren! Der Lauf der Geschichte ist — wie wir ja alle zur Genüge wissen — ein dynamischer. Nichtsdestotrotz haben wir aber ein klares Ziel vor Augen, nämlich ein Europa — und damit meine ich den gesamten Kontinent —, in dem seine Völker gleichberechtigt in Frieden und Wohlstand leben können. Und hierfür bietet die Europäische Union einfach die besten Optionen. Es gibt keine Alternative, die ein ähnliches Chancenpotential in sich birgt.

Oft hört man in Gesprächen mit den Mitbürgern das Argument: Uns geht es wirtschaftlich ohnehin gut, warum sollen wir dann in die EU? Es gibt nicht wenige Menschen, die annehmen, daß der Wohlstand in Österreich eine unverrückbare Sache sei. Dazu kann ich nur sagen: Unser Wohlstand muß täglich neu erarbeitet werden. Würden wir als kleines Land vom großen Markt, der zu über 60 Prozent unsere Exporte aufnimmt, mehr oder weniger abgeschnitten werden — und das wären wir bei einem Nichtbeitritt —, wäre das wirtschaftliche Überleben ungleich schwieriger.

Jetzt verweist sicherlich jemand auf das Beispiel der Schweiz. Nun, da kann ich nur sagen: Ich möchte nicht, daß sich Österreich so einsam fühlen muß, wie dies bei der Schweiz derzeit der Fall ist. Und es ist nicht sonderlich übertrieben, wenn man sagt, daß die Schweizerische Regierung bereits blankes Entsetzen signalisiert.

Die Ausgangsposition der Eidgenossen wird trotz des großen Reichtums, den die Schweiz im Gegensatz zu Österreich hat, täglich schwieriger. Und die Gespräche mit Brüssel — auch die Schweiz kann sich nicht völlig vom EU-Geschehen abkoppeln — gestalten sich äußerst schwierig. Ich meine aber, daß sich à la longue auch in der Schweiz die Grundvernunft gegenüber den aufgeschaukelten Emotionen durchsetzen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wird für einen Teil der Bevölkerung — Professor Felderer vom Institut für höhere Studien hat dies kürzlich wieder bestätigt — im Zuge des EU-Beitritts Umstellungsschwierigkeiten geben. Der wesentlich größere Teil der Österreicherinnen und Österreicher wird jedoch vom Beitritt profitieren. Darin sind sich die Wirtschaftsforscher einig. Das heißt, es geht um das Gesamtwohl unseres Landes.

Natürlich bedeutet ein EU-Beitritt auch für mein Unternehmen, ein Nahrungsmittel-Industriebetrieb, daß gewisse Umstellungen und Anpassungen notwendig sind, daß die Situation in einigen Bereichen schwieriger wird.

**Dr. h. c. Manfred Mautner Markhof**

Dazu vielleicht ein etwas skurriles Beispiel: Wenn in der EU das Wort „Inländer-Rum“, das für den österreichischen Konsumenten ein Begriff ist, nicht zulässig ist, werden wir eine Bezeichnung finden, die für beide Teile akzeptabel ist, werden wohl aber nicht auf die Idee kommen, den Versuch zu machen, aus diesem — kleinen — Detail die Gesamtkonzeption nachhaltig zu stören. — Solche und ähnliche Probleme gibt es natürlich nicht nur bei uns. Ich bin aber davon überzeugt, daß bei einigermaßen kreativem Denken überall sinnvolle Lösungen gefunden werden.

Ich brauche sicherlich nicht näher zu betonen, daß solche oder ähnliche Problematiken uns nicht daran hindern, unseren Wunsch nachdrücklich zu unterstreichen, daß Österreich EU-Mitglied wird.

Wir wollen das, weil ein Markt mit 320 Millionen Menschen einfach eine immense Herausforderung für ein Unternehmen ist!

Wir wollen das, weil es für das Gesamtwohl Österreichs besser ist, und wenn es den Österreichern insgesamt besser geht, dann ist das auch für unser Unternehmen gut. Wir haben schon vor Jahren begonnen, entsprechende Vorkehrungen zu treffen, um für den großen Markt gewappnet zu sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen nicht beenden, ohne auf die Transitfrage, die unsere Mitbürger besonders bewegt, kurz einzugehen. Der Vertrag wurde auf 12 Jahre geschlossen und wird am 1. Jänner 1995 bereits seit zwei Jahren in Kraft sein. Ausgangspunkt des Vertrages war die 60prozentige Schadstoffreduzierung in dem angegebenen Gebiet. Wenn nun die „3x3x3-Lösung“ gefunden wurde, liegt es bei der ersten Verlängerung ganz bei Österreich — und bei der zweiten ist — wie schon ausgeführt — ein Gesamtgutachten über die Frage, ob die 60prozentige Schadstoffreduzierung zu dem Zeitpunkt schon dauerhaft erreicht ist, das Kriterium. Ein Umstand, der technisch einwandfrei meßbar ist, meine Damen und Herren.

Ein Detail am Rande: Bei der englischen Ausarbeitung der Textierung wurde das Wort „emission“, Abgase, durch „pollution“, Umweltverschmutzung, ersetzt, was eine mögliche, nicht uninteressante Verbesserung unserer etwaigen Position darstellt.

Selbstverständlich ist uns allen bewußt, daß in der Laufzeit des Transitvertrages Wesentliches zur dauerhaften Schadstoffreduzierung beigetragen werden muß. Deshalb sehe ich den Schwerpunkt über das Wesen des Transitvertrages in der raschesten Realisierung dieses Vorhabens, das die Alpenregionen — auch die Italiens und Deutschlands — miteinschließt.

Mit besonderem Interesse habe ich bei dem letzten Besuch in Brüssel aus dem Gespräch mit Europa-Abgeordneten erfahren können, daß eine europäische Verkehrsplanung im Fertigwerden ist. Ein Schwerpunkt bildet bei einer gesamteuropäischen Konzeption, wie anzunehmen ist, der Eisenbahnsektor.

Wenn wir gerade beim Thema Transit von der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene sprechen, wissen wir auch genau, daß für den adäquaten Ausbau der Bahnstrecken enorme finanzielle Mittel erforderlich sind. Es wird für Österreich nicht leicht sein, zum Beispiel für den Ausbau der Bahn im unteren Inntal beziehungsweise des Brenner-Basis-Tunnels — salopp formuliert — einfach die Milliarden aus dem Ärmel zu schütteln. Deshalb haben wir mit großer Genugtuung die Meldung vernommen, daß die österreichische Bundesregierung alle Anstrengungen zu unternehmen bereit ist, um die Finanzierung dieser so wichtigen Projekte in Angriff zu nehmen.

Die EU ihrerseits plant ebenfalls, zur Finanzierung derartiger Projekte, die in diesem Falle die Alpenregionen von Österreich, Italien und Deutschland betreffen, beizutragen und so damit die Voraussetzung zu schaffen, daß gemeinsam mit der österreichischen Bundesregierung die Realisierung dieser Projekte nicht auf den Sankt Nimmerleins-Tag verschoben wird.

Stellen wir uns einmal vor, was in der Transitfrage geschehen würde, bliebe Österreich außerhalb der EU: Wir hätten die Laufzeit des Transitvertrages — und dann? Das Gesprächsklima mit der EU wäre für ein Nichtmitglied Österreich garantiert kein sehr gutes, und es kann doch kein Mensch ernsthaft glauben, daß wir — ein Land mit einem EU-Exportanteil von mehr als 60 Prozent — im Fall der Fälle einfach unsere Grenzen dichtmachen könnten.

Aber, meine Damen und Herren, ich bin zuversichtlich, daß die österreichische Bevölkerung sehr genau spürt, wie wichtig ein EU-Beitritt für die Interessen unseres Landes ist. Das heißt aber nicht, daß wir uns einfach zurücklehnen und auf die Volksabstimmung warten können. Das bedeutet — im Gegenteil! —, daß wir mehr denn je alle Anstrengungen unternehmen müssen, damit die Österreicherinnen und Österreicher nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit dem Herzen für den Europagedanken eintreten.

Es war mein verehrter Vorgänger, der auch heute hier im Saal ist, Herr Dr. Karl Pisec, der schon vor geraumer Zeit das erste Mal die Frage eines Beitritts Österreichs zur EG hier im Bundesrat angeschnitten hat. Ich habe es deshalb als eine besondere Auszeichnung empfunden, als ich Ende Mai 1989 in meiner Funktion als Obmann des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesra-

**Dr. h. c. Manfred Mautner Markhof**

tes meine Unterschrift unter jenen Entschließungsantrag setzen durfte, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, die Verhandlungen mit der EG in die Wege zu leiten. Nun, mit dem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen befinden wir uns sozusagen im Endspurt Richtung EU. Und ich bin zuversichtlich, daß uns die österreichische Bevölkerung mit einem deutlichen „Ja zum Beitritt“ ans Ziel bringen wird. — Ich danke. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.) 11.40*

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich Herr Vizepräsident Walter Strutzenberger. Ich erteile ihm dieses.

11.40

Bundesrat Walter **Strutzenberger** (SPÖ, Wien): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Gestatten Sie mir zunächst eine Feststellung, die von Herzen kommt und von der ich glaube, daß ich sie auch im Namen meiner gesamten Fraktion aussprechen darf: Ich möchte Ihnen, Herr Bundeskanzler, Herr Bundesminister und Frau Staatssekretärin, da auch Sie anwesend sind, herzlichst für den Einsatz danken und zu dem Abschluß gratulieren, den Sie mit dem Team in Brüssel erreichen konnten. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Ich möchte noch etwas festhalten: Man spricht immer leichtfertig davon, daß es in einer Koalition unterschiedliche Meinungen gebe. Ich weiß, daß eine Koalition keine Liebesehe ist, aber die Vertreter dieser beiden Koalitionsparteien haben gerade bei diesen schwierigen Verhandlungen bewiesen, daß Österreich als solches im Vordergrund gestanden ist. Bei den Verhandlungen konnte dieser Erfolg nur deshalb erzielt werden, weil ein geschlossenes Team angetreten ist, und zwar nicht ein Team aus SPÖ und ÖVP, sondern eben ein österreichisches Team. Dafür, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen und auch den Beamten, die an den Beratungen zu einem sicherlich nicht unerheblichen Teil mitgewirkt haben, meinen herzlichen Dank aussprechen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Bevor ich auf die Sachthemen eingehe, noch ein Wort zu Ihnen, Herr Kollege Dr. Dillersberger: Niemand hier hat von Ihnen erwartet, daß Sie sich jetzt hierherstellen, plötzlich eine Kehrtwendung machen und für einen EU-Beitritt sprechen. Sie haben von staatspolitischen Interessen gesprochen, und Sie haben es so dargestellt, als wären Sie der Staatsmann, der jetzt die staatspolitischen Interessen vertritt.

Ich bin der Meinung, die staatspolitischen Interessen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt vertreten — mit Ausnahme weniger — alle, die hier im Saal anwesend sind *(Bundesrat Dr. Dillersberger: Jeder an seinem Platz!)*, wobei ich

sagen möchte, daß mich eines schon erfreut, nämlich daß die Kurven, die Sie bisher gefahren sind, ein bisserl mehr gestreckt werden. Ich gebe daher die Hoffnung nicht auf, daß vielleicht am Montag die Haltung der FPÖ zum EU-Beitritt anders aussehen wird. *(Bundesrat Dr. K a p r a l: Am Montag wird sich gar nichts tun!)*

Ich habe Ihren Ausführungen, Kollege Dillersberger, sehr aufmerksam zugehört — das werden Sie bemerkt haben —, und, wie gesagt, es ist immer wieder durchgeklungen: In Tirol haben wir Wahlen! Ich sage Ihnen ganz offen: Das war und ist mein Eindruck. Denn anders kann ich es nicht verstehen, daß Sie sich hierherstellen und beklagen, Sie hätten keine Unterlagen, daher könnten Sie keine Stellungnahme abgeben. Denn auf der anderen Seite haben Sie diesen Vertrag Punkt für Punkt kritisiert. *(Bundesrat Dr. Dillersberger: Weil wir uns selbst eine Übersetzung des Transiteiles besorgt haben!)*

Wenn Sie es sich selbst besorgt haben, dann erzählen Sie mir nicht, sie hätten keine Unterlagen. Dann seien Sie so ehrlich und sagen Sie, daß Sie alle Unterlagen haben und den Vertrag kennen. *(Bundesrat Dr. Dillersberger: Des Transiteiles!)*

Noch einmal: Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß vielleicht bei der nächsten oder bei der übernächsten Sitzung in der Diskussion herauskommt, daß Sie sagen: Das ist jetzt in Ordnung; jetzt werden wir auch die Bevölkerung eingehend, aufrichtig, ehrlich und sachgerecht informieren *(Bundesrat Mag. L a n g e r: Das erwarten wir von Ihnen!)* und die Bevölkerung wird dann entscheiden, ob sie für den EU-Beitritt ist oder nicht.

Ihr Parteiführer hat ja schon oft bei verschiedenen Angelegenheiten gesagt, ... *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Herr Kollege! Sogar in England gibt es Parteiführer. Warum wehren Sie sich so gegen diesen Ausdruck? Ich sage halt Parteiführer. *(Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Ich hoffe nicht, daß Sie das gleiche machen, wie er es schon sehr oft gemacht hat, nämlich daß er auf Verschiedenes hinweist und dann sagt: Wenn ich anders aufgeklärt worden wäre, würde ich wahrscheinlich eine andere Empfehlung geben!

Ich hoffe des weiteren, Herr Kollege Dillersberger, daß Sie in Zukunft objektiver sprechen werden, als Sie es jetzt getan haben zum Beispiel mit der Kritik am Herrn Bundeskanzler und am Bundesminister, indem Sie die Anwesenheit dieser beiden Regierungsmitglieder, die heute ihre Stellungnahmen über die EU-Verhandlungen abgegeben haben, quasi als schlechtes Gewissen ausgelegt haben. *(Bundesrat Dr. Dillersberger: Das ist eine Unterstellung!)*

## Walter Strutzenberger

Ich sage Ihnen ganz offen — ich glaube, im Namen aller sprechen zu können —: Ich bin sowohl dem Herrn Bundeskanzler als auch dem Herrn Bundesminister Mock sehr dankbar dafür, daß sie ihrer Verpflichtung nachgekommen sind und dieser gesetzgebenden Körperschaft sowie der anderen, sprich Nationalrat, Bericht über das Ergebnis der EU-Verhandlungen erstattet haben. Ich finde darin keine Kritik. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Die beiden Herren sind Ihnen in einem zuvor gekommen. *(Bundesrat Dr. Dillersberger: Da haben wir keine unterschiedliche Auffassung! Das tun Sie hineininterpretieren!)* Sie haben es zum Ausdruck gebracht, Sie haben es gesagt.

Von einem bin ich überzeugt, eines haben sie Ihnen vereitelt, nämlich daß Sie sich hierherstellen und sagen können: Bringen wir eine dringliche Anfrage ein, denn warum sind die zwei nicht da und haben berichtet?! *(Bundesrat Dr. Dillersberger: Deshalb ist das heute!)* Darüber sind wir uns im klaren.

Meine Damen und Herren! Wenn der Begriff „1. März — ein historischer Tag“ in den Mund genommen wird, so muß man leider feststellen, daß er negativ besetzt ist. Es ist in unserem Sprachgebrauch so üblich, alle möglichen Ereignisse als „historisch“ zu bezeichnen — und übermorgen sind sie dann vergessen. Aber im Zusammenhang mit dem Abschluß der EU-Beitrittsverhandlungen gebrauche ich bewußt den Ausdruck „historisches Ereignis“ für den „1. März“ als historischen Tag, weil ich glaube, daß es einmalig ist in der Geschichte, daß unter solch schwierigen Bedingungen ein derartiger Vertrag und ein derartiges Ergebnis zustande gekommen sind.

Ich war einige Male in meiner Zugehörigkeit zur Gemischten Parlamentarierkommission EG/Österreich in Brüssel, und ich war auch am 1. März in Brüssel. Ich darf Ihnen sagen, daß dort auch informierte Menschen, die meinten, sie hätten ein Insider-Wissen, nicht geglaubt haben, daß dann in der Nacht ein derartiges Abkommen, eine Vereinbarung in der Art und Weise, wie sie uns heute vorliegt, zustande kommt.

Ich glaube, das Licht dieses historischen Ereignisses sollte man nicht unter den Scheffel stellen, und wir sollten uns dessen bewußt sein, daß hier etwas für Österreich, für die österreichische Bevölkerung zustande gebracht wurde, auf das wir mit Recht stolz sein können.

Meine Damen und Herren! Es ist auch mir völlig klar, daß es schwierig ist, den Bürgern zu erklären, daß darin auch negative Punkte enthalten sind. Denn niemand wird der Meinung sein, und niemand wird glauben, daß man heute einen Vertrag abschließen kann, der nur Positives enthält. Ich stelle eigentlich mit Befriedigung fest, wenn

man abwägt: Wo ist das Positive?, Wo ist das Positive für die Gesamtheit?, Wo ist das Positive für einzelne Gruppen?, Wie schaut das Negative aus?, Wie wird und wurde versucht, das Negative doch einzugrenzen?, dann glaube ich mit Recht sagen zu können, daß bei diesem Vertrag, der hoffentlich bald endgültig unterzeichnet werden kann, das Positive für unser Land überwiegt und daß wir daher mit Recht froh darüber sein können, daß dieser jahrzehntelange Weg in Richtung eines gemeinsamen Europas unter Einbindung Österreichs endlich zu Ende gegangen werden konnte.

Weiters meine ich, daß es natürlich sehr wichtig ist, daß wir nicht nur hier bei uns in Österreich als Mitglied der EU unseren Wohlstand, den Frieden, unsere soziale Sicherheit absichern können, sondern hoffe, daß der tatsächliche Beitritt von allen vier EFTA-Ländern gleichzeitig erfolgt. Das heißt also, daß auch noch mit Norwegen in den nächsten Tagen Übereinkunft gefunden werden können, sodaß also alle vier Beitrittswerbenden mit 1. Jänner 1995 der EU angehören werden.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zum Beitritt allgemein: Wenn man in die Vergangenheit blickt, dann stellt man fest, daß immer wieder von einem vereinten Europa gesprochen wurde. Man hat aber immer wieder versucht, dieses vereinte Europa mit Kriegen zu realisieren. Und jetzt ist es erstmals so, daß tatsächlich ein vereintes Europa zustande gebracht wird — auf friedlichem Weg, auf dem Verhandlungsweg und unter Berücksichtigung aller nationalen Aspekte, wenn man so will. Ich glaube, das sollte man nicht übersehen!

Man sollte auch nicht übersehen, daß sich heute bereits Nationen um einen Beitritt zur Europäischen Union bewerben beziehungsweise beabsichtigen, sich zu bewerben, die vor kurzer Zeit noch nicht einmal gewagt haben, daran zu denken, daß sie zur Europäischen Union kommen könnten.

Ich hatte gestern die Ehre und das Vergnügen, mit einer Delegation in Slowenien sein zu können. Meine Damen und Herren! In Slowenien wird die Frage Europa erstens einmal so diskutiert, als ob das Beitrittsgesuch in Brüssel zumindest auf dem Tisch liegen würde, und zum anderen — auch das sollten wir unserer Bevölkerung sagen — haben uns bedeutende Politiker Sloweniens zu diesem Abschluß gratuliert und erklärt, daß sie neidvoll auf Österreich blicken, weil wir so weit sind und einen derartigen Abschluß erreichen konnten. *(Bundesrat Mag. Langner: Slowenien — ist klar! Das ist der Neutonehmer!)* Ihre Bemerkungen, lieber Herr Kollege, habe ich Gott sei Dank nicht verstanden; sie müssen sehr lustig

## Walter Strutzenberger

gewesen sein, weil Sie selbst darüber gelacht haben.

Ich möchte feststellen, daß wir — dazu ist gerade der Bundesrat berufen, das zu beurteilen — hier eine Parallele ziehen können. In der Bevölkerung herrscht die Angst vor, daß in diesem gemeinsamen Europa die Kleinen untergehen und in einem „Mischmasch“ verschwinden werden. — Der Herr Bundesminister hat schon gesagt, wie die Zusammensetzungen aussehen: vier Mandate, und das größte europäische Mitgliedsland hat zehn Stimmen.

Meine Damen und Herren! Wir im Bundesrat haben seit Jahrzehnten ein ähnliches Verhältnis: 3 : 10, und trotzdem glaube ich, daß die Gewichtung eine solche ist, daß keines der Bundesländer, die nur drei Mandate haben, den Eindruck hat, unterzugehen. — Und so sehe ich auch die Situation innerhalb der Europäischen Union.

Das heißt, wir werden mit unseren vier Stimmen, die wir dort haben, sicherlich nicht untergehen, sondern wir werden — auch das wurde heute schon mehrfach ausgeführt —, wenn wir dabei sind, mitreden, mitstimmen und mitbestimmen können. Sind wir nicht dabei, können wir uns zwar ärgern, aber es wird die Situation dadurch sicher nicht besser werden.

Ich möchte nicht weiter auf Details, auf Einzelheiten eingehen. Es werden nach mir noch einige Kolleginnen und Kollegen sprechen, die sich sicherlich noch mit Einzelheiten beschäftigen werden. Ich möchte aber feststellen, daß Sie, Herr Bundeskanzler — Sie haben das meiner Meinung nach sehr verständnisvoll zum Ausdruck gebracht —, gesagt haben, dieser Abschluß, dieser Vertrag, den wir erreichen konnten, ist herzeigbar. Ich persönlich bin sogar davon überzeugt, daß er mehr als herzeigbar ist, weil er all jene Dinge, die wir uns aus den Verhandlungen erwartet haben, nicht nur erfüllt wurden, sondern in manchen Punkten sogar positivere Veränderungen erreicht werden konnten.

Gestatten Sie mir eine Feststellung — ich will nur ganz kurz zwei Themen anschnitten — zum Problem Zweitwohnsitze. Es ist gelungen, die Europäische Union zur Zustimmung zu bringen, daß Österreich — unter anderem durch Raumordnungsgesetze — Vorkehrungen dafür trifft, daß es nicht zum Ausverkauf der Heimat kommen wird, daß nicht die wohnungssuchende ansässige Bevölkerung von Zweitwohnsitzern verdrängt wird.

Meine Damen und Herren! Ich nehme alle ernst, die bisher bezüglich Zweitwohnsitze polemisiert haben, ich nehme alle ernst. Aber ich nehme an, daß bei all jenen nur eigene Interessen im Vordergrund gestanden sind, daß es all jenen nur

um ihre „eigene“ Bevölkerung geht, daß es ihnen darum geht, daß zum Beispiel die Tiroler in ihrem Land Tirol, in Tirol Geborene in ihrem Heimatland Wohnungen bekommen und sich Wohnungen leisten können, und daß nicht andere Überlegungen ausschlaggebend waren.

Ich möchte feststellen: Aufgrund dieses Abschlusses ist es den Tirolern sicher egal (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Dillersberger*), Herr Kollege Dillersberger — außer sie haben etwas zu verkaufen, und es ist ihnen Wurscht, wem sie es verkaufen —, ob ihnen ein Wiener oder ein Münchner den Grund wegnimmt, weil er eben mehr bezahlt, oder ob er dazu beiträgt, daß der Grund teurer wird. Es ist dem Tiroler egal, beziehungsweise es muß ihm egal sein, ob es ein Wiener oder ein Münchner ist. Und diese Regelung ist jetzt ausverhandelt worden. (*Zwischenruf des Bundesrates Mag. Langer*.)

Zur Frage Transit: Ich glaube auch — auch hier nur eine großzügig Feststellung dazu —, daß vom Inhalt des Transitvertrages her, so wie man ihn bis zum Jahr 2004 geschlossen hat, kosmetische Abstriche vorgenommen wurden. Das haben sogar härteste Gegner des Transitvertrages festgestellt, wie zum Beispiel der französische Europaminister Lamassoure, der eingeräumt hat, und zwar in zorniger Art und Weise, Österreich habe der Union seine Verkehrspolitik aufgezwungen. — Na was sagen Sie zu der Beurteilung von einem Transit-Gegner — aber keinem österreichischen, sondern einem fremden?

Oder: Verkehrskommissar Karel van Miert hat im Zusammenhang mit dieser Regelung von „Feigenblättern für die Gemeinschaft“ gesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einige von Ihnen stellen sich dann her und sagen, wir hätten eine Kehrtwende gemacht, wir wären umgefallen, und der Transitvertrag sei nichts wert. — Ich betone: Der Inhalt des Transitvertrages wurde aufrechterhalten und ist aufrecht.

Daher nochmals mein Ersuchen an Sie, Herr Kollege Dillersberger: Man soll sich nicht aus opportunistischen, aus wahltaktischen oder sonstigen Gründen herstellen, Kritik üben und diese Kritik dann auch noch dort äußern, wo sie ja der breiten Öffentlichkeit zugänglich wird, sondern ich glaube . . . (*Bundesrat Mag. Langer: Sonst nützt sie ja nichts!*) Sie nützt auch so nichts. Davon bin ich überzeugt, Herr Kollege!

Ich hoffe, es bleibt nicht bei dieser Ihrer Kritik. Ich bin neugierig, ob Sie, wenn Sie nicht mehr mit diesem schönen blauen Sakko kommen, sondern mit einem anderen, dann auf einmal für die EU stimmen werden, Herr Kollege Langer! (*Bundesrat Dr. Kapral: Das ist die Europafarbe!*) — Dazu ist Sie ein bißchen zu hell.

**Walter Strutzenberger**

Ich glaube, daß die Frage Landwirtschaft — die Bauern selbst sagen das heute — befriedigend gelöst werden konnte. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Dillersberger.*) Die Bauern, die Sie kennen, nicht, die sagen das bestimmt nicht. Sie müßten mit wirklichen Bauern reden. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Dillersberger.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte schon zum Schluß kommen und abschließend die Feststellung treffen: Wir haben jetzt noch ein wenig Zeit, in der wir die österreichische Bevölkerung, die Österreicherinnen und Österreicher über die EU aufklären werden. Wir werden ihnen ehrlich sagen, welche Vorteile, aber wir werden ihnen auch sagen, welche Nachteile uns ein Beitritt bringen wird. Ich glaube, daß manche Österreicher mehr Staatsbewußtsein haben als manche Oppositionspolitiker hier im Hohen Haus, und sie werden daher genau abwägen, ob sie diese historische Lösung, die unter schwierigsten Bedingungen zustandegekommen ist, akzeptieren oder nicht.

Wenn Sie mich nach meiner Einschätzung über die ÖsterreicherInnen fragen, dann muß ich sagen, daß ich glaube, daß sich die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung positiv zu einem EU-Beitritt aussprechen wird. — Ich danke. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) 12.02

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Helmut Prasch. Ich erteile ihm dieses.

12.02

Bundesrat Dr. Helmut Prasch (FPÖ, Kärnten): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Außenminister! Ich darf Herrn Vizepräsidenten Strutzenberger schon entgegen, daß sich niemand aus der freiheitlichen Fraktion hier leichtfertig herausstellt und nur um der Kritik willen kritisiert, sondern wir üben Kritik am Abschluß der Verhandlungen in Brüssel deshalb (*Bundesrat Strutzenberger: Den Sie angeblich nicht kennen!*), weil wir uns als Sprachrohr eines großen Teils der österreichischen Bevölkerung verstehen, die mit diesen Beitrittsverhandlungen nicht einverstanden sind. (*Beifall bei der FPÖ. — Bundesrat Strutzenberger: So ein „Sprachrohr“ möchte ich haben!*)

Herr Präsident! Sie werden sich auch einmal angewöhnen müssen, die Umfragen, die derzeit über die EU-Verhandlungen und über die Zustimmung der Österreicherinnen und Österreicher zur EU gemacht werden (*Bundesrat Strutzenberger: Die habe ich selbstverständlich!*), umgekehrt lesen zu müssen. (*Bundesrat Strutzenberger: Wie schaut das dann aus?*)

In Kärnten ist das letzte Umfrageergebnis so ausgefallen, daß 38 Prozent der Kärntnerinnen

und Kärntner für einen EU-Beitritt sind, das heißt aber gleichzeitig auch, daß 62 Prozent der Kärntner Bevölkerung gegen einen EU-Beitritt sind, meine Damen und Herren! (*Bundesrat Konečný: Eigenartige Mathematik! — Bundesrat Strutzenberger: Jetzt lese ich es umgekehrt, sind 83 dafür!*)

Meine Damen und Herren! Hinsichtlich der anfänglichen Bemerkungen des Herrn Präsidenten ist zu sagen: Wir freuen uns natürlich, daß der Herr Bundeskanzler und der Herr Außenminister vor uns heute Erklärungen abgegeben haben. Wir freuen uns deshalb darüber, weil es für uns die einzige Möglichkeit ist, authentisch zu erfahren, was bei den Verhandlungen in Brüssel tatsächlich herausgekommen ist, weil andere Informationen derzeit noch nicht vorliegen. (*Bundesrat Strutzenberger: Freuen Sie sich auch!*)

Was mich aber an der heutigen Debatte empört, meine Damen und Herren, sind Ihre Zwischenrufe, die Sie bei der Rede des Kollegen Dillersberger gemacht haben, als er berechtigtweise eingefordert hat, daß die größte Oppositionspartei im Parlament zu den Gesprächen über die Zukunft Österreichs innerhalb Europas beigezogen werden soll.

Meine Damen und Herren! Sie können von keinem Zweiparteienparlament ausgehen, und Sie können sich darauf verlassen, daß wir — derzeit befinden sich die Bundesregierung und die Regierungsparteien in einem Jubeltaumel, aus dem sie nicht mehr herausfinden — selbstverständlich versuchen werden — wenn hier endlich wieder einmal Ernüchterung eintritt —, daß die Fakten, die in Brüssel verhandelt worden sind, auch tatsächlich so gesehen werden, wie sie sind, meine Damen und Herren! (*Bundesrat Bieringer: Jubeln Sie weiter!*)

Ich juble nicht mehr weiter, sondern möchte mich weiters mit den Ausführungen des Herrn Präsidenten Strutzenberger befassen, der davon gesprochen hat, daß die Bundesregierung auch über Positives und Negatives aufklären werde. (*Bundesrat Strutzenberger: Ich habe gesagt, wir werden aufklären, nicht die Bundesregierung!*) Ich freue mich darüber, Herr Präsident! Ich kann derzeit nur konstatieren, daß wir einen Jubelfeldzug der österreichischen Minister in den Bundesländern mitverfolgen können. Und ich werde mir erlauben, einige Punkte herauszugreifen, damit Sie erkennen, wie unseriös teilweise die Information ist, die von den Ministern in den Bundesländern gegeben wird.

Zum Beispiel hat der Herr Landwirtschaftsminister in Kärnten davon gesprochen, daß allein den Kärntnern Bauern in Zukunft eine Milliarde seitens der EU zustehen werde. — Ist das seriöse Politik, meine Damen und Herren? Wir wissen



**Dr. Helmut Prasch**

genau, daß allen österreichischen Bauern nur 2,3 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen werden — und das bei Einkommensverlusten in Höhe von fast 12 Milliarden Schilling. (*Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Diese Ankündigungspolitik, diese Bewerbung der Europäischen Union — statt Aufklärung gibt es diese Bewerbung der Europäischen Union — ist nicht zielführend. (*Bundesrat Bieringer: Herr Kollege, Sie müssen schon ordentlich lesen!*)

Ebenso wenig zielführend, meine Damen und Herren, sind die Aussagen von Wirtschaftsminister Dr. Schüssel, der gestern im Zuge eines Gespräches mit Unternehmern erklärt hat, die Unternehmer im Oberkärntner Raum würden 160 Millionen Schilling an Förderungen erhalten. Als man ihn dann gefragt hat, wofür, und wer darüber entscheiden wir, hat der Herr Wirtschaftsminister keine Antwort gewußt. Ein Wirtschaftsminister, der an den Verhandlungen in Brüssel selbst teilgenommen hat und uns hier im Bundesrat vor wenigen Wochen versichert hat, es sei aus seiner Sicht alles in bester Ordnung (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Kaufmann*), dieser Mann weiß heute noch nicht, wer über die Förderungen entscheiden wird, und für welche Projekte es Förderungen geben wird! (*Neuerlicher Zwischenruf des Bundesrates Dr. Kaufmann*.)

Herr Dr. Kaufmann, passen Sie jetzt gut auf, was ich Ihnen sage! Der Herr Wirtschaftsminister hat gesagt, die Bundesregierung werde, wenn wir in die Europäische Union kommen, einen Flankenschutz für die heimischen Unternehmer bieten müssen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Ist das in Ordnung, wenn wir den heimischen Unternehmen schon jetzt einen Flankenschutz bieten müssen? — Denn andererseits überschlagen Sie sich ja geradezu mit Jubelmeldungen.

Ich frage Sie, Herr Dr. Kaufmann (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Kaufmann*) — ich bin sehr neugierig, was Sie als mein Nachredner hier beim Rednerpult sagen werden —: Ist der heimische Klein — und Mittelbetrieb bereits europareif? Diese Frage werden Sie zu beantworten haben, Herr Dr. Kaufmann, und zwar genau unter dem Gesichtspunkt des „EUROFIT-Programms“; das der Herr Wirtschaftsminister schon vor Jahren vorgeschlagen hat, und das bis zum heutigen Tage noch nicht umgesetzt worden ist.

Herr Dr. Kaufmann! Sie werden noch eine Frage beantworten müssen, und zwar werden Sie darauf antworten müssen, ob die österreichische Wirtschaft mit ihrem Kammersystem europareif ist, oder ob es vielleicht nicht doch so ist, daß das einzige, das nicht europareif ist, gerade die Wirt-

schaftskammer ist und daß die reformiert werden müßte. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte betonen, daß die wesentlichen Verhandlungspunkte in Brüssel während weniger Tage, während weniger Stunden in einem Verhandlungsmarathon behandelt wurden. Mir wäre es fast lieber gewesen, wenn sich Österreich und das österreichische Verhandlungsteam in Brüssel ähnlich viel Zeit gelassen hätte wie Norwegen, um in diesen wichtigen Fragen auf dem eigenen Standpunkt beharren zu können und nicht in voreilem Gehorsam einen Kniefall gegenüber Brüssel machen zu müssen. (*Bundesrat Ing. Penz: Ist das Ihr Ernst, Herr Kollege Prasch?*)

Meine Damen und Herren! Aber Norwegen hat aus seiner eigenen politischen Geschichte gelernt. Sie haben die Wahlergebnisse von Norwegen sicherlich noch im Kopf. Da haben jene Parteien, die ähnlich EG-euphorisch waren, wie das heute SPÖ und ÖVP an den Tag gelegt haben, eine Ordentliche auf den Deckel bekommen (*Bundesrat Ing. Rohrer: Sie haben doch keine Euphorie!*), und danach hat es funktioniert, und jetzt wird in Brüssel ordentlich verhandelt. (*Bundesrat Ing. Rohrer: Was habt ihr? Was ist das?*) — Der einzige Staat, der den Norwegern heute noch Schwierigkeiten macht, ist Spanien. Das heißt, ausgerechnet Ministerpräsident González, den auch unser Herr Bundeskanzler anrufen wollte, damit ein bißchen etwas weitergeht, falls die Verhandlungen ins Stocken gekommen wären, macht Schwierigkeiten. Ich bin froh, daß er ihn nicht angerufen hat, denn was wäre wohl herausgekommen, wenn Herr González bei unseren Verhandlungen auch noch mitgemischt hätte, dann hätten wir wahrscheinlich noch weniger bekommen.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch einige kleine Streiflichter auf die Verhandlungspositionen Österreichs, so zum Beispiel auf die Landwirtschaft. Ich habe noch die Stellungnahmen, vor allem jene seitens der ÖVP, in Erinnerung, die sich noch vor wenigen Monaten, genau im Dezember, vehement dagegen ausgesprochen hat, daß wir uns mit sofortiger Wirkung und mit relativ kurzen Übergangsfristen in den Europäischen Binnenmarkt mit seinem niedrigen Preisniveau begeben.

Was ist dabei herausgekommen? — Der Binnenmarkt wird ab 1. 1. 1995 Geltung haben, mit einigen Übergangsfristen von drei Jahren. (*Bundesrat Ing. Penz: Das stimmt nicht!*) Von einer wirklichen Absicherung der bäuerlichen Betriebe, vor allem der kleinen bäuerlichen Betriebe, kann wohl in dieser Frage nicht die Rede sein. (*Bundesrat Ing. Penz: Wir haben Ausgleichszahlungen und eine Schutzklausel!*)

**Dr. Helmut Prasch**

Herr Kollege Penz! Die Bundesregierung und der Landwirtschaftsminister sprechen immer wieder von den großen Chancen, die jetzt auf die österreichischen Bauern zukommen würden, beispielsweise bei der Erschließung des oberitalienischen Marktes. Ich frage Sie, Herr Ing. Penz, wie beispielsweise die Kärntner Bauern den oberitalienischen Markt mit Milchexporten erschließen sollen, wenn die österreichische Agrarpolitik schon bisher die Milchquoten so gesenkt hat — jetzt werden sie neuerlich gesenkt —, daß praktisch keine Möglichkeit mehr besteht, Milch im nötigen Ausmaß zu exportieren. (*Bundesrat Dr. Kaufmann: Das stimmt doch nicht!*)

Meine Damen und Herren! Dasselbe gilt für die fleischverarbeitenden Betriebe oder für die Fleischbauern. Man hat die österreichischen Unternehmer und die österreichischen Bauern bereits in arge Bedrängnis gebracht durch die österreichische Agrarpolitik, die Verordnungen, Einschränkungen, Schikanen möchte ich fast sagen, vorsieht, sodaß diese Betriebe und diese Bauern heute beinahe keine Möglichkeit mehr haben, sich dem Konkurrenzdruck, der jetzt mit dem Beitritt zur Europäischen Union kommen wird, zu stellen und diesen auch anzunehmen. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Kaufmann.*)

Ich habe in der heutigen Dabatte hier im Bundesrat auch noch nicht gehört, was mit den Arbeitsplätzen zum Beispiel in der Lebensmittelindustrie passieren wird. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß die Zuckerquote gesenkt wird, aber haben Sie nicht gehört, daß die großen Zuckerbetriebe in Österreich bereits einen Tag nach Bekanntwerden des Verhandlungsergebnisses aus Brüssel verlautbart haben, daß Tausende Arbeitsplätze in Gefahr seien, weil eben die Quotensenkung bei Zucker natürlich auch einen empfindlichen Umsatzeinbruch für die österreichischen Betriebe mit sich bringen wird. (*Bundesrat Ing. Penz: Sie haben dem Außenminister nicht zugehört, der gesagt hat, wir sind dabei, national noch etwas zu erreichen!*)

„National noch etwas zu erreichen“, das ist gut und schön, meine Damen und Herren, aber ich frage Sie, Herr Ing. Penz: Wo sind die Sektorenpläne für die Lebensmittelindustrie? (*Bundesrat Ing. Penz: Die sind da!*) Die haben wir noch nicht auf den Tisch bekommen. Das sind die Probleme, die auf uns zukommen werden. (*Rufe und Gegenrufe zwischen ÖVP und FPÖ.*)

Das gleiche gilt auch für den Bereich des Transitverkehrs. Einzig Außenminister Dr. Mock war es, der gestern, anstatt in den anderen Bundesländern EU-Werbung zu betreiben, in Brüssel war und Gespräche mit der Europäischen Investitionsbank darüber geführt hat, wie es möglich sein könnte, weitere Investitionen für den Bahn- und Straßenbereich in Österreich durchzusetzen.

Das ist die Art, die wir uns vorstellen, aber gleichzeitig ist das natürlich auch ein Eingeständnis, daß die Ergebnisse der Transitverhandlungen in Brüssel nicht so rosig sind, wie das — auch heute — von den Vertretern der Bundesregierung geschildert wurde. (*Vizepräsident Strutzenberger übernimmt den Vorsitz.*)

Ich nenne nur noch ein einziges Beispiel im Zusammenhang mit dem Transitverkehr und dem Transitproblem, das auf uns zukommen wird, und zwar betrifft das das Bundesland Kärnten und sein Nachbarland Slowenien. Herr Verkehrsminister Mag. Klima hat in der Plenarsitzung des Nationalrates gesagt: Österreich kann auch als Mitglied der Europäischen Union die strengen Begrenzungen, die es derzeit mit Slowenien gibt, aufrechterhalten. — Tatsache ist hingegen, daß gleichzeitig ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und Slowenien geschlossen wurde, in dem steht, daß Slowenien seine Transitfahrten uneingeschränkt in den europäischen Mitgliedstaaten durchführen wird können (*Bundesrat Dr. Kaufmann: Niemand hat gesagt, das bleibt aufrecht!*), was bedeutet, daß wir wohl strenge Reglementierungen zwischen Kärnten und Slowenien haben, was die Fahrten, die ausschließlich zwischen diesen beiden Ländern stattfinden, betrifft, aber keine einzige Möglichkeit haben, den Transitverkehr, der von Slowenien künftig nach Südosteuropa oder auch nach Europa führen wird, ein bißchen einzuschränken beziehungsweise zu reglementieren.

Herr Dr. Kaufmann! Sie werden anhand der nüchternen Zahlen aus der Fremdenverkehrsstatistik ablesen können, was es für unser Bundesland bedeuten wird, wenn wir mitten im Schnittpunkt eines europäischen Transitskollaps liegen werden und keine Chance mehr haben, unser Bundesland in seinem wichtigsten Erwerbsszweck, dem Fremdenverkehr, zu bewerben. (*Bundesrat Ing. Rohr: Deshalb hat der Haider, als er Verkehrsreferent und Landeshauptmann war, beim LKW-Nachfahrverbot die Ausnahmegenehmigungen erhöht!*)

Das hat mit dieser Problematik überhaupt nichts zu tun, lieber Kollege Rohr! Wir haben gerade über die Transitmöglichkeiten, die Slowenien künftig haben wird — und die wir nicht haben —, gesprochen. (*Bundesrat Dr. Dillersberger: Zuhören!*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte abschließend festhalten: Wer die Hausaufgaben nicht erledigt, bekommt entweder ein „Nichtgenügend“ bei den nächsten Wahlen, oder er sitzt so lange nach, bis er seine Hausaufgaben erledigt hat. (*Beifall bei der FPÖ.*) Das ist genau das, was wir für die kommenden Monate von der österreichischen Bundesregierung einfordern, daß sie nämlich innerösterreichisch, im Parlament für

**Dr. Helmut Prasch**

eine verfassungsrechtliche Absicherung der Bauern sorgt (*Zwischenruf bei der ÖVP*), daß beim Transit nachverhandelt wird — so wie das Herr Bundesminister Dr. Mock bereits begonnen hat —, und daß auch für die heimischen Klein- und Mittelbetriebe endlich einmal Möglichkeiten geschaffen werden, Eigenkapital zu bilden, um mit diesem künftig wirtschaften und wesentliche Investitionen, die innerhalb der EU notwendig sein werden, durchführen zu können, Herr Dr. Kaufmann!

Das sind die Aufgaben, die in den nächsten Monaten auf die Bundesregierung warten, und wir erwarten uns auch, daß unsere Vorstellungen, die wir als große Oppositionspartei im Parlament haben, in diesen Gesprächen, in diesen Verhandlungen und möglicherweise auch in den Abschlüssen entsprechende Berücksichtigung finden. Alles andere wäre eine Augenauswischerei, die der Bundesregierung in dieser wichtigen Frage des EU-Beitritts spätestens bei den Nationalratswahlen auf den Kopf fallen wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)  
12.16

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Nächste Wortmeldung: Herr Bundesrat Dr. Kaufmann. — Bitte.

12.16

Bundesrat Dr. Kurt **Kaufmann** (ÖVP, Niederösterreich): Herr Präsident! Herr Außenminister! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt eigentlich immer nur Wahlreden gehört. Man merkt, daß am 13. März in einigen Bundesländern Wahlen sind, aber man sollte, glaube ich, doch zur Realität zurückkehren und sagen, was in den letzten Wochen geschehen ist. (*Bundesrat Ing. Rohrer: Das war schon eine Nationalratswahlrede!*)

Meine Damen und Herren! Wenn gestern jemand die Möglichkeit gehabt hat, im Fernsehen die Konstituierende Sitzung des Ausschusses der Regionen und die österreichischen Vertreter dort zu sehen — wir als ÖVP-Bundesratsdelegation haben vorige Woche die Möglichkeit gehabt, am Rande der Verhandlungen in Brüssel dabei zu sein —, der hat miterlebt, was sich da tut, was in Bewegung ist und was sich in den letzten Monaten dramatisch verändert hat.

Wir erleben jetzt die spannendste Zeit seit dem Untergang der kommunistischen Systeme in Osteuropa, seit dem Fall der Berliner Mauer. Die österreichische Bundesregierung hat mit viel Weitblick — bereits vor dem Fall der Berliner Mauer — im Juli 1989 den Antrag auf Mitgliedschaft bei der damaligen EG gestellt.

Meine Damen und Herren! Es hat noch niemand betont, daß es Österreich mit dem Abschluß vergangene Woche gelungen ist, die

schnellsten Beitrittsverhandlungen zu bewerkstelligen, die jemals von der EWG, von der EG und jetzt von der EU mit einem beitragswilligen Land geführt wurden. (*Bundesrätin Dr. Riess: Das war kein Schirennen!*)

Ich möchte unserem Außenminister dafür danken, daß unter seiner Führung die Weichenstellung für einen Beitritt Österreichs gemacht wurde.

Ich möchte auch den Ministern seines Verhandlungskomitees, den Ministern Fischler, Klima, Lacina, und auch Frau Staatssekretärin Ederer für dieses Verhandlungsgeschick danken und darauf hinweisen, daß Minister Schüssel durch seine seinerzeitigen geschickten Verhandlungen beim EWR-Abkommen sehr viel dazu beigetragen hat, daß diese Verhandlungen rasch und erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Meine Damen und Herren! Ohne die Kraftanstrengung unseres Außenministers, ohne seine internationalen Kontakte und auch ohne Unterstützung des Bundeskanzlers wäre es nicht möglich gewesen, dieses Ergebnis zu erzielen. Es hat sich hier keine „Schmierkomödie“ für den heimischen Gebrauch abgespielt, es war kein „Brüsseler Theater“, wie einige von den Oppositionsparteien gesagt haben, das dort inszeniert wurde, sondern es war das eine historische Stunde, und es wurde mit mehr als angemessenem Einsatz gearbeitet, wodurch diese Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Wer unseren Außenminister kennt, wer seinen Patriotismus spürt, weiß, daß da kein Parteipolitiker agiert hat, sondern ein österreichischer Patriot, für den gleichermaßen Österreich als auch Europa Heimat ist. — Vielen Dank dafür, Herr Außenminister! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat es bereits erwähnt: Österreich hat aufgrund seines historischen Selbstverständnisses, aufgrund seiner geographischen Lage und aufgrund seiner politischen Interessen seit 1945 alle Bestrebungen unterstützt, die die Völker dieses Kontinents zusammenführen. Das begann mit dem Marshall-Plan, setzte sich fort mit dem Freihandelsabkommen 1972, Beitritt zur OECD, und mit dem Beitritt zum Europarat, und ging soweit, daß wir auch Gründungsmitglied der EFTA waren. Die österreichische Wirtschaft und die österreichische Bevölkerung sind damit immer gut gefahren.

Ich hoffe, daß es gelingen wird, daß Österreich mit 1. Jänner 1995 Mitglied der EU wird, denn das würde bedeuten, daß die politische Realität der ökonomischen folgt. Wie Sie wissen, gehen zwei Drittel der österreichischen Exporte in die

**Dr. Kurt Kaufmann**

EU und fast 90 Prozent unserer ausländischen Gäste kommen aus Ländern der EU.

Gerade in den letzten Jahren ist es durch die Entstehung des Binnenmarktes, durch den Abbau der nichttarifarierten Handelshemmnisse und durch den Abschluß der EG mit den Reformstaaten hinsichtlich des passiven Veredelungsverkehrs dazu gekommen, daß Österreich wirtschaftspolitisch in eine Außenseiterposition gerückt ist. Es war und ist für uns und für die österreichische Wirtschaft daher eine Überlebensfrage, teilzunehmen auf dem europäischen Markt.

Meine Damen und Herren! Wir haben das bestmögliche Ergebnis erreicht, wir haben sehr geschickt verhandelt, und daher ist die Forderung, nachzuverhandeln, einen „Nachschlag“ zu erreichen, illusorisch.

Meine Damen und Herren! Es ist der Beitritt für die Textil- und Bekleidungsindustrie, für die Autozulieferindustrie eine Überlebensfrage, man kann das auch als „Sauerstoffball“ bezeichnen. Der weltgrößte Binnenmarkt, und das ist die EG, bedeutet ein Konjunkturbelebungsprogramm zur Überwindung der Flaute, bedeutet eine Absicherung der Arbeitsplätze und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat berechnet, daß es einen Nettogewinn von 30 000 Arbeitsplätzen geben wird, daß wir ein Wirtschaftswachstum von mehr als 2,5 Prozent zu erwarten haben werden, 50 Milliarden Schilling an Zuwachs, was das Bruttonationalprodukt anlangt, und einen Zuwachs des Durchschnittseinkommens von 12 000 S in den nächsten zehn Jahren pro Haushalt.

Der Wegfall der Grenzkontrollen bedeutet für die Wirtschaft, daß 2 bis 5 Prozent des Warenwertes an Ersparnis zu erwarten sind: Das bedeutet ein Ersparnis von rund 7 bis 16 Milliarden Schilling.

Kollege Prasch! Sie haben gesagt, daß wir in Österreich die „Hausaufgaben“ nicht erfüllt hätten: Wir haben die Steuerreform durchgezogen, eigentlich zwei Steuerreformen, diese Steuerreform und auch ein Beitritt zur EG bedeuten, daß Österreich ein attraktiver Standort für ausländische Investoren in Mitteleuropa werden wird. Das ist etwas, was für uns sehr wichtig ist, und auch in der heutigen Ausgabe der Zeitung „Industrie“ hat sich Präsident Kessler sehr, sehr positiv dazu geäußert. (*Bundesrat Dr. Prasch: Was tut man für die heimischen Unternehmungen?*)

Lieber Kollege — „Freund“ kann man nicht sagen, aber „lieber Kollege“ —: Auch die einheimischen Betriebe — wir haben viele Zulieferbetriebe — profitieren sehr wohl davon, wenn sich in

Österreich neue Betriebe ansiedeln. Darauf sollte man schon Wert legen. Wenn man in Japan mit dortigen Investoren spricht, so ist die erste Frage: Wann werdet ihr der EG beitreten, wann werdet ihr in der EG sein, denn wir wollen uns bei euch ansiedeln, denn so haben wir die Möglichkeit, auf dem europäischen Markt zu wirken.

Die Verhandlungsergebnisse Österreichs wurden bereits erwähnt. Ich möchte noch auf einige Punkte hinweisen, weil Herr Kollege Dillersberger gesagt hat, es sei fraglich, ob sich die EG höheren österreichischen Umweltstandards anschließen werde. Er hat aber zu erwähnen vergessen, daß Österreich, wenn es Mitglied der EU ist, eine Klagslegitimation beim Europäischen Gerichtshof haben wird und dort sehr wohl einfordern kann, daß diese Standards erfüllt werden.

Wir haben erreicht, daß das Atomsperrgesetz weiterhin gilt. Das heißt, daß in Österreich keine Atomkraftwerke errichtet werden müssen.

Wir haben für den Außenhandel spezielle Schutzklauseln gegenüber Importen aus den Reformstaaten erreicht, wenn es Marktstörungen gibt.

Wir haben — das hat der Außenminister bereits erwähnt — eine Regionalförderung erreicht, die ungefähr 36 Prozent der österreichischen Bevölkerung umfaßt, und da Kollege Prasch, sind auch viele Milliarden Schillinge für Kärnten dabei. Man muß halt zuerst Projekte einreichen (*Bundesrat Dr. Prasch: Wie viele Milliarden?*), Kollege. (*Bundesrat Dr. Prasch: Die „Fremdenverkehrsmilliarde“, die „Wassermilliarde“, die „Tourismusbilliarde“, und jetzt kriegen wir eine „Europamilliarde“, wir haben aber nie einen Groschen gesehen! — Gegenrufe bei der ÖVP.*) „Nie einen Groschen gesehen“, sagt er, dann schau ich mir die Bilanz an, welche Förderungsmittel nach Kärnten gegangen sind. Man kann Förderungen nicht mit der Gießkanne verteilen, sondern nur dann, wenn konkrete Projekte da sind, Kollege! (*Bundesrat Dr. Prasch: Aber wenn der Wirtschaftsminister nicht weiß, für welche Projekte er entscheiden soll und wie er sie einteilen soll!*)

Minister Schüssel hat bei einer Wahlveranstaltung in Kärnten flankierende Maßnahmen für die heimische Wirtschaft verlangt, und Sie haben das irgendwo ins Lächerliche gezogen, Kollege. Sie haben den Beisatz vergessen, den der Minister sicherlich gesagt hat: Es gibt gewisse Branchen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, in der fleischverarbeitenden Industrie, bei den Mühlen, die durch das Abkommen in Schwierigkeiten geraten werden — nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die verarbeitende Industrie, und für diese sind flankierende Maßnahmen vorgesehen, für diese sind 20 Milliarden Schilling für Investitions-

**Dr. Kurt Kaufmann**

beihilfen und vor allem für Marketingmaßnahmen beschlossen worden, die wir sicherlich brauchen werden.

Meine Damen und Herren! Zum Transit. Ich glaube, daß das Ergebnis bezüglich Transitvertrag gut ist, daß vor allem der ökologische Gehalt dieses Vertrages gewahrt wurde, und es wurde noch erreicht, daß dieser Vertrag für ganz Österreich gilt. (*Bundesrat Dr. Tremmel: Auch für die West Autobahn?*) Auch für die West Autobahn, da spreche ich als Niederösterreicher. Er gilt also für ganz Österreich, und ich glaube, es ist sehr, sehr wichtig, daß da eine Klarstellung erfolgt, denn ursprünglich enthielt der Vertrag nur die Formulierung von den „ökologisch sensiblen Zonen“, und da war die Frage, sind das nur die Alpen oder ist das ganz Österreich. Da wurde also nachverbessert, wie es Kollege Dillerberger immer wieder verlangt hat.

Das 38-Tonnen-Limit wurde ebenfalls kritisiert. Auch die heimische Transportwirtschaft wurde mit diesem 38-Tonnen-Limit diskriminiert, und man hat nun eine österreichische Lösung gefunden, und nunmehr kommt es zu keiner Diskriminierung von ausländischen beziehungsweise österreichischen Transportunternehmen mehr. (*Bundesrat Dr. Tremmel: Das ist eine Diskriminierung der Inländer, die werden nach wie vor zahlen müssen!*)

Diese Vereinbarung ist in Zusammenarbeit mit der Bundessektion „Verkehr“ der Bundeswirtschaftskammer erfolgt, und es ist eine einvernehmliche Lösung entstanden, Kollege. Ich kenne die diesbezüglichen Protokolle . . . (*Bundesrat Dr. Tremmel: Die Sektion „Verkehr“ der Wirtschaftskammer kann ein Gesetz nicht ändern, kann die Straßenverkehrsordnung nicht ändern!*) Diesbezüglich wird es zu einer innerstaatlichen Regelung kommen.

Noch etwas Wichtiges ist in diesem Vertrag verankert, nämlich die Verpflichtung der EU, weitere Maßnahmen zum Schutz vor den Folgen des Straßengüterverkehrs auszuarbeiten. Das heißt, das wurde heute schon mehrfach erwähnt: Dem Beitrittskandidaten Österreich ist es gelungen, der EU unsere Vorstellungen betreffend ein neues Transitregime aufzuerlegen. Meine Damen und Herren! Weil immer wieder gewettert und aufgezeigt wird, welche Alternativen es zur EU gäbe, werfe ich die Frage auf: Wollen wir uns abkapseln wie die Schweizer? Hinzuzufügen ist noch, daß die Schweiz keine Weltkriege durchzustehen hatte, daß die Schweiz multinationale Konzerne besitzt; Österreich den Export braucht.

Weil immer wieder gesagt wird, uns geht es „eh“ so gut, wir brauchen die EU nicht, sage ich: Meine Damen und Herren! Gerade im Textilbereich, in der Textilindustrie haben wir gesehen,

wohin das Abkoppeln führt, welche Schwierigkeiten wir bezüglich passivem Veredelungsverkehr haben.

Zum dritten Einwand, wir sind ohnehin im EWR, möchte ich bemerken: Für die Österreichische Volkspartei und wohl auch für die gesamte Bundesregierung war der Beitritt zum EWR nur ein Zwischenstadium — eben bis zum Vollbeitritt zur EU. Ich möchte jenen Demagogen, die derzeit gegen einen Vollbeitritt zur EU wettern, sagen: Es gibt keine Alternative zur EU.

Meine Damen und Herren! Es gibt kein Konzept, mit dem man mehr Wohlstand und mehr Sicherheit für Österreich garantieren könnte: Der Beitritt zur EU ist ganz wichtig! Das sollte man bedenken! Ich habe manchmal das Gefühl, die Freiheitliche Partei kommt aus dieser Sackgasse nicht heraus. Es gibt so viele Vertreter der Freiheitlichen Partei, die an und für sich sehr wohl für die EU, für die EG sind. (*Bundesrat Ing. Penz: Die Mehrheit!*) Es ist natürlich für die FPÖ peinlich (*Bundesrat Mag. Langer: Wie sieht das bei Ihnen aus?*), hier herauszukommen und dagegen zu sein. (*Bundesrat Dr. Prasch: Hausaufgaben machen!*)

Herr Kollege! So kommt mir der Antrag vor, den Dr. Dillersberger heute hier gestellt hat: Diese Forderungen haben Sie anscheinend von Weingartner abgeschrieben, denn ich muß Ihnen sagen, diese Maßnahmen wurden von der Bundesregierung vorige Woche längst beschlossen. Es schaut so aus, als ob die Freiheitliche Partei auf einen fahrenden Zug aufspringen muß, damit sie die Überfuhr nicht versäumt. Ich glaube, die Freiheitliche Partei betreibt eine richtige Flucht nach vorne: kein ja aber!, sondern ein nein aber! signalisiert die Freiheitliche Partei.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, daß es gerade Ihr Parteiführer Haider war (*Rufe bei der FPÖ: Obmann!*), der schon 1987 behauptet hat, die Freiheitliche Partei sei eine Europapartei, die erste Europapartei in Österreich. Und er hat damals verlangt, daß Österreich unbedingt der EU beitreten muß (*Bundesrat Mag. Langer: Bis Maastricht!*), sonst wird Österreich eine Bettlerrepublik, die um jeden Schmarrn zur EG betteln gehen muß. (*Bundesrat Dr. Prasch: Europa ist nicht die EU, Europa ist größer als die EU!*)

Meine Damen und Herren! Haider hat sehr wohl den Beitritt zur EU gemeint. (*Bundesrat Dr. Tremmel: 1987 konnte er gar nicht zur EU wollen, da hat es die EU noch gar nicht gegeben!*) Nein, Sie wissen nicht, wie Sie argumentieren sollen, das ist momentan Ihr größtes Problem in dieser Frage. Ich habe den Eindruck, bis zum 13. März werden Sie das noch aufrechterhalten, und nachher wird die große Erleuchtung für Ih-

**Dr. Kurt Kaufmann**

ren Führer kommen, und dann wird man halt unter gewissen Bedingungen dem beistimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Mir kommt das so vor wie die Lorelei: Halb zog sie ihn, halb sank er hin, dann ward es um ihn geschehen. Sie wissen jetzt halt nicht, in welche Richtung Sie marschieren sollen. (*Bundesrat Mag. Langer: Das haben wir heute ganz klar dargelegt, Sie haben nicht zugehört, Herr Dr. Kaufmann!*)

Meine Damen und Herren! Der Beitritt zur EU bedeutet für Österreich nicht nur eine Chance für die Mitgestaltung an einem supranationalen System, sondern hat auch zwangsläufig Auswirkungen und Rückwirkungen auf unser innerstaatliches System. Mit dem Beitritt zur EU wird eine dritte Ebene für die Rechtserzeugung, für die Rechtsanwendung eingezogen. Das heißt, das von EU-Organen geschaffene Recht wirkt unmittelbar auf Österreich, genauso wie innerstaatliches Recht des Bundes und der Länder.

Weil wir hier im Bundesrat sitzen, und weil es der Herr Außenminister bereits erwähnt hat: Es waren die Bundesländer, die mit Beschlüssen der Landeshauptleutekonferenz vom 13. November 1987, vom 15. und vom 25. November 1988 einerseits die österreichische Bundesregierung in ihren Beitrittsbestrebungen sehr wesentlich unterstützt, aber auch andererseits vom Bund politische Ausgleichsmaßnahmen gefordert haben, denn die Bundesländer haben schon frühzeitig erkannt, daß ein EU-Beitritt zwangsläufig zu Kompetenzverlusten auch der Länder führen würde, weil gewisse Zuständigkeiten auf EU-Organe übergehen.

Es hat auch am 8. Oktober 1992 in Perchtoldsdorf die berühmte politische Verwendungszusage gegeben, derzufolge es zu einer Neuordnung des Bundesstaates bei folgenden Themenbereichen kommen soll: Reform der Kompetenzverteilung, Neuordnung der Bundesverwaltung durch mehr Autonomie der Bundesländer — indem man die bundesverfassungsgesetzlichen Vorschriften verringert — und Reform des Bundesrates.

Ich möchte sagen, weil vom Kollegen Dillersberger die Bundesstaatsreform erwähnt wurde, daß die Hausaufgaben nicht voll, aber doch schon sehr wesentlich erfüllt worden sind, und ich meine etwa die Schaffung des Länderbeteiligungsverfahrens, das zur Informationspflicht des Bundes gegenüber den Ländern geführt hat und zur Einbindung der Ländervertreter in die Verhandlungsdelegation — man hat das vorige Woche in Brüssel miterleben können —, das Nominierungsrecht der Länder für den EU-Ausschuß der Regionen — das hat man gestern im Fernsehen mitverfolgen können — und auch die Erhebung von EU-Anklagen in Angelegenheiten der Landesge-

setzung. Das heißt also, es sind schon Schritte für eine Bundesstaatsreform im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt gesetzt worden. Das gilt ebenso für die Schaffung des Integrationsausschusses der Länder, wo die Länder gemeinsam ihre Interessen gegenüber der EU wahrnehmen und koordinieren können.

Diese Ergebnisse zeigen aber auch deutlich, daß sich auf der Länderseite die Exekutive, also die Landeshauptleutekonferenz, durchgesetzt hat, das muß ich als „Wermutstropfen“ bezeichnen, weil das Modell der Ausweitung des Bundesrates in eine EU-Arbeitsgemeinschaft nicht weiter verfolgt wurde.

Bei der vorigen Woche grundsätzlich erzielten Einigung zwischen Bund und Ländern über die Grundzüge der Bundesstaatsreform ist ebenfalls anzumerken, daß es auch notwendig sein wird, einer Aufwertung des Bundesrates entsprechend Nachdruck zu verleihen, und ich hoffe, daß es in den nächsten Wochen gelingen wird, diesbezüglich zu einem Ergebnis zu kommen.

Für wesentlich im Zusammenhang mit der Bundesstaatsreform halte ich die Neufassung des Bundes-Verfassungsgesetzes. Die Bundesverfassung ist heute in einer Vielzahl von Einzelgesetzen verankert, meist in den Präambeln. Das heißt, es fehlt der Überblick über das gesamte Bundes-Verfassungsgesetz, und ich glaube, die Reform des Bundesstaates wäre da Anlaß, eine Neukodifikation durchzuführen.

Herr Präsident Strutzenberger hat es vorhin erwähnt: Es ist nicht Österreich allein, das beitreten möchte. Es gibt vier Beitrittskandidaten, die vor dem Abschluß stehen. Es war Österreich von diesen vier Staaten das erste Land, das den Antrag auf Beitritt gestellt hat. Es ist Österreich auch das erste Land, das eine diesbezügliche Volksabstimmung durchführen wird. Es ist daher geradezu von europäischer Bedeutung, wie diese Volksabstimmung ausgehen wird.

Das heißt, Österreich kommt da eine Schlüsselrolle zu, und es ist schon wichtig, welche Signale aus Österreich kommen werden, und es wird jetzt an uns liegen, die Bevölkerung in den nächsten Wochen vom Verhandlungsergebnis zu überzeugen.

Es liegt im Interesse Österreichs, Teil jener Gemeinschaft zu werden, die seit ihrer Gründung 1957 sehr, sehr erfolgreich gewirkt hat, die einen Kontinent, die Völker geeint hat, dessen Staaten jahrhundertlang so miteinander verkehrt haben, wie wir das derzeit leider täglich aus Jugoslawien vor dem Fernsehschirm verfolgen können.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es war auch, wenn man auf die Verhandlungen zurück-

**Dr. Kurt Kaufmann**

blickt, wichtig, daß die EU von ihren Grundprinzipien, von ihren vier Freiheiten, nicht abgegangen ist, sie diese nicht preisgegeben hat.

Vorige Woche erst hat eine Zeitung geschrieben: Wir sollten stolz darauf sein, einer Organisation beitreten zu können, die ihren Prinzipien treu geblieben ist. Darauf sollten wir Zweifler auch hinweisen. Es ist wichtig, daß diese Grundprinzipien aufrechterhalten werden, auch für unsere Jugend und für unsere zukunftsstüchtigen, wettbewerbsorientierten Leistungsträger, die wir in unserem Lande haben und die schon sehnsüchtig darauf warten, daß Österreich der EU beitrifft.

Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen wurde viel vom Geist von Brüssel geschrieben. Ich glaube, es hat die Bundesregierung, es haben die Sozialpartner gezeigt, daß man, wenn man ein gemeinsames Ziel hat, gemeinsam auch viel erreichen kann, und wir können, glaube ich, mit gutem Gewissen vor diejenigen hintreten und diejenigen überzeugen, die sich trotzdem überfahren fühlen. Wir müssen das in den nächsten Wochen tun, weil das, wie es der Herr Außenminister in seiner Erklärung gesagt hat, ganz notwendig und auch ganz wichtig ist.

Nehmen wir diese Chance wahr, die Europa uns bietet! So schnell kommt sie nicht wieder. — In diesem Sinne danke ich für die Berichte, die uns heute der Herr Bundeskanzler und der Herr Außenminister gegeben haben. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.) 12.41*

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Nächste Rednerin: Frau Bundesrätin Haselbach. — Bitte.

12.41

Bundesrätin **Anna Elisabeth Haselbach** (SPÖ, Wien): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Wir haben heute schon sehr viel Grundsätzliches gehört. Aus den Beiträgen der Redner der Koalitionsparteien war die Zufriedenheit über den gelungenen Verhandlungsabschluß herauszuhören. Diese Zufriedenheit, meine Damen und Herren, überträgt sich sehr rasch auch auf die Menschen.

Wenn wir uns die neuesten Zahlen anschauen, dann stellen wir fest: Das Meinungsklima hat sich seit Verhandlungsabschluß ganz deutlich in Richtung Beitritt entwickelt. Aus einer Umfrage, die von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft gemacht wurde, geht daraus unter anderem zum Beispiel hervor, daß immerhin 50 Prozent der Befragten das Ergebnis für sehr ausgewogen halten, und das zeigt doch, mit wieviel Verstand, Vernunft und Verantwortungsbewußtsein die Menschen an die Sache herangehen. Sie wissen, bei Verhandlungen müssen zwei Enden zusammengebracht werden. Also 50 Prozent sagen heu-

te schon: Ja, dieses Ergebnis ist ausgewogen, damit kann man leben.

Auf die Frage, ob Österreich als EU-Mitglied willkommen sei, haben 62 Prozent geantwortet, daß wir ganz sicher in der EU willkommen sind.

Aber es gibt immerhin 5 Prozent, die meinen, daß die Verhandlungsführung ganz schlecht war und daß das Ergebnis abzulehnen sei.

Kollege **Dillersberger** hat jetzt offensichtlich schon sehr viel Kreide geschluckt und hier eine Rede gehalten, aus der man die nächste Kurve schon erahnen kann. Und das ist eigentlich auch ganz klar, denn wenn wirklich nur 5 Prozent der Bevölkerung meinen, daß dies alles nicht gar so gut ist, was da gemacht wurde, dann ist es für eine opportunistische Partei — und das ist die freiheitliche Opposition — auch nicht sehr günstig, lediglich 5 Prozent nach dem Mund zu reden. Sie sucht schon die Teile der Bevölkerung, wo ein etwas höherer Prozentsatz anzusprechen ist. *(Bundesrat Dr. Dillersberger: Die Statistik lügt!)*

Einen Vorgeschmack auf diesen Schwenk, der demnächst bevorsteht — aller Wahrscheinlichkeit nach ab Montag — haben wir in Wien bei ... *(Zwischenruf des Bundesrates Dr. Rockenschau b.)* Der Schwenk kommt dann am Montag. *(Bundesrat Dr. Dillersberger: Bei Ihnen am Sonntag!)* Da haben Sie wahrscheinlich auch eine Parteileiter- oder Parteiführersitzung — oder wie immer das bei Ihnen heißt. *(Bundesrat Dr. Dillersberger: Die Parteiführersitzung wäre ja eine Einmannsitzung nach Ihrer Darstellung!)* Da treten dann alle Fähnleinführer an und werden beraten, wie sie weitermarschieren werden.

Wir haben den Weg, den die FPÖ gehen wird, in Wien ein bißchen vorexerziert bekommen. Da hat nämlich der Landtag eine Europadeklaration beschlossen — mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei! *(Bundesrat Mag. Langer: Nicht alle!)* Den Landtagsabgeordneten **Westenthaler** hat noch ein bißchen der Mut verlassen, aber das ist natürlich ein von ihrem Parteiführer abhängiger Mandatar, das muß man zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben hier schon sehr oft und in den verschiedensten Situationen über politische Kultur gesprochen *(Bundesrat Dr. Rockenschau b: Das war jetzt gerade ein gutes Beispiel, das Sie gegeben haben!)*, und zur politischen Kultur gehört auch Verantwortungsbewußtsein, Verantwortungsbewußtsein dafür, wie man eine politische Haltung festlegen wird. Alibianträge einzubringen, meine Damen und Herren, ist ganz sicherlich zuwenig, vor allen Dingen dann, wenn es sich um Anträge handelt, die zeigen, mit welcher ungebürdeter Kraft die Frei-

**Anna Elisabeth Haselbach**

heitliche Partei durch offene Türen galoppiert. (*Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP.*) Gerade aber im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt ist Verantwortungsbewußtsein unverzichtbar, und daher ist es auch unverzeihlich, wenn die Opposition jedes Mal, wenn sie zu einem Stammtisch unterwegs ist, ihr Verantwortungsbewußtsein an der Garderobe abgibt. Irgendwann ist es bei einer solchen Garderobe dann auch in Verlust geraten, und jetzt sind wir in der Situation — wir wissen ja alle, für Garderobe wird keine Haftung übernommen —, daß die FPÖ ohne dieses Verantwortungsbewußtsein, das sie bei irgendeiner Stammtischgarderobe abgegeben hat, durch die Lande zieht. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Bundesrat Dr. Rocken-schaub: Sie besuchen uns ja leider nicht!*)

Ich möchte Ihnen ganz gerne ein paar Beispiele geben. Es ist nicht unbekannt, daß es zwischen der Freiheitlichen Partei und dem „Kärntner Heimatdienst“ durchaus freundschaftliche Beziehungen gibt. Der „Kärntner Heimatdienst“ stellt sich natürlich auch in den Dienst der FPÖ und publiziert da einiges, was frei Haus geliefert wird, damit es jeder lesen kann. Wir haben heute schon über Subsidiarität und über Föderalismus gesprochen, und dazu gibt es hier auch etwas sehr Schönes, was der „Kärntner Heimatdienst“ veröffentlicht hat (*Bundesrätin Dr. Riess: Steht da irgendwo FPÖ drauf?*), und zwar schreibt er da unter anderem, daß der Kärntner Landtag im Falle eines EG-Beitritts Österreichs, falls er überhaupt bestehen bliebe, keine Zuständigkeit mehr hätte. Das müsse spätestens dann einleuchten, wenn man wisse, daß nicht einmal das Europäische Parlament ein gesetzgebendes Organ ist und daß die Parlamente in der künftigen Europäischen Union nur mehr Scheinfunktion haben. Und dann steht da noch: Kärnten wäre ausgelöscht.

So wird Politik gemacht. Das sind die Freunde, mit denen sich eine Oppositionspartei umgibt, die sagt, sie nimmt ihre staatstragende Verantwortung wahr und wird sich da einiges überlegen. (*Bundesrätin Dr. Riess: Sie strapazieren wieder Ihre Phantasie! Sie erzählen Sachen! — Staatssekretärin Mag. Ederer: Wie oft hören wir uns Ihre Phantasien an, Frau Kollegin Riess!*) Sie wird uns Ratschläge geben, wie wir weiterverhandeln und was wir weiter tun sollen.

Es gibt noch andere Medien, die nicht vom „Kärntner Heimatdienst“ herausgegeben werden, und auch diese Medien haben leider total vergessen, daß sie Verantwortung dafür tragen, daß die Meinungsbildung in der Bevölkerung ordentlich von sich gehen kann. So hat zum Beispiel ein durchaus weitverbreitetes farbiges Wochenblatt wenige Tage vor dem Nationalfeiertag die feiertagsgewohnten Österreicher entsetzlich erschreckt, denn da ist gestanden: Bei einem Beitritt Österreichs wird der Nationalfeiertag gestrichen

werden, weil mit dem Verzicht auf die immerwährende Neutralität der Anlaß für diesen Feiertag entfällt.

Ich glaube, man braucht das Ganze wirklich nicht noch zu kommentieren, denn diese Miesmacherei, diese dümmliche Angstmacherei richtet sich von selbst, aber, meine Damen und Herren, das unterstreicht auch, wie sehr wir aufgerufen sind, ordentlich zu informieren, wie sehr wir an einer anständigen Meinungsfindung mitzuwirken haben. (*Bundesrätin Dr. Riess: Daran hindert Sie ja niemand!*)

Meine Damen und Herren! Neben vielen immer wieder positiv bewerteten Bedingungen für die Österreicher bei einem EU-Beitritt möchte ich mich mit den Bereichen Bildung und Frauen ein bißchen beschäftigen. Es sind dies Bereiche, in denen hohe Sensibilität bei der Bevölkerung gegeben ist. Daher möchte ich gleich zu Beginn eine wichtige Feststellung machen — dies auch deshalb, weil von seiten der Opposition immer wieder gesagt wird: Die Brüssler Bürokratie, die drückt alles an die Wand! —: Gerade Dinge wie Sozialgesetzgebung, vor allen Dingen aber auch Fragen der Bildung verbleiben im subsidiären Bereich! Das heißt aber trotz allem, daß der gleiche Zugang zu allen Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen sowie die gegenseitige Anerkennung von Diplomen gewährleistet sein muß. Aber ich meine, das versteht sich doch wohl von selbst, denn das Prinzip des Diskriminierungsverbotes hat selbstverständlich auch im Bildungsbereich zu gelten.

Wir sollten uns auch davor hüten, diesen Grundwert der Gemeinschaft als Bedrohung zu empfinden. Man ist zwar bei uns noch immer sehr rasch mit dem Ausspruch: Da könnte ja ein jeder kommen! zur Hand, aber wir werden diese Einstellung sehr rasch ablegen müssen, weil die Chancen, die sich durch Mobilität ergeben, ganz einfach enorm sind und wir diese Chance wahrnehmen müssen.

Auch nichts Neues: Je besser ausgebildet, je weiter der Horizont eines Menschen, desto besser seine späteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt, aber auch im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Betriebe.

Besonders erfreulich wird es eben sein, daß wir dann innerhalb der EU den Zugang zu allen Bildungsprogrammen haben werden. Es wird nicht so sein wie jetzt, wo für jedes einzelne Programm extra verhandelt werden mußte und wir dann ganz glücklich waren, wenn wir irgendwo mitnischen durften.

Ich darf Ihnen nur ein Programm als Beispiel hier nennen, nämlich das Programm „Lingua“, an dem wir ab 1995 teilnehmen werden. Das ist ein



## Anna Elisabeth Haselbach

Programm, das die Förderung der Fremdsprachenkenntnisse zum Ziel hat, das die Aus- und Fortbildung von Fremdsprachenlehrkräften zum Ziel hat, und das weiter zum Ziel hat, Sprachunterricht in Unternehmen zu ermöglichen. Teilnahmeberechtigt sind alle Bildungsebenen: von der Schule bis hin zur Universität sowie die beruflichen Weiterbildungseinrichtungen. Ich glaube, das ist auch wieder ein Beispiel dafür, daß wir bei einem Beitritt sehr viel Gutes und Sinnvolles zu erwarten haben.

Die Vorteile sind schon vielfach aufgezeigt worden, und es kann sich jeder selbst ausrechnen, wie groß auch im Wettbewerbsbereich die Vorteile für die Betriebe sind, wenn sie gut ausgebildete Arbeitnehmer haben.

Zur Beruhigung all jener, die sich vor der weit entfernten Verwaltung fürchten, sei gesagt: Man wendet sich an nationale Einrichtungen, wenn man an diesen Programmen teilnehmen will, aber die finanziellen Förderungen kommen dann — Gott sei Dank! — aus Brüssel.

Zur Aufrechterhaltung und Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit gehört aber nicht nur eine gute Ausbildung, dazu gehört auch Forschung und Entwicklung, und in diesem Bereich, meine Damen und Herren, haben wir noch kräftige Anstrengungen zu unternehmen, denn wir liegen, was Forschung und Entwicklung betrifft, leider im unteren Bereich. Wir liegen, was solche Investitionen anlangt, hinter den Niederlanden — ich vergleiche jetzt nur mit kleinen Ländern innerhalb der EU —, hinter Belgien und hinter Dänemark. Wir rangieren diesbezüglich vor Portugal und Griechenland, aber ich glaube, unser Ansporn muß es sein, zumindest mit den Niederlanden, mit Belgien und mit Dänemark gleich zu ziehen.

Die Programme und Projekte betreffen aber nicht nur die Ausbildung, sondern zum Beispiel auch — ich habe vorhin gesagt, ich möchte mich auch mit Frauen und EU ganz kurz beschäftigen — Frauenförderungsprogramme.

Die Europäische Gemeinschaft, jetzt EU, beschäftigt sich nicht erst seit kurzem, sondern schon sehr lange mit allen Fragen betreffend die Situation der Frau. Chancengleichheit, Gleichbehandlung sowie gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit sind genauso wie bei uns vorrangige Bereiche. Derzeit läuft bereits das dritte Aktionsprogramm für die Chancengleichheit von Frauen und Männern, wieder begleitet von einer Unzahl von Projekten, damit dieses gesteckte Ziel auch erreicht werden kann.

Auch da möchte ich eine Aktivität hervorheben, mit der die Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden wird, nämlich die örtlichen Beschäfti-

gungsiniciativen. Wer sind jene Frauen, die im Rahmen dieses Programmes unterstützt werden? In welche Bereiche wird investiert? Denn dabei geht es nicht nur um Frauen, die einen Arbeitsplatz suchen, sondern es werden Frauen gleichrangig bei Unternehmensgründungen beraten, betreut und unterstützt. Und dieses Zusammenführen beider Interessen — Frauen Arbeit zu geben und Frauen die Möglichkeit zu geben, anderen Frauen Arbeit zu bieten — ist eine Sache, die große Zukunft hat, die unserer Unterstützung bedarf. Wir haben sicherlich auch etliche Gebiete in Österreich, von denen Vorschläge für derartige Projekte gemacht werden und sich sicherlich auch daran beteiligen werden.

Zur Altersgruppe: Immerhin 70 Prozent jener Frauen, die sich im Rahmen der EU daran beteiligt haben, sind zwischen 26 und 50 Jahren, 39 Prozent sind in der Altersgruppe von 26 bis 35 Jahren. Also man sieht, das sind Frauen, die bereits über eine gute Ausbildung verfügen, die Mut haben, Neues zu beginnen, und diese finden dadurch jene Unterstützung, die sie brauchen. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Generell möchte ich noch betonen, daß wir nicht um unsere eigenen speziellen Möglichkeiten der gesetzlich abgesicherten besonderen Frauenfördermaßnahmen fürchten müssen. Nehmen wir, wenn wir von besonderen Frauenförderungen sprechen, zum Beispiel die Regelung für Frauen im Bundesdienst, daß bei gleicher Bewertung die Frau vorzuziehen ist. Da könnte man sagen, das wird wohl diesem Gleichheitsgrundsatz und dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung und allem möglichen widersprechen. — Auch diesbezüglich kann man beruhigen, denn es gibt im Rahmen der Zugangsrichtlinie eine Ausnahme, und zwar bei beruflichen Tätigkeiten, für deren Ausübung das Geschlecht eine unabdingbare Voraussetzung ist, nämlich bei Frauenschutzvorschriften — also etwa Mutterschutz oder bei Kinderbetreuung — und bei Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit.

Sie sehen, auch hier handelt es sich um eine Sache, für die Österreich schon Regelungen getroffen hat, gute Regelungen, auf die die Frauen stolz sind, aber Regelungen, um die wir nicht zu fürchten brauchen, weil eben Brüssel einen solchen Schritt beschritten hat.

Das waren jetzt nur einige Streiflichter für eine positive Betrachtung der Chancen. — Wir werden aber überall dort, wo Schwierigkeiten auftreten werden, mit Sachverstand und mit Verantwortung auf die Probleme der Menschen eingehen und ihnen den Weg zu neuen Möglichkeiten ebnen müssen. Miesmachen, Ängste schüren — das hilft niemandem; das ist billig, das ist zu wenig! Herausforderungen annehmen und Sicherstellung des Rechts auf Arbeit und persönlicher Ent-

**Anna Elisabeth Haselbach**

faltung — das muß von allen als selbstverständliche Aufgabe getragen werden.

Meine Damen und Herren! Wir stellen uns vertrauensvoll dieser Herausforderung. Wir stellen uns dieser Herausforderung im Wissen um die Fähigkeit und die Begabung der Österreicherinnen und Österreicher. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.) 13.00*

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Peter Kapral. Ich erteile ihm dieses.

13.01

Bundesrat Dr. Peter **Kapral** (FPÖ, Wien): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Ich hätte mich ja sehr gerne hier vom Rednerpult aus mit den vorhin geäußerten Anwürfen von Frau Bundesrätin Haselbach auseinandergesetzt. Es fällt mir das aber sehr schwer, und es tut mir leid, daß ich das hier feststellen muß: Ich hätte mir hier doch ein etwas höheres Niveau der Auseinandersetzung erwartet, als das hier der Fall war. *(Beifall bei der FPÖ. — Bundesrat K o n e č n y: Jawohl, Herr Lehrer!)*

Irgendein Pamphlet eines Kärntners, einer für Kärnten sicherlich wichtigen Organisation heranzuziehen und dann hier aus dem Zusammenhang gerissene Bruchstücke so darzustellen, als sei dies Meinung auch der Freiheitlichen Partei, ist einfach zuwenig. *(Bundesrätin H a s e l b a c h: Sie deckt sich weitgehend!)* Ich glaube, wenn wir uns dieser Argumentation im Wahlkampf in Kärnten bedient hätten, dann würde die Situation schon etwas anders aussehen. Aber Sie werden es ja nach dem 13. März sehen, wie die Kärntner auf solche Dinge reagieren.

Wir befassen uns aber heute hier mit der Erklärung des Bundeskanzlers über die Perspektiven der österreichischen Europapolitik beziehungsweise mit der Erklärung des Herrn Außenministers über die Beitrittsverhandlungen, die Österreich mit den Mitgliedsländern der EU geführt hat.

Ich hätte mir erwartet — aber vielleicht ist hier einfach nicht die Gelegenheit dazu oder noch nicht der Zeitpunkt gekommen —, daß in den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers, was die Perspektiven eines zukünftigen Europas anlangt, mehr enthalten ist als der Hinweis darauf, daß sich jetzt auch einige der osteuropäischen Länder ernstlich mit dem Gedanken tragen, Beitrittsansuchen in Brüssel abzugeben. Es wird sicherlich einmal notwendig sein, eine grundsätzliche Debatte darüber zu führen, wie Österreichs Stellung sein wird, wenn sich einmal auch die Ostöffnung, die ja mit den Europaabkommen, die die EU mit den Ostländern geschlossen hat, schon einen

Spaltbreit geschehen ist, verstärkt. Es wird sicherlich eine Debatte darüber zu führen sein, welche Rolle Österreich dann spielen kann und spielen muß.

Die Vision einer Neugestaltung Europas bedarf sicherlich einer grundsätzlicheren Auseinandersetzung, als dies hier und heute der Fall sein kann. Ich glaube aber auch, daß man mit der Bezeichnung „historische Stunde“ etwas vorsichtig sein soll. — Wobei ich aber die Bedeutung des Ereignisses, das den Abschluß der Beitrittsverhandlungen dargestellt hat, nicht unterschätzen möchte, auch wenn derzeit bedauerlicherweise wieder Schatten auf diese Verhandlungsergebnisse fallen, Schatten insoweit, als sich die Europäische Union anscheinend sehr schwer tut, in der Frage der Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmungen eine Lösung zu finden. Ich glaube, daß die Verhandlungen mit Norwegen gar nicht so schwierig sein werden, weil wir aus der Vergangenheit wissen, daß dann in letzter Sekunde, trotz der Widerstände von seiten eines bestimmten Landes, immer noch ein Kompromiß zu finden sein wird.

Aber wenn sich jetzt die Gespräche und Verhandlungen über die Stimmenverhältnisse noch länger hinziehen, Gespräche und Verhandlungen, die eigentlich schon mit Ende des vergangenen Jahres hätten abgeschlossen werden sollen, vor allem wenn es nach den Vorstellungen des Europäischen Parlaments gegangen wäre, dann ist das sicherlich vom österreichischen Standpunkt aus bedauerlich.

Jedenfalls wird die Entscheidung, ob und wie sich das Verhältnis zur Europäischen Union gestaltet, für viele Jahre hinaus die Zukunft Österreichs bestimmen. Wir sollten uns immer dessen bewußt sein, welche Bedeutung diese Entscheidung für die Zukunft unseres Landes hat, und es sollte von allen Seiten — ich betone wirklich: von allen Seiten — diesbezüglich auch entsprechendes Verantwortungsbewußtsein gezeigt werden.

In diesem Sinne sollte man, glaube ich, auch das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen analysieren. Und ich habe damit angedeutet beziehungsweise ausgesprochen, daß wir die Latte diesbezüglich sehr hoch legen, weil es ja letztendlich um die Zukunft unseres Landes geht.

Hier ist einmal, so glaube ich — aber das ist ja Verhangenheit —, etwas Kritik an der Verhandlungstaktik und an der Vorgangsweise angezeigt. Vergangenheit ist es deswegen, weil ja die Verhandlungen an sich abgeschlossen sind, aber es wird innerösterreichisch sicherlich noch eine Diskussion darüber entstehen, ob und inwieweit von österreichischer Seite nicht Erwartungen geweckt worden sind, die dann letztlich nicht erfüllt wurden, Erwartungen, die bei nüchterner und sachli-

**Dr. Peter Kapral**

cher Einschätzung der Lage nicht so hochgeschraubt hätten werden sollen.

Ich meine damit jenes starre Festhalten vor allem auf dem Gebiet der Landwirtschaft, jenes Beharren auf der Lösung, noch zwei Jahre hindurch Grenzkontrollen durchzuführen, während die EG von vornherein eigentlich klar zu verstehen gegeben hat, daß sie nur das Binnenmarktmodell zu akzeptieren bereit ist. Ich weiß schon, daß da wieder gewisse Dinge eine Rolle spielen, Ausgleichszahlungen und so weiter, aber ich bin sicher, daß die Politiker, die hier mit Verve an die österreichische Öffentlichkeit gegangen sind, diesbezüglich noch einigen Erklärungsbedarf haben werden. Aber das ist letztlich ihre Sache. Ob damit nicht der gute Eindruck, der entstanden ist, wieder verwischt wird, sei dahingestellt.

Es stellt sich auch die Frage, ob man sich von österreichischer Seite immer bewußt war, was die Europäische Union zu akzeptieren bereit ist beziehungsweise nicht. Verhandlungen dieser Art enden letztendlich immer mit einem Kompromiß, und wenn die Erwartungshaltung dann zu hoch ist, ist es sehr schwierig, einen solchen Kompromiß auch zu verkaufen.

Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß die Europäische Union durchaus bereit ist, von ihren hehren Grundsätzen abzugehen, wenn es darum geht, ein Mitglied bei der Stange zu halten; wir haben einige solcher Beispiele in der Vergangenheit gesehen. Sie ist aber, und das war von Anbeginn an klar, weil die EU auf dem Standpunkt steht, wir werben nicht um Mitglieder, sondern wir sind bereit, mit Mitgliedern über deren Beitritt zu verhandeln, auch nicht bereit, von solchen Grundsätzen im Falle eines Neubeitritts wesentlich abzugehen.

Es wäre meiner Meinung nach richtiger gewesen, die Bevölkerung auch in dieser Richtung entsprechend zu informieren und sich nicht nur in Jubelmeldungen zu ergehen, welche Vorteile ein allfälliger EU-Beitritt bringt.

So muß es sich also jetzt die Regierung gefallen lassen, daß das Verhandlungsergebnis an den von den österreichischen Politikern in Unkenntnis oder in Überschätzung der eigenen Position sehr hochgeschraubten Forderungen gemessen wird, und ich muß zu meinem Bedauern sagen, daß dieser Vergleich schlecht ausfällt.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß von Koalitionsseite erste schüchterne Signale kommen, ob es nicht angezeigt wäre, in dieser für Österreich wichtigen Frage auch Kontakte mit der Opposition aufzunehmen, Kontakte, die über das hinausgehen, was bisher im parlamentarischen Rahmen geschehen ist. Es freut mich, feststellen zu können, daß man darüber nachdenkt.

Die Frage ist nur, ob diese Signale nicht reichlich spät kommen. Jetzt, wo praktisch die Kuh aus dem Stall ist, letzte Versuche zu starten, auch die Opposition einzubinden, ist sicherlich problematisch.

Ich habe hier schon einmal gesagt, daß die große Koalition zwar über eine satte parlamentarische Mehrheit verfügt, daß sie sich aber in dieser für Österreich so wichtigen Beitrittsfrage nicht wirklich auf eine Mehrheit verlassen kann, weil ja das Ergebnis einer Volksabstimmung zu unterziehen ist. Das heißt, sie kann sich trotz aller Umfragen — auch laut jüngsten Umfragen bleibt nach wie vor ein viel zu großer Prozentsatz an Unentschlossenen, um wirklich fundierte Aussagen machen zu können — nicht darauf verlassen, daß die Mehrheit der Bevölkerung hinter ihr steht.

Die Koalition ist, so bedauerlich das vom Standpunkt der Koalitionsparteien ausschauen mag, doch auch mit auf ein gewisses Wohlwollen der Opposition angewiesen, und es wird letztendlich jetzt von der weiteren Vorgangsweise dieser großen Koalition abhängen, wie die Haltung der Opposition, vor allem der freiheitlichen Opposition dazu sein wird.

Zum Verlauf und zum Ergebnis der Verhandlungen ist bereits viel gesagt worden. Ein Thema, das heute hier noch nicht erwähnt wurde, ist die Frage der Neutralität. Einige von uns hatten gestern Gelegenheit, an einem Gespräch, an einem Meinungsaustausch mit einer Delegation der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union teilzunehmen. Es ist interessant, daß dabei von den Politikern der Mitgliedsländer der WEU sehr klare Aussagen getroffen wurden — bis hin zu der Feststellung, daß eine Mitgliedschaft Österreichs bei der NATO die logische Konsequenz des Beitritts zur EU und damit auch zur WEU sein muß.

Das Thema Neutralität ist aus den Verhandlungen ausgeklammert worden, weil Sie, meine Damen und Herren von den Koalitionsparteien, Angst haben, darüber zu sprechen. Sie haben die Augen verschlossen vor der Tatsache, daß die Entwicklung der letzten Jahre in Europa die Neutralität obsolet werden ließ. Der österreichischen Bevölkerung wurde quasi Sand in die Augen gestreut, es wurde so getan, als ob das alles kein Thema sei. Die EU hat dabei interessanterweise mitgespielt, aber es gibt genug Äußerungen von ehemaligen EU-Politikern, jetzigen Politikern in den EU-Mitgliedsländern, die besagen, daß Österreich mit zwei Zungen spricht. Ich glaube nicht, daß es von der Bevölkerung akzeptiert werden wird, wenn so mit ihr umgesprungen wird. Sie werden eines Tages vor der Notwendigkeit stehen, diesbezüglich Farbe zu bekennen.

**Dr. Peter Kapral**

Die Neutralität hat, wenn wir einmal Bestandteil einer europäischen Sicherheitsordnung sind — was ja im Augenblick genaugenommen noch nicht gesagt werden kann, weil ein diesbezügliches Konzept ja erst in Umrissen sichtbar ist, ein detaillierter Aufbau einer solchen Sicherheitspolitik ist ja noch ausständig —, keinen Stellenwert mehr. Die Regierung wird es mit sich selbst ausmachen müssen, ob es richtig ist, sich aus der Neutralität quasi wegzustehlen, oder ob es nicht richtiger wäre, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken.

Ich möchte auch noch auf die Frage der sogenannten Hausaufgaben zu sprechen kommen. Über Transit, Landwirtschaft und die Zweitwohnsitzfrage ist schon einiges gesagt worden oder wird noch einiges gesagt werden. Bezüglich der Zweitwohnsitzfrage möchte ich aber doch zu den Bemerkungen des Herrn Präsidenten Strutzenberger folgendes feststellen: Die EU hat keine Möglichkeiten — und das geht ja aus der getroffenen Vereinbarung hervor —, Österreich Vorschriften zu machen, wie das im Hinblick auf Flächenwidmung und Raumordnung die Zweitwohnsitzfrage regelt. Es geht der EU ausschließlich darum, daß ihre Staatsbürger mit den österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt werden, und insofern kann man da nicht davon sprechen, daß sich der österreichische Standpunkt gegenüber der Europäischen Union durchgesetzt hat.

Die österreichischen Bundesländer sind bei der Regelung der Zweitwohnsitzfrage davon ausgegangen, daß sie sich mit ihren Überlegungen bezüglich einer unterschiedlichen Behandlung von Österreichern und EU-Staatsbürgern, sich letztlich anhängend an das dänische Modell, durchsetzen werden, eine Entwicklung, die wir von vornherein als falsch bezeichnet haben. Wir glauben, daß unsere seinerzeitigen Vorbehalte gegen die Regelung, wie sie in der entsprechenden Änderung der Bundesverfassung getroffen worden ist, jetzt durchaus ihre Bestätigung gefunden haben.

Es stellt sich in diesem Zusammenhang, wenn man sich die Hausaufgaben vor Augen hält, die Frage, ob sich alle in diesem Land bewußt sind, was auf Österreich bei einem allfälligen Beitritt zur Europäischen Union zukommt. Wir werden — und ich glaube, das sollte man hier schon ausdrücklich sagen — von einigen lieb gewordenen Gewohnheiten Abschied nehmen müssen. Das gilt vor allem, so bedauerlich das ist, für die Landwirtschaft. Gerade diesbezüglich wird sich eine völlig neue Situation ergeben.

Ähnliches gilt auch, wenn ich ein weiteres Beispiel herausgreifen darf, für die Frage der Grenzkontrollen, für das Problem der Asylgewährung, des Asylrechtes. Da wird sich Österreich den westeuropäischen Standards anpassen müssen,

Standards, die also zum Teil wesentlich höher liegen als derzeit.

Ich darf etwa nur daran erinnern, daß sich Großbritannien bisher nicht bereitgefunden hat, dem sogenannten Schengener Abkommen beizutreten, das die Feizügigkeit des Personenverkehrs innerhalb der EU garantieren sollte, und das zeigt, daß Großbritannien nach wie vor der Meinung ist, daß an den vorhandenen Grenzen festgehalten werden soll. Und Österreich wird dann einen wesentlichen Teil seiner Grenzen als Außengrenzen — zumindest bis zum Beitritt der osteuropäischen Nachbarländer zur EU — handhaben müssen, und wir werden dann schon einige unserer lieb gewordenen Gewohnheiten, was diese Dinge anlangt, über Bord werfen müssen. Dann wird sich plötzlich herausstellen, daß die Aktivitäten und Vorschläge, die die Freiheitliche Partei vor einiger Zeit gemacht hat, um die Frage der Asylgewährung des Ausländerzuzugs in geordnete Bahnen zu lenken, gar nicht so von der Hand zu weisen sind.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich als Bundesrat des Bundeslandes Wien noch auf einige Wiener Fragen zu sprechen kommen, wobei auch hier in Wien die Frage des Transits im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht.

Auch wenn in der öffentlichen Meinung natürlich das Transitproblem, wie es sich im Bundesland Tirol darstellt, im Vordergrund steht — so wichtig auch Maßnahmen in Tirol sind, um die Verhältnisse zu bessern, insbesondere im Hinblick auf eine stärkere Verlagerung des Gütertransits auf die Schiene —, sollte man die Tatsache nicht aus den Augen verlieren, daß auch der Osten unseres Bundesgebietes von einer starken Zunahme des Transitverkehrs erfaßt ist, der sich bei einer allfälligen Ostöffnung, also eines Beitritts osteuropäischer Länder zur EU noch intensivieren wird.

Ich darf in diesem Zusammenhang nochmals auf unseren Entschließungsantrag betreffend Transitfrage zu sprechen kommen und hier besonders auf die Einleitung verweisen, in der wir deutlich zum Ausdruck bringen, daß die Frage des Transits, so wichtig dieses Problem in Tirol ist, auch eine Frage Gesamtösterreichs ist.

Wenn man uns hier unterstellt, daß die Forderungen in diesem Zusammenhang quasi Kopien der Forderungen des Tiroler Landeshauptmannes seien, darf ich daran erinnern, daß wir Freiheitlichen solche Bedingungen schon vor langer Zeit gestellt haben, und es ist da letztlich die Frage, wer auf welchen Zug aufspringt. Wir Freiheitlichen waren aber in der Transitfrage immer einen Schritt voraus.

**Dr. Peter Kapral**

Es war die Wiener FPÖ, die die Frage des Transits und eine Lösung des Transitproblems in Wien zur Diskussion gestellt hat — sie hat es nicht nur zur Diskussion gestellt, sondern die Freiheitliche Partei hat das zu einer wichtigen Bedingung hinsichtlich ihres Verhaltens gemacht.

Auch hier in Wien sind gezielte Maßnahmen notwendig, die sich einerseits auf die Frage „Was geschieht hinsichtlich der Umfahrung der Stadt Wien zur Entlastung des Transitverkehrs?“ beziehen, und zweitens darauf, was hinsichtlich der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Bahn geschieht. Ich bin an sich erstaunt darüber, daß sich Herr Landeshauptmann Pröll darüber zufrieden zeigt. Meiner Meinung nach ist die endgültige Fixierung des Zeit- und Finanzierungsplans für eine Südumfahrung Wiens noch immer keine entschiedene Sache, aber das Problem ist außerordentlich vordringlich, da die Aufnahmekapazität der Südosttangente schon längst an Grenzen stößt.

Wien muß darauf drängen, daß diebezüglich sehr rasch Klarheit geschaffen wird und bindende Zusagen seitens der Bundesregierung gegeben werden, ähnliche Zusagen, wie sie offensichtlich jetzt dem Bundesland Tirol gemacht werden, nur haben wir das Handikap, daß wir am kommenden Sonntag keine Wahlen haben.

Für die Wiener FPÖ — ich habe das bereits gesagt, möchte das aber noch einmal unterstreichen — ist die Lösung dieser Frage ein sehr wesentlicher Bestandteil der sogenannten Hausaufgaben. Dies trifft auch auf die Notwendigkeit zu, die angekündigten Ausbauprojekte auf dem Bahnsektor rasch voranzutreiben und vor allem auch zu realisieren, denn Absichtserklärungen, irgendwelche Bahnprojekte in Angriff zu nehmen, gibt es ja immer wieder. Ich stelle nur fest, daß es äußerst schwierig zu sein scheint, solche Vorhaben dann auch zu realisieren — nicht nur, weil es sich auch bei den Bahnprojekten herausstellt, daß dann die betroffene Bevölkerung dagegen ist, sondern weil anscheinend nicht wirklich die Bereitschaft vorhanden ist, solche Projekte auch zu finanzieren.

In diesem Zusammenhang sollte man auch die Frage aufwerfen, warum bei den Verhandlungen nicht auch darüber gesprochen wurde, welche Möglichkeiten bestehen, daß Österreich im Falle einer Mitgliedschaft — und da vor allem Wien — Sitz einer der gemeinsamen europäischen Einrichtungen werden könnte. Wenn hier schon über die verschiedensten Punkte gesprochen wird, so hat, glaube ich, dieser Gesichtspunkt sicher auch einen entscheidenden Stellenwert.

Es ist heute hier im Zusammenhang mit den Hausaufgaben von Herrn Bundesrat Kaufmann so angeklungen, daß nicht nur die erste Etappe

der Steuerreform, sondern auch die zweite Etappe der Steuerreform für die österreichische Wirtschaft eine große Erleichterung gebracht hatte.

Ich hatte die Gelegenheit, bei der Diskussion über die Steuerreform schon darauf zu sprechen zu kommen: Wenn man sich auf die Rechnungen des Finanzministeriums stützt, so ist der Erfolg der Steuerreform doch in erster Linie der breiten Masse zugute gekommen. Der Unternehmenssektor profitiert davon mit 2 beziehungsweise mit 4 Milliarden Schilling — je nachdem, ob man auch die Maßnahmen, die sich für die Banken auswirken, miteinbezieht.

Was jenen Punkt anlangt, der von der Freiheitlichen Partei besonders in den Vordergrund gestellt wird, nämlich eine Förderung der Eigenkapitalbildung in den Unternehmen, ist diese Steuerreform sicherlich nicht 5 vor 12, sondern erst 5 nach 12 gekommen.

Der Wegfall der Vermögenssteuer, der sicherlich ein durchaus akzeptabler Punkt ist, trifft viele Firmen, die heute vor der Tatsache stehen, daß sie das vergangene Jahr und eventuell auch noch das Jahr 1994 mit Verlust abschließen. Sie können also aus dem nicht den Nutzen ziehen, das Eigenkapital zu stärken, sondern Sie müssen lediglich Ihr Eigenkapital, Ihre Substanz nicht angreifen, um diese gewinnunabhängige Steuer zu zahlen. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Kaufmann.*)

Herr Bundesrat Kaufmann, was die von Ihnen angesprochene Attraktivität des Standortes Österreich anlangt, so mögen Sie ja in der Theorie recht haben — er ist sicherlich attraktiv —, aber wenn Sie sich vor Augen halten, wie groß die Investitionsneigung ist — dazu, muß ich sagen, gehören auch die Japaner, die sich in einer nicht gerade rosigen wirtschaftlichen Situation befinden, auch die denken nicht mehr so wie noch vor einigen Jahren —, so ist zu sagen, daß sicherlich für den Standort Österreich eine EG-Mitgliedschaft eine gewisse Attraktivität besitzt.

Aber, wie gesagt, auch die denken nicht mehr so daran, nach Europa zu gehen, sondern wenn sie im Ausland investieren, dann investieren sie in den Nachbarländern Japans, in den sogenannten „TIGER“-Staaten, wo sie genauso gute Bedingungen, aber wesentlich günstigere Lohnkosten finden.

Ich darf noch auf eines zu sprechen kommen, um darzutun, wie rasch eigentlich die Dinge in Vergessenheit geraten: Es gibt da einen Beschluß des Ministerrates vom Beginn vergangenen Jahres, mit dem die grundsätzliche Verhandlungsposition Österreich abgesteckt wird. Im Punkt 10 ist dezidiert davon die Rede — ich erwähne jetzt nur die Einleitung —: Die Konsolidierung des Bun-

**Dr. Peter Kapral**

deshaushaltes muß auch bei einer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft fortgesetzt werden.

Diese Vorsätze haben Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, sehr bald vergessen. So rufe ich nur in Erinnerung, daß Spitzenpolitiker schon dieser Tage davon gesprochen haben, daß sie natürlich bereit seien, ein höheres Defizit in Kauf zu nehmen, einen höheren Abgang im Staatshaushalt, um einige der Maßnahmen, die unbedingt notwendig sind, einige der Hausaufgaben zu finanzieren.

Es gibt sicher verschiedenste Gründe, warum man ein höheres Defizit in Kauf nehmen muß, aber Sie müssen sich hier schon den Vorwurf anhören, daß es Tatsache ist, daß Sie in der Vergangenheit eine unverantwortliche Ausgabenpolitik betrieben haben. Sie wissen seit langem, was auf uns zukommt, was innerösterreichisch noch geschehen muß, um die österreichische Wirtschaft wirklich in die Lage zu versetzen, den Herausforderungen, die auf sie zukommen, gerecht zu werden.

Sie haben diesbezüglich keine Vorkehrungen getroffen, weil es Ihnen auch von der Ausgaben-seite her nicht gelungen ist, das Budget in den Griff zu bekommen, und von der Einnahmenseite – ich brauche das ja hier nicht besonders zu betonen – sind die Dinge ausgereizt. Und es genügt nicht, nur davon zu sprechen, daß man „eurofit“ sein will, sondern es muß auch tatsächlich etwas geschehen, damit ein solcher Zustand erreicht wird.

Herr Vizepräsident Strutzenberger hat hier im Zusammenhang mit dem Dank an die Verhandler, dem ich mich gerne anschließe, von der Solidarität, von der Zusammengehörigkeit, vom einheitlichen Auftreten in Brüssel gesprochen. Man sprach sogar von einem „Geist von Brüssel“, der da entstanden sei. Ich muß aber doch zu meinem Bedauern feststellen, daß dieser „Geist von Brüssel“ bereits wieder abbröckelt und anscheinend diese Solidarität sehr bald wieder in Vergessenheit zu geraten droht. – Wenn man erste Nachrichten über koalitionsinterne Auseinandersetzungen hinsichtlich der Besetzung von Posten hört, dann glaubt man nicht wirklich daran, daß dieser „Geist von Brüssel“ von Dauer sein wird.

Ich möchte auch nicht näher darauf eingehen, daß der eine Partner in der Koalition dem anderen über die Medien ausrichten läßt, welche an sich lieb gemeinten Bezeichnungen er goutiert und welche nicht. Ich fürchte nur, daß von dieser Geschlossenheit des Auftretens schon bald nichts mehr übrigbleiben wird.

Für den Fall des Beitrittes kommt aber eine Fülle von Aufgaben auf uns zu, die es notwendig

machen, einen breiten Brückenschlag zu versuchen. Ich habe das Angebot des Klubobmannes der ÖVP im Nationalrat, Neisser, schon erwähnt, aber es wird sicherlich darauf ankommen, was diesem ersten Angebot – eventuell auch erst nach dem 13. März, von dem ja heute hier schon viel gesprochen wurde – folgt.

Ich möchte aber nicht, daß hier der Eindruck entsteht, als ob der 13. März das ausschließliche Datum ist, ab dem sich die Dinge vom Grundsätzlichen her ändern könnten. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*) 13.36

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Staatssekretärin Mag. Brigitte Ederer. Ich erteile ihr dieses.

13.36

Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Mag. Brigitte Ederer: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe lange Zeit angenommen, daß es sich um ein Schultrauma des Herrn Klubobmannes Haider handelt, daß er immer von „Hausaufgaben“ spricht. Ich verstehe dieses Schultrauma durchaus – ich habe das auch in diese Richtung. Daß aber die gesamte freiheitliche Fraktion nun dieses Schultrauma übernimmt, zeugt doch von einer bemerkenswerten Verschmelzung mit dem Herrn Klubobmann Haider. – Das ist das erste. Also ich würde meinen, es sollte nur jemand ununterbrochen von „Hausaufgaben“ reden (*Bundesrätin Dr. R i e s s: Der Herr Landwirtschaftsminister Fischler sagt das auch immer!*), wenn er die Schule nicht wirklich bewältigt hat.

Zum zweiten Punkt. Zum Thema Eigenkapital und internationaler Vergleich: Ich muß zugestehen, daß ich am Anfang beeindruckt war von der Argumentation und versucht habe, Zahlen und Statistiken zu erhalten, um eine Gegenargumentation aufzubauen. Ich habe zur Kenntnis nehmen müssen, daß es keine Statistiken gibt. Das heißt, Sie erzählen uns Tag für Tag, Woche für Woche über die geringe Eigenkapitalquote der österreichischen Unternehmungen im internationalen Vergleich.

Herr Bundesrat Kapral! Ich würde Sie bitten (*Bundesrat Dr. K a p r a l: Im internationalen Vergleich, bitte!*), daß Sie, wenn Sie solche Unterlagen haben – die Wirtschaftsforschungsinstitute haben sie nicht –, mir diese zukommen zu lassen (*Bundesrat Dr. K a p r a l: Gerne!*), denn dann könnten wir auf einer gemeinsamen Ebene diskutieren.

Den dritten Punkt hat Herr Bundesrat Kapral schon erwähnt, er betrifft die Behauptung, daß die Neutralität von den Verhandlungen ausgeklammert worden sei. – Das entspricht nicht der Realität! Das Kapitel 24 – das betrifft die ge-

**Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Mag. Brigitte Ederer**

meinsame Außen- und Sicherheitspolitik — wurde am 21. Dezember abgeschlossen. Wir haben dort eindeutig festgestellt, daß wir in der Lage und fähig sind, den Vertrag von Maastricht zu erfüllen.

Der Vertrag von Maastricht sieht — es ist zwar nicht in Ihrem Sinne — den Beitritt zu einem Militärbündnis nicht vor, sondern es geht schlicht und einfach darum, bei Wirtschaftssanktionen, bei Durchfuhrgenehmigungen mitmachen zu können — das ist auch angesprochen. Aber es geht nicht darum, einer militärischen Organisation beizutreten — die gibt es noch nicht —, sondern ein Grund, warum ich der festen Überzeugung bin, daß es notwendig ist, daß Österreich sehr rasch der Europäischen Union beitrifft, ist ja, daß ab 1996 darüber diskutiert wird, wie sich dieses Europa im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln soll. Da geht es eben darum, daß wir dann auch gleichberechtigt am Tisch sitzen und bei der Schaffung von Strukturen mitreden.

Bis dahin — das wurde eindeutig von allen Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung, vom Bundeskanzler und vom Herrn Außenminister, an prominenter Stelle immer sehr betont — haben wir keinen Grund, den Kern der österreichischen Neutralität in Frage zu stellen.

Zur Argumentation — und damit bin ich schon am Ende —, wir hätten beim Thema Neutralität mit verschiedenen Zungen gesprochen — Sie werden jetzt gleich wieder ein Beispiel für koalitionsfähige Harmonie erleben —: Wir haben bei den Verhandlungen mit einer Zunge gesprochen — in erster Linie mit der Zunge des Herrn Außenministers, der ja Verhandlungsleiter war. Ich nehme nicht an — der Herr Bundesrat Dillersberger hat den Herrn Außenminister heute so gelobt und seine Verdienste betont —, daß die Freiheitliche Partei der Meinung ist, daß der Herr Außenminister Mock doppelzünftig spricht, sondern er spricht nur mit einer Zunge — und mit der haben wir auch in Brüssel gesprochen. — Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.) 13.40*

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Ing. Johann Penz. Ich erteile ihm dieses.

13.40

Bundesrat Ing. Johann Penz (ÖVP, Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer „Europäische Union“ sagt, denkt an Wirtschaft. Dies ist richtig, denn die Europäische Integration wurde in der Europäischen Union als Wirtschaftsintegration verwirklicht. Das Recht der Europäischen Union ist primär Wirtschaftsrecht. Die Europäische Union hat mit ihrem Binnenmarktpro-

gramm in Europa ungeheuer große wirtschaftliche Entwicklungen induziert. *(Vizepräsident Strutzenberger übernimmt den Vorsitz.)*

Es stellt sich daher die Frage: Ist die europäische Herausforderung allein eine wirtschaftliche Herausforderung, liegt allein darin die Kraft der Europäischen Union? Aber ich glaube, am Anfang steht etwas anderes, politisch nicht minder Wirksames.

Die Europäische Union wurde vor mehr als einer Generation gegründet, historisch gesehen ist dies eine relativ kurze Zeitspanne. Wissenschaftliche Arbeiten über die Europäische Union stellen einleitend zumeist die Geschichte der Europaidee dar, sie führen zurück ins ausgehende Mittelalter als die Vorstellungen europäischer Einheit, welche durch die Idee des römischen Imperiums und der Einheit des abendländischen Christentums vermittelt wurden.

Immer wieder und besonders zu Zeiten der Spaltung und zu Zeiten des Unfriedens trat die Idee einer europäischen Einigung in den Vordergrund. Von vielen Namen, die anzuführen wären, seien nur König Georg Poděbrad von Böhmen genannt, Leibniz, Kant, Rousseau, Proudhon. — Sie alle haben ein Ziel vor Augen gehabt, nämlich die Friedenssicherung, die Wiedergewinnung vielleicht auch des Heiligen Landes. Der Gedanke der Freiheit von Handel und Verkehr trat erst im 19. Jahrhundert in den Vordergrund.

Es bedurfte der schrecklichen politischen Auseinandersetzungen unseres Jahrhunderts, einer Selbstzerfleischung in Europa, die den Boden für die Europäische Integration bereitet haben. Wahrscheinlich hätte vor einem halben Jahrhundert niemand zu hoffen gewagt, daß die europäischen Erzrivalen Deutschland und Frankreich, die sich über Jahrhunderte hinweg unzählige Male in blutigen, grausamen Auseinandersetzungen bekämpft haben, einmal freundschaftlich kooperieren könnten.

Wer heute über die Normenflut der Europäischen Union spottet, der mag bis zu einem gewissen Grad durchaus recht haben, verwechselt aber die Nebensache mit der Hauptsache. Diese Hauptsache hat nämlich der französische Außenminister, den mein Vorredner Mautner Markhof schon zitiert hat, Robert Schuman, in einer Vision fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ausgesprochen, als er den Plan der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl verkündete: Der eigentliche Zweck dieser Gemeinschaft sei, den Krieg zwischen diese Gemeinschaft bildenden europäischen Staaten, den Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern auch unmöglich zu machen. — Aus Feinden wurden Freunde.

**Ing. Johann Penz**

Die Sicherung des Friedens in Freiheit zwischen den Mitgliedsstaaten ist auch ein Hauptzweck der Europäischen Union. — Ich danke dem Herrn Bundesminister Dr. Mock dafür, daß er das in seiner Darstellung heute auch in den Vordergrund gestellt hat. Die friedliche Kooperation zwischen befreundeten und bis vor kurzem verfeindeten Staaten ist heute so selbstverständlich, das uns die historische Entwicklung gar nicht mehr bewußt wird.

1949 wurde als Forum der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit der Europarat gegründet, ein einigendes Band aller freiheitlichen und demokratischen Staaten Europas. Der erste Teil der heutigen Europäischen Union war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die im Juli 1952 in Kraft getreten ist. Deren sechs Mitglieder gründeten 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft. Sie schufen also eine Vertiefung der Zusammenarbeit, und der Integrationsprozeß resultiert aus diesen Schritten der Vertiefung der Zusammenarbeit und aus Schritten der räumlichen Erweiterung. Dessen sollten wir uns auch ständig bewußt sein.

Natürlich ist die Frage der Vertiefung und der Erweiterung mit einer Vielzahl von Schwierigkeiten verbunden. So, wie ein Architekt, der ein Haus plant, Schwierigkeiten vielleicht mit den oberen Stockwerken haben wird, so wird auch die Europäische Union Schwierigkeiten haben, wenn es darum geht, die Währungspolitik durchzusetzen oder auch die Fragen der Sicherheitspolitik auf einen Nenner zu bringen.

Mit der Zielsetzung der vollen Teilnahme am Binnenmarkt gibt Österreich eine andere Antwort als das Nachbarland Schweiz. Keine andere Volkswirtschaft ist so wie die österreichische mit der Europäischen Union verbunden. Das gilt insbesondere auch für die Landwirtschaft. Es geht nicht nur um den Warenaustausch, sondern auch um den Fremdenverkehr.

Die andere, viel stärkere wirtschaftliche Position der Schweiz zeigt sich darin, daß die schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland einen Wert von nahezu 40 Prozent ihres Bruttonationalproduktes ausmachen, während die österreichischen Direktinvestitionen im Ausland im Wert bei unter 1 Prozent des österreichischen Bruttonationalproduktes zu liegen kommen

Schweizerische Unternehmungen beschäftigen im Ausland mehr als 500 000 Mitarbeiter. Österreichische Unternehmungen beschäftigen im Ausland etwa 40 000 Menschen. Dazu kommt, daß die schweizerische Bundesregierung die Bedeutung des Integrationsprozesses sehr früh erkannt und in vielen Fälle auch danach gehandelt hat.

Im Gegensatz dazu die österreichische Bundesregierung: Der Herr Bundeskanzler hat heute die Verdienste von Dr. Kreisky genannt. Ich glaube, daß uns dieses Freihandelsabkommen, das 1972 unterschrieben wurde, in vielen Bereichen Vorteile gebracht hat, daß aber mit dessen Unterzeichnung, die schon viel früher hätte zustande kommen können, der Weg der österreichischen Wirtschaft nach Europa nicht geebnet wurde.

Es war dann eher die große Koalition ab 1986, die sich dieses Themas angenommen hat. Und hier war es, historisch belegbar und nachweisbar, der damalige Vizekanzler und Außenminister Dr. Alois Mock, der in Weitsicht erkannt hat, welche Entwicklungen es in Europa gibt, und auf dessen Initiative auch der österreichische Beitrittsantrag zurückzuführen ist.

Herr Bundesminister! Wir dürfen Ihnen auch in dieser Stunde dafür, für diese Weitsicht, auf richtigen Dank sagen. *(Beifall bei der ÖVP und bei Bundesräten der SPÖ.)*

Die Europäische Union ist heute ein weltwirtschaftlicher Faktor mit ständig wachsender Bedeutung. Sie ist die führende Welthandelsmacht. Ihr Anteil am Welthandel liegt mit etwa 20 Prozent weit über dem amerikanischen und ist vielleicht doppelt so hoch wie jener Anteil, den Japan hat.

Es wird sehr oft in der Diskussion angeführt, daß die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union weitaus höher sei als auch in Österreich, aber wichtige Ursachen dafür sind auch die Aufnahmen wirtschaftlich schwacher Länder in die Gemeinschaft, die mittels Staatsintervention auch vielfach zu lange ihre Strukturen aufrechterhalten haben.

Die Europäische Union weist aber auch eine Organisationsdichte auf, die die höchste aller internationalen Organisationen ist. Ihre Organe sind der Rat, die Kommission, eine Unzahl von Beiräten und Ausschüssen, der Europäische Gerichtshof und das direkt gewählte Parlament. Dazu kommt der in der Einheitlichen Europäischen Akte vertraglich verankerte Europäische Rat.

Rechtlich gesehen ist die Europäische Union ein Gebilde eigener Art. So hat es der Europäische Gerichtshof in Luxemburg ausgedrückt: Die EU besitzt eine völkerrechtliche Basis und eine staatsrechtsähnliche Struktur, ohne daß sie einem dieser beiden Rechtsbereiche tatsächlich auch zugeordnet werden kann. Einerseits wurde das zwischen den souveränen Staaten geltende Einstimmigkeitsprinzip vielfach durchbrochen, das Gemeinschaftsrecht gilt unmittelbar, sogar mit Vorrang vor dem staatlichen Recht, andererseits sind nach wie vor die Mitgliedsstaaten die Herren der



**Ing. Johann Penz**

Verträge, denn nur ihnen und auch uns steht es zu, die Kompetenzen zwischen der Staatsverbindung und den Mitgliedern neu zu verteilen.

Trotz der weitreichenden Sachkompetenzen der Europäischen Union ist sie kein Bundesstaat. Sie hat keine eigene Zwangsgewalt, und auch ihre Finanzautonomie ist relativ gering, denn nur 3 Prozent der Einnahmen gehen an den Gesamthaushalt der Europäischen Union, der so gesehen relativ bescheiden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Europäische Union ist insgesamt ein erfolgreiches Unternehmen. Erfolg verbindet, kommt aber nicht von ungefähr, sondern aus einer Synergie, einer Verknüpfung von Bedürfnissen und Kräften zu ihrer Befriedigung.

Die Philosophie für den Aufbau Europas ist wesentlich dialektischer und weniger eingleisig, als wir oft behaupten. Denn neben dem Wettbewerb gibt es auch eine soziale Dimension des Binnenmarktes, einschließlich auch der Berücksichtigung regional benachteiligter Regionen und Gebiete. Jean Monnet hat einmal gesagt: Wir koalieren nicht die Staaten, sondern wir möchten Menschen zusammenführen!

Wenn Menschen zusammengeführt werden, wenn Menschen einen gemeinsamen großen Markt bilden, so wird es für manche Gruppen Vorteile geben, so wird es aber auch für manche Gruppen Nachteile geben. Vorteile werden automatisch alle Konsumenten ziehen, und Konsumenten sind wir alle, und wir können uns darüber freuen, daß wir eine steigende Kaufkraft haben, aber eine Gruppe, die auch nach den Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes eindeutig Nachteile daraus ziehen wird, ist der Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Professor Matthias Schneider vom Wirtschaftsforschungsinstitut hat berechnet, daß die Land- und Forstwirtschaft bei einem Beitritt zur Europäischen Union mit einem Einkommensausfall in allen Produktionsbereichen, mit Ausnahme der Holzwirtschaft, zu rechnen haben wird.

Daher brauchen wir, um diese Einkommensnachteile auszugleichen, die Solidarität der gesamten Gesellschaft. Und ich bin zuversichtlich, daß wir diese Solidarität auch erhalten, denn sie wurde heute nicht nur vom Herrn Bundeskanzler, vom Herrn Außenminister bekundet, sondern diese Solidarität wurde auch von den Sprechern der Oppositionsparteien bekundet.

Ich glaube, wir sollten aber auch korrekterweise bei all den Nachteilen, die wir erleiden, sagen — es ist schade, daß Herr Dr. Kapral jetzt nicht hier ist —, daß die österreichische Landwirtschaft auch vor einer Vielzahl von Herausforderungen steht, sollten wir nicht in die Europäische Union

kommen, denn allein der Abschluß des GATT-Vertrages bedeutet für die österreichische Landwirtschaft in vielen Bereichen eine wesentliche Änderung. Er würde nicht nur eine Rücknahme der Exportförderung um 31 Prozent, nicht nur eine Rücknahme der Exportmenge um rund 20 Prozent bedeuten, sondern auch, daß wir unsere interne Stützung um 20 Prozent zurücknehmen müßten, und das würde auch bedeuten, daß wir die agrarische Produktion mengenmäßig und möglicherweise auch preismäßig reduzieren müßten.

Aber ich glaube, daß das Verhandlungsergebnis, das unter außergewöhnlich schwierigen und hürdenreichen Bedingungen zustande gekommen ist und die österreichischen Bauern vor eine völlig neue Situation stellt, ein tragbares Ergebnis ist, wenn die innerstaatlichen Aufgaben in einer gemeinsamen Anstrengung noch gelöst werden können. Wir haben Nachteile aus der Preissenkung, und wir haben Nachteile aus der Marktöffnung. (*Bundesrat Dr. Tremmel: Herr Kollege! Das kann doch nicht sein! Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, er gibt . . .!*)

Herr Dr. Tremmel! Ich darf Ihnen sagen — ich habe gesehen, daß auch Kollege Schwab noch auf der Rednerliste steht; Herr Dr. Kapral hat sich ja schon beklagt über die Wortmeldung der Frau Kollegin Haselbach; er hat gemeint, es wäre niveaulos; ich hätte angenommen, daß er einer der wenigen ist, nicht nur von der Freiheitlichen Partei, sondern überhaupt in Österreich, der genau weiß, was ausverhandelt wurde —, ich darf Ihnen sagen, daß wir bis zuletzt an einer Übergangsregelung festgehalten haben, und zwar deswegen festgehalten haben, weil die Europäische Union im Avis gesagt hat: Es gibt Beitrittsausgleichsbeiträge. Diese hat auch Spanien und Portugal erhalten, und daher war auch die österreichische Position in dieser Richtung nicht starr, sondern basierend auf dem Avis, den wir erhalten haben. Und ich glaube, daß es richtig war, diese Position mit aller Deutlichkeit zu vertreten. Hätten wir das nicht getan, so hätten wir, davon bin ich auch überzeugt, diese finanziellen Förderungen, diese Gelder aus der Europäischen Union nicht erhalten und hätten wir zusätzlich auch nicht erreichen können, daß wir eine Schutzklausel für sensible Produkte erhalten werden. Im Falle einer Marktstörung können wir die Europäische Kommission anrufen, und diese ist verpflichtet, innerhalb von 24 Stunden eine Entscheidung zu treffen.

Ich gebe aber auch offen zu, daß ein Teil dieser Mechanismen, die zwar festgeschrieben sind, noch nicht endgültig ausdiskutiert wurden, denn es geht ja auch um die Frage: Wann liegt eine Marktstörung vor? Ich bin überzeugt davon: Bei einer Harmonie, die wir vorgefunden haben,

**Ing. Johann Penz**

kann diese „Marktstörung“ im Interesse Österreichs definiert werden.

Im Jahr 1995 werden wir etwa 5,8 Milliarden Schilling an Preisausgleichszahlungen erhalten, womit die Einnahmenrückgänge insbesondere für die Produkte Getreide, teilweise Milch, teilweise Obst und Gemüse — weil wir ja die Preise an jene der EU anzugleichen haben — national abgegolten werden sollen.

Das heißt mit anderen Worten: Wir haben mit 1. Jänner 1995 — wenn das Referendum positiv ausgeht, und davon bin ich überzeugt — die Agrarpreise der Europäischen Union zu übernehmen, und wir haben mit 1. Jänner 1995 auch einen völlig offenen Markt, dem es in entsprechender Weise auch zu begegnen gilt.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir im Bereich der Quoten, das sind jene Fundamente, auf die die agrarische Produktion aufbaut und die nachhaltig gesichert werden, sehr vieles erreichen konnten. Wir haben beispielsweise im Bereich der Milch eine Gesamtquote von 2,7 Millionen Tonnen. 2,2 Millionen Tonnen ist die Anlieferungsmenge, die zurzeit an die Molkereien kommt; das ist erhalten geblieben.

Ich weiß jetzt nicht mehr, wer von der Freiheitlichen Partei diesbezüglich Kritik geübt hat, ich glaube, es war Kollege Dr. Prasch, der gemeint hat, daß es falsch war, daß Österreich die Anlieferungsmenge zurückgenommen hat. Es konnte sichergestellt werden, daß die freiwillige Anlieferungsmenge in einer nationalen Reservemenge gesichert ist, und darüber hinaus konnten im Bereich der Direktvermarktung 367 000 Tonnen gesichert werden. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir eigentlich das erreicht, was wir erreichen wollten.

Ich glaube, Herr Kollege Schwab, man sollte die Milchquote nicht isoliert betrachten, sondern im Zusammenhang mit der Quote, die wir für die Mutterkühe erhalten haben. Denn von der Europäischen Union gibt es auch die Möglichkeit, Mutterkühe mit 2 000 S pro Stück zu fördern. Wir haben in Österreich derzeit 93 000 Stück, in der EU werden wir die Möglichkeit haben, diese Quote zu verdreifachen. Das heißt, wir haben also insgesamt 325 000 Stück für die Mutterkuhprämie in der Europäischen Union festgelegt.

Wir haben im Bereich der Mastrinder unsere Quoten erreichen können: 423 000 Stück. Wir haben im Bereich der Mutterschafe die Quote, die wir gefordert haben, erreicht. Wir haben im Tabakanbau sogar eine Quote erreicht, die über den bisherigen Anbau in Österreich hinausgeht. Wir haben, was den Anbau von Getreide anlangt, unsere bisherige Anbaufläche erhalten können. Im Bereich der Ölsaatenanbaufläche ist ja ent-

sprechend dem Blair-House-Abkommen ein Durchschnitt der letzten drei Jahre zu nehmen, das heißt, es wird auch das Jahr 1994 noch mitgerechnet.

Es ist heute von mehreren Rednern die Frage der Zuckerquote angesprochen worden. — Ja, es ist richtig, wir haben bei der Zuckerquote nicht das erreicht, was wir erreichen wollten. Aber korrekterweise muß man dazusagen, daß die Zuckerquote, die A-Quote, die bisher 285 000 Tonnen betragen hat, aufgestockt wurde auf 320 000 Tonnen. Aber jene Menge, die die österreichischen Bauern bisher angebaut haben, wurde von der Europäischen Union nicht akzeptiert. Das würde bedeuten, daß um etwa 10 000 Hektar weniger an Rüben angebaut werden könnten. Diesbezüglich haben wir heute mehrfach gehört — vom Herrn Bundeskanzler, noch deutlicher aber von Herrn Außenminister Dr. Mock —, daß man versuchen wird, das national zu korrigieren, und dafür bedanke ich mich auch sehr herzlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt aber die Frage der Zuckerquote auch aufzuhängen auf der Existenzsicherung einiger Zuckerfabriken, halte ich für falsch. In Österreich gibt es in dieser Frage schon seit längerer Zeit einen deutlichen Strukturwandel. Wir haben in den letzten Jahren — trotz einer Ausweitung der Anbaufläche — aufgrund einer gestiegenen Rentabilität schon mehrere Zuckerfabriken geschlossen, und das sollten wir in diesem Zusammenhang auch berücksichtigen.

Ich glaube, daß die österreichischen Verhandler auf jeden Fall hinsichtlich der Finanzierung und der Abgrenzung der landwirtschaftlich benachteiligten Gebiete einen großen Erfolg erzielt haben. Bundesminister Dr. Fischler hat es geschafft, festzulegen, daß die Bergbauerngebiete, so wie sie bisher waren, erhalten bleiben. Wir können uns jetzt aussuchen, nach welchen Kriterien — entweder nach den französischen, deutschen oder italienischen Vorschriften — wir unsere Gebiete abgrenzen. Sollten einzelne Betriebe herausfallen — wir haben eine individuelle Einstufung gehabt, die EU jedoch kennt nur eine regionale Einstufung —, so haben wir die nationale Zusicherung, daß auch diese Betriebe in Hinkunft die Bergbauernförderung erhalten werden.

Herr Außenminister Dr. Mock hat gesagt, daß wir für die österreichischen Bergbauern 2,2 Milliarden Schilling bekommen. Das ist dann um etwa 1 Milliarde Schilling mehr, als wir bisher gefördert haben. Das ist auch ein Vorteil, den wir sehen sollten und der nicht nur kurzfristig, sondern längerfristig wirken wird.

Ich meine, es ist auch im Rahmen der umweltbezogenen Maßnahmen, der sogenannten Ökologieprogramme gelungen, viel zu erreichen. Wir

**Ing. Johann Penz**

haben in Österreich mit der ökosozialen Agrarpolitik dafür ein Fundament geschaffen. Ich möchte mit einem gewissen Maß an Stolz sagen, daß uns die Europäische Union hier in vielen Bereichen erst gefolgt ist, daß die gemeinsame Agrarpolitik auf der ökosozialen Agrarpolitik aufbaut und in der Europäischen Union mehr Geldmittel zur Verfügung stehen werden. Für diese Ökologierungsmaßnahmen, wo wir auch einen Teil der Preisausgleiche finanzieren werden können, wird uns die Europäische Union 2,4 Milliarden Schilling zur Verfügung stellen; dasselbe Ausmaß wird auch Österreich zur Verfügung stellen. Das bedeutet, wir haben insgesamt 4,8 Milliarden Schilling zur Verfügung.

Damit möchte ich jenen Kollegen von der Freiheitlichen Partei, die hier immer wieder von Hausaufgaben sprechen, sagen, daß die Verhandlungen zur Europäischen Union in Österreich mit großer Akribie vorbereitet wurden, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, diese Geldmittel von der Europäischen Union zu bekommen. Darüber hinaus ist es für uns eine Selbstverständlichkeit gewesen, die sogenannten Sektorpläne, für die es auch Geldmittel aus der Europäischen Union geben wird, zu entwickeln.

Es ist also eine Vielzahl von Unterlagen, eine Vielzahl von Programmen vorhanden, und ich verstehe daher wirklich nicht die Position der Freiheitlichen Partei, die nach wie vor versucht, dieses Verhandlungsergebnis im Detail madig zu machen.

Damit darf ich auf den Entschließungsantrag, den Kollege Dr. Dillersberger eingebracht hat, zu sprechen kommen. Es ist ja eine Wiederholung, wenn ich sage, daß es in Kürze in Tirol Landtagswahlen gibt. Anders wäre, glaube ich, dieser Entschließungsantrag auch nicht erklärbar, denn viele Dinge, die gefordert werden, sind schlicht und einfach falsch, gehen leider auch in Richtung eines falsch verstandenen Populismus. Denn das, was Dr. Dillersberger mit diesem Entschließungsantrag erreichen möchte, wurde ja erreicht: Die Substanz des Transitvertrages ist erhalten geblieben. Das muß man mehrmals unterstreichen. Es hat nicht nur der Herr Bundesminister, sondern auch Herr Bundesrat Dr. Mautner Markhof klar gesagt, daß wir in diesem Vertrag von der „Emission“ zur „Pollution“ gekommen sind. Das heißt, daß wir diesbezüglich besser dastehen als vorher.

Wenn Sie Ihr Verhalten nur von dem einen Jahr abhängig machen wollen, das heißt, wenn Sie das zum Vorwand nehmen, diesen Transitvertrag madig zu machen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der freiheitlichen Fraktion, dann ist Ihnen an einem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wirklich überhaupt nicht gelegen. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Tremmel.*)

Herr Bundesminister Dr. Mock hat deutlich gesagt, daß dieser Transitvertrag bis zum Jahr 2003 gilt und daß die Schadstoffreduktion auf Dauer gelten wird. Das heißt, wir haben die Garantie, daß die Herabsetzung um 60 Prozent nicht nur bis zum Jahr 2004, sondern darüber hinaus Gültigkeit hat. Und das ist eine wesentliche Erweiterung, eine wesentliche Verbesserung.

Ich verstehe Punkt 1 dieses Entschließungsantrages als ein Nachziehen des Herrn Bundesrates Dr. Dillersberger gegenüber Landeshauptmann Dr. Weingartner; es geht dabei um die Eisenbahn-Alpentransversale. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Tremmel.*) Bitte, Herr Dr. Weingartner hat die Forderung aufgestellt, und die Bundesregierung hat in dieser Woche bereits in einer Erklärung die Absicht bekundet, daß dem entsprochen wird. Ich verstehe daher nicht, warum wir einen Entschließungsantrag in diese Richtung fassen sollten. (*Beifall bei der ÖVP und bei Bundesräten der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bundesrat Dr. Kapral sagte in seiner Wortmeldung, die Verhandlungen seien eigentlich längst abgeschlossen. — Herr Dr. Dillersberger kommt mit einem Antrag und sagt, wir sollen nachverhandeln. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei! Nachverhandeln würde bedeuten, daß all das, was wir bisher erreichen konnten, was besser ist als vorher, in Frage gestellt würde. Wollen Sie das? (*Bundesrat Dr. Tremmel: Herr Dr. Dillersberger sagt nur das, was die Bundesregierung sagt, Herr Ing. Penz!*) Wollen Sie, daß man nachverhandelt? Abgesehen davon ist es ja absurd, Herr Dr. Tremmel, bei einem Vertrag, der besser ist, der viel mehr bringt, als da und dort gefordert wurde, zu sagen, wir wollen nachverhandeln.

Daher darf ich auch namens meiner Fraktion feststellen, daß wir diesem Entschließungsantrag nicht die Zustimmung geben werden.

Ich möchte abschließend doch folgendes sagen: Ich halte die Anregung, die Herr Dr. Dillersberger gegeben hat und die auch Herr Dr. Kapral in seinem Schlußsatz hat anklingen lassen — Dr. Kapral hat gemeint, die Regierungspartei kommt jetzt ganz bescheiden zur Oppositionspartei und möchte sie jetzt miteinbinden; Dr. Kapral hat offensichtlich nicht gehört, was Dr. Dillersberger hier von diesem Rednerpult aus gesagt hat, daß er sich anbietet, daß man auch die Freiheitliche Partei, die Oppositionspartei, in die Gespräche miteinbindet —, ich halte also diese Anregung von Herrn Dr. Dillersberger für sehr wertvoll, ich halte sie für nützlich, denn dabei geht es nicht um Parteiinteressen, sondern um das Interesse des österreichischen Volkes, und daher sollten wir das Gemeinsame über das Trennende, das Sachliche über das Populistische stellen.

**Ing. Johann Penz**

In diesem Sinne danke ich auch sehr herzlich — nicht nur den Verhandlern, sondern auch für die heutigen Erklärungen — und würde glauben, daß wir in einer gemeinsamen Anstrengung das österreichische Volk, die österreichische Wirtschaft, die österreichischen Bauern selbstbewußt in die Europäische Union führen sollten. *(Beifall bei der ÖVP und bei Bundesräten der SPÖ.)* 14.14

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Nächste Wortmeldung: Frau Bundesrätin Schicker. — Bitte.

14.15

Bundesrätin Johanna **Schicker** (SPÖ, Steiermark): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Außenminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde meine Ausführungen etwas kürzer halten als Herr Kollege Penz, aber ich sehe ein, Herr Kollege Penz, Sie als Experte der Landwirtschaft haben ja heute wirklich einiges mehr zu sagen gehabt, als ich es habe. Ich werde mich in meinem Debattenbeitrag speziell auf die Bereiche Europa der Regionen und soziale Sicherheit in der EU in bezug auf Frauen beschränken. Ich habe diese Bereiche auch deswegen gewählt, weil ich als Mandatarin sehr oft auf diese Themen angesprochen werde.

Der oft zitierte Brüsseler Zentralismus, der ja nicht nur bei uns in Österreich kritisiert wurde, sondern auch in den EU-Staaten oft auf Widerstand stößt, hat die EG bewogen, in dieser Frage umzudenken und im Vertrag zur Europäischen Union diesem europäischen Trend Rechnung zu tragen, nämlich einer stärkeren Regionalisierung zu entsprechen. Sowohl der Herr Bundeskanzler als auch der Herr Außenminister haben uns ja heute schon berichtet, daß gestern die konstituierende Sitzung des Ausschusses der Regionen stattgefunden hat.

Obwohl dieser Ausschuß, dem ja maßgebliche Regionalpolitiker als Vertreter ihrer Länder angehören, nur ein sogenanntes Anhörungsrecht hat, bedeutet dies doch einen ersten Schritt, mitbestimmen zu können; mitbestimmen vor allem in Fragen der Bildung und der Jugend, in Fragen der Kultur, des Gesundheitswesens und auch des sozialen Zusammenhaltes.

Besondere Bedeutung kommt selbstverständlich auch den Regionalfonds zu, die sich auf Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur insbesondere rückständiger Gebiete, in Industriegebieten mit rückläufiger Entwicklung und auf Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Raumes und von Grenzregionen konzentrieren. Obwohl noch nicht endgültig ausverhandelt ist, mit welchen Regionalförderungen wir letztendlich rechnen können, sind wir doch guter Dinge, daß die von uns gestellten Forderungen für spezielle Förderungen von Regionen bezie-

hungsweise Zielgebieten von der EU akzeptiert und auch erfüllt werden.

Kontraproduktiv — und für uns Obersteirer, muß ich sagen, total unverständlich — sind in diesem Zusammenhang Aussagen von Experten, die mit der Erstellung von Studien über regionale Entwicklungskonzepte beschäftigt sind, die unter anderem die Erhaltung der Flüssigphase in Donawitz für nicht erforderlich halten, das konnte man vor zwei Tagen in der Zeitung lesen. Es steht aber außer Zweifel, daß Donawitz ohne Flüssigphase auf Dauer nicht zu halten sein wird und dadurch auch andere Betriebe in der Mur-Mürz-Furche gefährdet sind.

Natürlich erhoffen wir in der Obersteiermark als ausgewiesenes Ziel-2-Gebiet uns auch verstärkt Mittel aus dem Strukturfonds, da unsere Region stärker von einer rückläufigen Entwicklung betroffen ist als andere. Unsere Betriebe der verstaatlichten Industrie haben sich in den vergangenen Jahren wirklich sehr bemüht, dieser rückläufigen Entwicklung durch Umstrukturierungen, Rationalisierungen und so weiter entgegenzuwirken, aber allein der Preisverfall von Stahl auf dem Weltmarkt hat bewirkt, daß das erwartete Ergebnis nicht zur Gänze erreicht werden konnte.

Was will ich damit zum Ausdruck bringen? — Die so oft im Raum stehende EU-Forderung von Produktionsrücknahmen seitens der Stahlindustrie wurde bereits in den letzten Jahren erfüllt. Wir haben, so meine ich, unseren Obolus dazu geleistet. Weitere Rücknahmen sind derzeit nicht möglich.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch einige Sätze zur sozialen Sicherheit sagen, insbesondere zu dem in den letzten Tagen wieder heftig diskutierten Nachtarbeitsverbot für Frauen.

Wie bekannt ist, schreibt die EU-Richtlinie von 1977 über die Gleichbehandlung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt vor, daß für Männer und Frauen dieselben Bedingungen gelten müssen — also keine geschlechtsbedingte Diskriminierung. Der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil von 1991 entschieden, daß ein Nachtarbeitsverbot diskriminierend ist, da es sich nicht auch auf Männer bezieht.

Fünf EU-Staaten haben noch ein bestehendes Nachtarbeitsverbot für Frauen und diesem Urteil daher noch nicht Rechnung getragen. Auch wir in Österreich bestehen nach wie vor auf diesem Nachtarbeitsverbot für Frauen, weil wir eben der Meinung sind, daß Nachtarbeit für Frauen nicht nur familienfeindlich ist — dasselbe gilt natürlich auch für Männer —, sondern auch gesundheitliche Schäden mit sich bringt. Auch der Meinung

**Johanna Schicker**

des EU-Sozialkommissars Flynn, das Nachtarbeitsverbot stehe der Beschäftigung von Frauen im Weg, können wir uns nicht anschließen.

Die Nachtarbeit ist zwar eine Arbeitsform, die für bestimmte Berufsgruppen unabdingbar ist, sie kann aber von uns nicht als Regelarbeitszeit akzeptiert werden. Wir werden uns sehr bemühen müssen, innerhalb jener Frist, die uns für die Anpassung an die EU-Richtlinie eingeräumt wird, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, die auch für Frauen annehmbar sind. — Danke. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.) 14.21*

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Nächster Redner: Herr Bundesrat Schwab. — Bitte.

14.21

Bundesrat **Karl Schwab** (FPÖ, Niederösterreich): Geschätzter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Geschätzte Damen und Herren! Vorerst möchte ich Herrn Präsidenten Strutzenberger auf seine Aussagen: „Ein echter Bauer hat eine andere Meinung zur EU“ und „Ein echter Bauer wird ja sagen zur EU“ antworten. Herr Präsident! Wir österreichische Bauern haben vor einem EU-Beitritt sicherlich keine allzu große Angst, haben aber natürlich ein gewisses Unbehagen im Zusammenhang damit.

Vor allem ängstigt die österreichischen Landwirte die Tatsache, daß sie in den letzten Jahren kein entsprechendes Einkommen hatten, um sich, wie man so sagt, „EU-fit“ zu machen. Unsere Landwirte hegen des weiteren Befürchtungen im Hinblick auf die Düngemittelsteuer und den Saatgutzwang, und es bewegt sie die Frage, ob sie dieselben Betriebsmittelpreise wie in der EU haben werden. Ansonsten möchte ich behaupten, daß unsere Landwirte tüchtige Landwirte sind, die bei gleichen Bedingungen die Herausforderung annehmen werden. *(Rufe bei der ÖVP: Jawohl! — Bundesrat K o n e č n y: Dann sagen Sie ja!)*

Ich möchte aber schon sagen: Wir hören, daß die Dieselpreise um 40 Groschen angehoben werden müssen. Dabei ist davon die Rede gewesen, den Konsumenten entgegenkommen zu wollen, die ja dann an sich nichts zu tun haben, und die Straßenverkehrsabgabe, die bisher von den Frächtern zu bezahlen war, auf Diesel umzulegen. Es war allerdings keine Rede davon, auch die Bauern davon auszunehmen.

Weiters möchte ich kurz zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten Haselbach Stellung nehmen. Seien Sie mir nicht böse, aber . . . *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ich hörte in diesem Haus schon sehr oft die Bezeichnung „Führer“, „Führerpartei“. Heute haben Sie uns „Fähnleinführer“ genannt. Ich glaube, daß keiner unserer Kollegen ein Fähnleinführer ist und mit dieser Zeit etwas zu tun gehabt hat. Ich möchte das daher auf das

schärfste zurückweisen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich möchte auch sagen: Daß die Herren von der Volkspartei immer wieder Dr. Haider als „Führer“ und die Freiheitliche Partei als „Führerpartei“ hinstellen, ist auch nicht fair.

Zum EU-Beitritt zurückkommend, möchte ich meiner Freude Ausdruck verleihen, daß ich heute hier zu den Ausführungen des Bundeskanzlers und des Außenministers Mock Stellung nehmen darf. Wir müssen bedenken, daß für die österreichische Landwirtschaft nicht nur der EU-Beitritt, sondern auch GATT und natürlich auch der EWR-Vertrag zum Tragen kommen. Natürlich werden die Bauern bei gleichen Wettbewerbsbedingungen die Herausforderung annehmen müssen. Aber wenn ich mir die Verhandlungsergebnisse anschau, habe ich schon Bedenken, wie das die österreichische Landwirtschaft verkraften soll.

Ich habe in letzter Zeit mit sehr vielen Bauern gesprochen — der EU-Beitritt ist ja schon länger im Gespräch —, und sie haben immer wieder Befürchtungen geäußert, daß bei einem EU-Beitritt die Bauern ein gewisses Opfer werden bringen müssen. Wie ich heute gehört habe, sind Bestrebungen im Gange, das auszugleichen. Man wird das, wie auch Herr Bundesrat Dillersberger gesagt hat, erst dann beurteilen können, wenn das gesamte Vertragswerk auf dem Tisch liegt und man weiß, was innerösterreichisch dazu beigetragen wird. Natürlich fehlt einem schon manches Mal des Glaube, ob alles, was versprochen wird, auch tatsächlich eingehalten wird.

Ich möchte daran erinnern, daß vor den Vertragsverhandlungen von manchen Politikern ganz andere Aussagen gemacht worden sind als danach. Vor allem möchte ich auf den Transitvertrag verweisen. Von Politikern wie Vranitzky, Klima, Busek wurde immer wieder beteuert, daß vom Transitvertrag keinen Millimeter abgewichen wird und dessen Laufzeit voll eingehalten werden muß. Jetzt müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß doch Abstriche gemacht worden sind. In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf verweisen, daß Landwirtschaftsminister Dr. Fischler immer wieder darauf verwiesen hat, daß es die Binnenmarktordnung auf keinen Fall geben wird und daß die Agrarpreise nicht sofort auf EU-Niveau herangeführt werden sollen.

Weiters möchte ich noch zu bedenken geben, daß es, obwohl die Politiker immer wieder beteuerten, im Falle eines EWR- und EU-Beitritts werde alles billiger — ich darf darauf verweisen, daß erst vor kurzem Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel gesagt hat, daß bei einem EWR-Beitritt Konsumgüter billiger werden —, hat es im Jänner 1994, wie das Statistische Zentralamt errechnet hat, eine Preissteigerung von 3,1 Prozent gegeben.

**Karl Schwab**

Weiters möchte ich noch darauf verweisen, daß, seit wir dem EWR angehören, aufgrund eines großen Verhandlungsfehlers die Textilindustrie und auch die Zulieferindustrie, vor allem was den Autozubehör betrifft, in Schwierigkeiten gekommen sind und dadurch ungefähr 30 000 Arbeitsplätze in Gefahr sind. Ich hoffe, daß man dies mit einem EU-Beitritt ausgleichen kann.

Weiters möchte ich zu bedenken geben, daß, da bei einem EG-Beitritt die Erzeugerpreise ab 1995 an das EU-Niveau angepaßt werden, Preiseinbußen im Durchschnitt von 40 Prozent beziehungsweise von 80 000 S zu erwarten sind. (*Bundesrat Ing. Penz: Falls es keine Ausgleichsleistungen gibt! Diese gibt es aber!*)

Vier Jahre lang wird es Ausgleichszahlungen geben, die von Jahr zu Jahr niedriger werden und im fünften Jahr auslaufen werden. Es sollen die Ausgleichszahlungen 3 bis 4 Milliarden Schilling im Jahr ausmachen. Insgesamt sind das 13,6 Milliarden Schilling. Die jährlichen Einkommensverluste für die Landwirtschaft werden — Herr Bundesrat Ing. Penz hat keine Zahlen genannt — mit ungefähr 10 Milliarden Schilling beziffert.

Ich möchte weiters zu bedenken geben, daß die GATT-Verträge für die Landwirte, wie auch unlängst Landwirtschaftsminister Dr. Fischler hier von dieser Stelle aus mitgeteilt hat, ungefähr 6 Milliarden Schilling an Einkommensverlusten zur Folge haben werden. Ich bin der Meinung, daß es nicht genügt, wenn dies nur ausgeglichen wird.

Wir haben heute vom Kollegen Kaufmann gehört, daß man bei einem EU-Beitritt in den nächsten 10 Jahren mit ungefähr 12 000 S Einkommenszuwachs bei den Arbeitnehmern rechnen kann. Ich meine, daß im Sinne der Gleichberechtigung die österreichische Landwirtschaft von einer Einkommenssteigerung nicht ausgeschlossen werden darf.

Ich möchte weiters zu bedenken geben, wir müssen, wenn wir in die EU kommen, auch Strukturreformen durchführen, und Strukturreformen kann man nur dann durchführen, wenn man Geld hat, und das Geld muß unter dem Strich übrigbleiben.

Wir wissen, daß die österreichische Landwirtschaft in den vergangenen Jahren bereits in die Verschuldung geraten ist. Wir haben eine Verschuldung von ungefähr 22 000 S pro Hektar zu beklagen. Schließlich hat unsere Landwirtschaft teilweise schon von der Substanz gelebt.

Weiters möchte ich noch sagen: Sicherlich, bei Milch, Rindern, Schafen und Tabak wurden höhere Quoten erzielt, aber noch immer nicht jene,

die Landwirtschaftsminister Fischler und die Präsidentenkonferenz zuvor genannt haben. Man hat in Brüssel auch bei diesen Quoten Abstriche machen müssen.

Weiters ist festzustellen, daß bei der Zuckerrübe — das ist heute schon einige Male angeklungen — die Quote um 100 000 Tonnen oder 10 000 Hektar gekürzt worden ist. Man muß sich jetzt Gedanken darüber machen, wie die 10 000 Hektar, die bei der Rübenproduktion frei werden, genützt werden sollen. Die Getreideproduktion kommt dafür nicht in Frage. Diese ist eine der wenigen Produktionen, bei der wir aufgrund der GATT-Verträge und durch den Umstand, daß sehr viel Sojaschrot in unser Land kommt, eine Überproduktion haben. Man muß sich also Gedanken darüber machen, was mit den 10 000 Hektar passieren soll, wie diese sinnvoll einer Produktion zugeführt werden können.

Weiters ist für mich noch fraglich, wie es im österreichischen Weinbau weitergehen soll, genauso im Obst- und Gemüsebau; bezüglich Kartoffelbau gibt es ja auch keine klaren Aussagen. Mich hat vor ein paar Tagen empört, daß die kartoffelverarbeitende Firma Kelly gedroht hat, dann, wenn nicht sofort die Kartoffelpreise auf EU-Niveau gesenkt werden, Kartoffeln aus dem Ausland zu importieren. Ich bin der Meinung, daß die Kartoffelpreise ohnehin schon sehr niedrig sind, und ich kann mir nicht vorstellen, daß in der EU die Bauern in der Lage sind, zu noch niedrigeren Preisen zu produzieren.

Weiters möchte ich noch feststellen, daß es in den Richtlinien heißt, daß die Nebenerwerbsbauern für die nächsten fünf Jahre von der Buchführungspflicht ausgenommen sind. Ich frage: Bedeutet das, daß alle anderen Landwirte ab EU-Beitritt buchführungspflichtig sind? (*Bundesrat Ing. Penz: Das gilt nur bei Investitionen, bei der Inanspruchnahme von Krediten! — Er soll den „Bauernbündler“ lesen, dort steht das alles drin! — Gegenruf bei der SPÖ.*)

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Herr Bundesrat Schwab, Sie sind am Wort. — Bitte.

Bundesrat Karl **Schwab** (*fortsetzend*): Die Broschüre, die uns vor kurzem vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zugegangen ist, heißt: „Lebensfähigen Bauernstand sichern“.

Natürlich soll man einen lebensfähigen Bauernstand sichern. Nur: Ich habe schon in vielen Regierungserklärungen die Zusicherung gehört, daß in Österreich ein lebensfähiger Bauernstand und eine flächendeckende Landwirtschaft erhalten werden wird. Wollen wir eine flächendeckende Landwirtschaft in Österreich erhalten, muß die Bereitschaft von der Regierung, aber auch von

**Karl Schwab**

der Gesellschaft gegeben sein, unseren Landwirten das entsprechende Einkommen zu sichern.

Weiters steht in dieser Broschüre zu lesen, daß sich unsere Landwirtschaft mehr unternehmerisch betätigen muß und nur so eine Chance in der Europäischen Union haben wird.

Meine Damen und Herren! Dazu möchte ich sagen: Wer heutzutage in Österreich — aber auch in Europa — noch Bauer ist, der hat sicherlich bewiesen, daß er unternehmerische Qualität hat. Ich möchte darauf verweisen, daß man bei den gedrückten Preisen, die in der österreichischen, aber auch in der europäischen Landwirtschaft herrschen, wirklich gut kalkulieren muß.

Ich möchte weiters darauf verweisen, daß die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in den letzten 30 beziehungsweise 40 Jahren im Durchschnitt lediglich um 100 Prozent gestiegen sind, während die Löhne und Gehälter um 1 500 Prozent gestiegen sind. (*Bundesrat Ing. P e n z: Um 1 500 Prozent?*) Um 1 500 Prozent sind die Löhne und Gehälter gestiegen. — Ich glaube, es beweist, daß unsere Bauern die Herausforderungen angenommen haben, daß sie Unternehmerqualitäten haben.

Weiters möchte ich darauf verweisen, daß es immer wieder Phasen gegeben hat, in denen es unserer Landwirtschaft schlecht gegangen ist. Aber heute, in der Industriegesellschaft, hat die Landwirtschaft nicht mehr jenen Stellenwert, wie das in früheren Jahren der Fall war. In früheren Epochen ging es sowohl der Landwirtschaft als auch der übrigen Bevölkerung schlecht. In den dreißiger Jahren zum Beispiel hat die Landwirtschaft eine sehr große Krise durchgemacht, aber auch der übrigen Bevölkerung hat es an Lebensmitteln und an den Artikeln des täglichen Lebens gefehlt.

Zum Schluß kommend möchte ich sagen: Ich habe schon das letzte Mal über die Seuchenbekämpfung in Niedersachsen berichtet. Mir ist wieder eine Zeitung in die Hand gefallen, in der steht, daß die Massenschlachtung weitergeht. Ich habe unlängst auch einen Film im deutschen Fernsehen gesehen, in dem über diese Seuchenbekämpfung in der EU berichtet wurde. Von einem Tierarzt, aber natürlich auch von den Bauern, die zu Wort kamen, wurde das sehr angegrangert. Es ist dabei zum Ausdruck gekommen, daß beim letzten Mal in Deutschland 116 Betriebe von der Schweinepest betroffen waren und man das mittels Impfung unter Kontrolle gebracht hat. Dieses Mal ist von Brüssel die Anweisung gekommen, nicht zu impfen, sondern die Schweine zu töten und in den Kadaverfabriken zu verarbeiten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, auf diese Weise Lebensmittel zu vernichten, ist eine Sünde. Und man sollte sich nicht versündigen! (*Beifall bei der FPÖ und bei Bundesräten der ÖVP.*)

In diesem Sinne möchte ich an alle Parteien appellieren, Verständnis zu haben für die österreichische Landwirtschaft! (*Beifall bei der FPÖ.*)  
14.40

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Nächste Wortmeldung: Herr Bundesrat Jaud. — Er ist nicht im Saal.

Nächste Wortmeldung: Frau Bundesrätin Crepaz. — Bitte.

14.40

Bundesrätin Irene **Crepaz** (SPÖ, Tirol): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Damen und Herren! Schon aufgrund des Datums der heutigen Bundesratssitzung war mir von vornherein klar, daß die Versuchung der Bundesräte der FPÖ groß sein wird, hier mit Polemik zu agieren, denn Landtagswahlen am kommenden Sonntag stehen bevor. — Und meine Erwartungen beziehungsweise Befürchtungen wurden vollinhaltlich bestätigt.

Da wurde von der FPÖ ein Entschließungsantrag eingebracht, in dem im allgemeinen Teil die Bundesregierung aufgefordert wird, auch im Falle eines EU-Beitrittes Österreichs zumindest die vollen Auswirkungen des Transitvertrages zu erlangen. Dazu muß ich jedoch in Erinnerung rufen, daß die FPÖ im Nationalrat und im Tiroler Landtag immer gegen den Transitvertrag gestimmt hat, und daher ist es eher nicht ganz ersichtlich, ja eher unverständlich, wenn sich diese Oppositionspartei jetzt aufspielt, als wären sie der Hüter des heiligen Grals und/oder der Tiroler, was den Transitvertrag anlangt. (*Bundesrätin Dr. R i e s s: Das ist ja schon das absolute Minimum!* — *Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Unter Ziffer 1 des FPÖ-Entschließungsantrages hier wird die „Errichtung einer neuen Eisenbahn-Alpentransversale ohne störende oberirdische Gleisanlagen gefordert“. — Diese Forderung klingt grundsätzlich positiv und auch sonst — lassen Sie mich das sagen — sehr nett.

Die FPÖ übersieht lediglich die Dimension dieses Projektes, und ich betone: dieses für die Tirolerinnen und Tiroler bedeutsamsten Projektes in der Zukunft.

Ich möchte daher jetzt einige Eckdaten nennen: Die Strecke München—Verona beträgt 409 Kilometer; davon sollen 33 Prozent unterirdisch geführt werden. Der Tunnelanteil bei der Strecke Innsbruck—Franzensfeste beträgt 99 Prozent, jener der Strecke Franzensfeste—Verona 67 Pro-

## Irene Crepaz

zent. Dieses Projekt ist eine der anspruchsvollsten Herausforderungen an die Bautechnik, die gegenwärtig überhaupt gestellt werden können. Am Ende soll die Fahrzeit auf dieser Strecke halbiert und eine zusätzliche Kapazität von 200 Zügen pro Tag erreicht werden.

Nun einige Sätze zu den geschätzten Kosten. Die Kosten bezüglich des Ausbaues der Strecke München—Innsbruck wird gegenwärtig mit 39 Milliarden Schilling veranschlagt; für die Streckenführung in Österreich sind 26 Milliarden Schilling — bis Innsbruck — notwendig. Der Bau des Brenner-Basis-Tunnels wird 62 Milliarden Schilling kosten; der südliche Zulauf wird mit 75 Milliarden Schilling veranschlagt. Die geschätzten Gesamtkosten betragen daher rund 180 Milliarden Schilling. — Das also zu jenem Projekt, dessen Realisierung von der FPÖ heute — so ganz nebenbei — verlangt wurde.

Anhand dieser Vorgangsweise zeigt sich für mich deutlich, daß es die FPÖ nicht gewohnt ist, Regierungsverantwortung zu tragen, und infolge der Leichtfertigkeit, mit der sie mit 180 Milliarden Schilling herumjonglieren würde, zeigt sich, daß es besser ist, daß die FPÖ auch in Zukunft keine Regierungsverantwortung tragen wird. *(Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Mag. Lange r: Das entscheidet aber schon der Wähler!)*

Meine Damen und Herren! So wird auch in der gesamten Diskussion seitens der FPÖ darauf vergessen, daß dieses Projekt der vom Nationalrat und Bundesrat beschlossenen Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt.

Es gilt daher, dieses Projekt auch ökologisch sorgfältig zu planen, damit die Hürde der Umweltverträglichkeitsprüfung rasch und erfolgreich genommen werden kann. Ich möchte noch ergänzen, daß dann im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung Länder und Gemeinden ihre Interessen einbringen können und ihre Vorbehalte formulieren werden.

Lassen Sie mich nochmals auf die Kosten zurückkommen. Diese Kosten von 180 Milliarden Schilling werden von Österreich alleine nicht finanzierbar sein. Die EU hat eine Mitfinanzierung zugesagt, und wie Sie wissen, hat Minister Klima eine Mitfinanzierung ausgehandelt. Gerade deshalb stellt die Forderung nach Realisierung des Projektes und die Ablehnung eines EU-Beitrittes eine unlogische Vorgangsweise dar, die jedoch für die Politik der FPÖ geradezu „idealtypisch“ ist.

Ebenso wird gefordert, daß das neue Eisenbahnsystem spätestens zum Zeitpunkt des Auslaufens des Transitvertrages zur Verfügung steht; auch das ist halt wieder einmal typisch für die FPÖ. Sie übersieht dabei, daß dieses Projekt in

Schritten realisiert wird, wobei der Nordbereich schon vor dem Jahre 2000 fertiggestellt sein soll. Das heißt also, daß die positiven Wirkungen etappenweise reifen werden. — Ich als Tirolerin möchte noch persönlich dazu ergänzen, daß ich voll hinter diesem Projekt stehe, daß ich in meiner politischen Arbeit alles mir zur Verfügung stehende unternehmen werde, um eine rasche Realisierung im Interesse aller Tirolerinnen und Tiroler zu unterstützen. Ich rufe daher alle Kolleginnen und Kollegen auf, diesbezüglich am selben Strang zu ziehen, gleichzeitig ersuche ich auch die Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, einen positiven Beitrag für Tirol zu leisten, nämlich billige Polemik hintanzustellen und alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Finanzierung und die anschließende Realisierung dieses Projektes zu unterstützen. — Ich weiß übrigens, daß die Tirolerinnen und Tiroler politisch so sensibel sind, daß sie Worte sehr wohl von Taten unterscheiden können.

Meine Damen und Herren! Ich darf schließlich noch auf den Punkt 2 des FPÖ-Entschließungsantrages eingehen. Es geht hierbei um die Verteilung der Mauteinnahmen und um die Forderung der FPÖ, daß Mehreinnahmen in Tirol nur für ökologische Ziele in Tirol verwendet werden dürfen. Dies wurde auch vom Tiroler Landtag so beschlossen, wobei allerdings zum Beschlußzeitpunkt die Realisierung des Projektes Alpen-Transversale noch nicht im Raum stand.

Um eine Machbarkeit der Finanzierung zu erreichen, wird es notwendig sein, daß der Bund zirka 50 Prozent der Kosten, also 90 Milliarden Schilling zuschießen wird müssen. Dies ist eine Leistung aus der Solidarität aller Bundesländer, aus der Solidarität des Bundes mit dem Land Tirol, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Es ist, verglichen mit diesen Zahlen, relativ kleinlich, wenn Einnahmen aus Mautgebühren in Tirol nicht auch für ökologische Gestaltung anderer Strecken verwendet werden dürfen. Auch da gilt es, Solidarität zu leisten.

Ohne pathetisch klingen zu wollen, möchte ich überhaupt das Prinzip der Solidarität als Grundlage zur Lösung der großen Herausforderungen an die Politik definieren. Ohne Solidarität aller — auch mit den Bauern, mit unseren Bergbauern — kann deren Bestand nicht gesichert werden, und ohne Solidarität des oft auch in Tirol verteufelten Ostens wird auch dieses Projekt nicht realisiert werden können.

Stellen wir daher kleinliche Überlegungen hinten an, und stellen wir uns den großen Aufgaben der Zukunft!



**Irene Crepaz**

Kollege Dillersberger! Ich empfinde die Einbringung dieses Entschließungsantrages als Show, als Aktionismus anlässlich der bevorstehenden Landtagswahlen. (*Bundesrätin Dr. R i e s s: Darf die Opposition nicht einmal Anträge stellen?*)

Es fällt mir daher auch leicht, zu diesem Entschließungsantrag nein zu sagen. — Ich möchte, daß wir in Zukunft an die Lösung großer Herausforderungen herangehen, und zwar im Interesse aller Österreicherinnen und Österreicher. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) 14.48

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Nächste Rednerin: Frau Bundesrätin Giesinger. — Bitte.

14.48

Bundesrätin **Ilse Giesinger** (ÖVP, Vorarlberg): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister Mock! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Hoher Bundesrat! Ich möchte nicht mehr schon vorher Gesagtes wiederholen. Ergänzend sind für mich drei Punkte jedoch sehr wichtig. Erstens, daß wir Mandatare die Ängste und Vorbehalte gegen einen EU-Beitritt der Menschen ernst nehmen müßten. Ich stelle in Gesprächen immer wieder fest, daß es gerade auch Frauen, Kleingewerbetreibende, Handwerker und Bauern und Bäuerinnen sind, die teilweise noch große Bedenken hinsichtlich eines Beitrittes zur EU haben und eher zu einem Nein tendieren.

Daher sind diesbezüglich noch viele Gespräche auch von uns Mandataren über die Vor- und Nachteile eines EU-Beitrittes notwendig.

Zweitens meine ich, daß sich Europa noch stärker zu einem Europa der Regionen weiterentwickeln muß. Erste Schritte dazu sind ja bereits gemacht.

Drittens ist im Zusammenhang mit dem Europa der Regionen auch eine Verfassungsgesetz-Novelle zur Stärkung des bundesstaatlichen Prinzips der österreichischen Bundesverfassung im Sinne der Politischen Vereinbarung vom Oktober 1992, die der Herr Bundeskanzler ja selbst unterschrieben hat, dringend notwendig.

Es sind diesbezüglich bereits Verhandlungen und Gespräche eingeleitet, und ich möchte daher Sie, Frau Staatssekretärin, in Vertretung des Herrn Bundeskanzlers fragen, ob gesichert ist, daß vor der EU-Volksabstimmung eine konkrete Regierungsvorlage über die Bundesstaatsreform dem Nationalrat zugewiesen wird, und zwar früh genug, daß im Nationalrat und im Bundesrat die Entscheidung darüber vor der EU-Volksabstimmung möglich ist.

Abschließend möchte ich feststellen, daß wir in einer Zeit der Veränderungen leben, daß alles im Fließen ist und diese Entscheidung, die ja in einer Volksabstimmung letztendlich von den Menschen

dieses Landes getroffen wird, eine meiner Meinung nach wichtige historische Entscheidung für das Wohl und Wehe der in Österreich und im übrigen Europa lebenden Menschen sein wird. — Danke. (*Beifall bei der ÖVP und bei Bundesräten der SPÖ.*) 14.52

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Nächster Redner: Herr Bundesrat Dr. Linzer. — Bitte.

14.52

Bundesrat Dr. **Milan Linzer** (ÖVP, Burgenland): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Der 1. März 1994 war zweifellos ein historischer Tag. Er war der erste Schritt nach Europa. Und ich darf in gebotener Kürze auch aus burgenländischer Sicht einige Gedanken hiezu darlegen.

Für uns Burgenländer eröffnet dieser Schritt eine bedeutende historische Chance. Sie werden verstehen, daß ein Land, das mehrfach in der Geschichte durch Kriegswirrnisse, Besitzwechsel zerstört, teilweise verwüstet worden ist, ein besonderes Bedürfnis nach Sicherheit, nach Freiheit und nach Frieden hat. Wenn nunmehr unser Neutralitätsstatus quasi eine Erweiterung erfährt durch die Friedensgemeinschaft in der EU und das besagt, daß wir unter den Mitgliedsländern nie mehr mit Gewalt verhandeln oder nie mehr mit Gewalt verkehren wollen, so, meine ich, ist natürlich dieser Status gerade für uns Burgenländer, die wir an der Grenze zum Osten leben, ein ganz besonders bedeutender Schritt und hat einen großen Stellenwert.

Wir verhehlen natürlich nicht, daß auch die Stärkung unserer Grenzpolizei, unserer Exekutive, unserer Zollbeamten dadurch, daß wir nunmehr Zollgrenze werden, selbstverständlich auch mit Freude entgegengenommen wird. Wenn nunmehr in verstärktem Maße sozusagen der Kriminaltourismus bekämpft wird, so, muß ich sagen, wird dies auch von der Bevölkerung des Burgenlandes mit Freude entgegengenommen werden.

Aber nicht nur in sicherheitspolitischer Hinsicht, sondern in erster Linie natürlich auch in wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Hinsicht ist dieser Schritt nach Europa, dieser Beitritt zur EU für das Burgenland, für unsere Regionen, von ganz eminenter Bedeutung.

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Mock. Sie bekennen sich ja, wie wir wissen, auch mit dem Herzen zum Burgenland. Sie haben das sicherlich auch bewiesen und gezeigt durch Ihren heroischen und aufopfernden Kampf für die Anerkennung des Burgenlandes als Ziel-1-Gebiet.

Vielleicht mit etwas Bedauern ist festzustellen, daß wir einen Aufholprozeß, einen Nachholprozeß zu vollziehen haben. Aber dieser ist eben hi-

**Dr. Milan Linzer**

storisch und geographisch bedingt. Und es soll nunmehr die Idee, die Grundidee der EU, verwirklicht werden, daß alle Völker in ihrer Heimat bleiben sollen.

Es ist ja bekannt, daß das Burgenland eine sehr hohe Zahl an Pendlern hat, Pendler in die benachbarten Bundesländer, aber auch in die benachbarten Staaten. Wir Burgenländer waren schon in den letzten Jahren auch Mittler und bildeten eine Brücke zwischen Ost und West. Die Idee der EU geht dahin, daß die Menschen sehr wohl in ihrer Heimat bleiben sollen, daß sie dort einen sozialen Standard haben sollen, der es ihnen ermöglicht, in ihren Ländern zu leben. Das wollen wir natürlich auch weiterverfolgen, weitertragen. Das gilt aber natürlich auch für uns. Und für uns besteht nunmehr die Chance, dieses soziale Gleichgewicht zu erreichen.

Ich will hier nicht auf Details eingehen. Es gibt mannigfache Förderungsmöglichkeiten. Sie haben es erwähnt, Herr Bundesminister. Summa summarum wird in vier Jahren ein Betrag von 2,65 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt. Es ist für uns eine sehr große Herausforderung und erfordert es, bis Ende des Jahres ein regionalwirtschaftliches Konzept zu erstellen. Wir appellieren jetzt schon an unsere Landesregierung mit verantwortungsbewußter Einmütigkeit, mit jener Einmütigkeit, mit der auch unsere Bundesregierung in vorbildlicher Weise in Brüssel aufgetreten ist, dieses Konzept zu entwickeln und dann der Bundesregierung zur Genehmigung, zur Approbation vorzulegen, damit die Bundesregierung es in gehöriger Form bis März nach Brüssel weiterreichen kann.

Herr Bundesminister! An dieser Stelle die Bitte, auch dieses Konzept weiterzutragen im Interesse unseres Landes. Dadurch wäre es dann möglich, geplante Projekte auch zu realisieren, und zwar in vielen Bereichen, etwa Fremdenverkehr, Infrastruktur, Verkehrsinfrastruktur, Bahn, Straße, im Bereich der Errichtung von Klein- und Mittelbetrieben, im ökologischen Bereich, aber für uns sehr, sehr wichtig auch im Bildungsreich. Denn da gibt es zweifellos einen gewissen Nachholbedarf. Und das, zeigen uns Fachleute auf, ist eben der wunde Punkt. Es wird mehr Qualität notwendig sein, also mehr Facharbeiter, mehr ausgebildetes Personal.

Ich möchte Ihnen versichern, daß diese Chance von uns Burgenländern genützt wird. Wenn wir weiterhin die Unterstützung der Bundesregierung und das Verständnis der EU haben, dann, so meine ich, soll es nicht nur einen Aufholprozeß in der Wirtschaft geben, sondern auch in der Landwirtschaft, denn die Förderungen in der Landwirtschaft kumulieren ja mit den Förderungen des Ziel-1-Gebietes, sodaß wir dann mehr oder minder ein Gleichgewicht hergestellt haben.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, gehen wir Burgenländer gerne an die Arbeit. Herr Bundesminister! Ich bitte Sie weiterhin um Ihre Unterstützung.

Sie, meine Damen und Herren des Bundesrates, bitte ich um Verständnis für unsere Situation. Wenn das Burgenland diesen Aufholprozeß vollzogen haben wird, wird vielleicht im Finanzausgleich dadurch, daß wir weniger Bedarf haben, der finanzielle Fluß vom Westen in den Osten gemildert sein, sodaß dann Kritik vielleicht nicht mehr geübt wird. — In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*  
14.59

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Nächste Wortmeldung: Herr Bundesrat Jaud. — Bitte.

15.00

Bundesrat Gottfried **Jaud** (ÖVP, Tirol): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Sehr geehrter Herr Minister! Ich kann mich schon ein bißchen in die Situation der Oppositionspartei einfühlen. Ich war ja selbst zwölf Jahre lang in meiner Gemeinde in der Minderheit. Und als ich heute die Worte des Kollegen Dillersberger gehört habe, habe ich mich ab und zu an meine eigene Situation erinnert, und zwar wollte ich damals, wenn es der Mehrheit gelungen ist, gute Abschlüsse und gute Ergebnisse zu erzielen, ganz gleich in welcher Form, und ich dort natürlich nicht mitgehen konnte, irgendwann auch einmal mehr Wählerstimmen als die Mehrheit haben. Und da mußte ich mir überlegen, welchen Weg ich einschlagen soll. — So ähnlich habe ich heute die akrobatische — wortakrobatische — Leistung des Kollegen Dillersberger empfunden, als er dabei auch noch versucht hatte, als Staatsmann große Staatsinteressen hervorzukehren. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Zwischenruf des Bundesrates Dr. Dillersberger.)*

Eines — das möchte ich allerdings sagen — habe ich in dieser Situation jedoch nie getan: Ich habe nie politische Plagiate verwendet, so wie dies die FPÖ heute nachträglich mit ihrem Entschließungsantrag tut, weil Weingartner mit seiner geradlinigen Haltung für das Wohl des Landes Tirol doch einigen Erfolg gehabt hat. *(Bundesrätin Crepaz: Ist eine Schlangenlinie eine gerade Linie?)* Die ersten zwei Punkte des Entschließungsantrages sind für mich eindeutig ein politisches Plagiat.

Als Landeshauptmann Weingartner die Forderungen Tirols wie ein Fels in der Brandung präsentierte — und das war nicht ganz so einfach und nicht ganz unumstritten —, habe ich niemanden von der FPÖ gehört, der diese Forderung damals auch unterstützt hätte. Ich freue mich natürlich heute darüber, daß man inzwischen in der Freiheitlichen Partei unser Vorgehen unterstützt, und

**Gottfried Jaud**

ich hoffe, daß wir damit dann etwas mehr Erfolg haben werden.

Sehr verehrte Damen und Herren von der FPÖ! Ihr Entschließungsantrag kommt meiner Auffassung nach etwas zu spät; im Nationalrat wäre vielleicht vom Zeitpunkt her die richtige Gelegenheit gewesen. Bundeskanzler Vranitzky und Vizekanzler Busek haben nämlich inzwischen schon in ihrem Bericht an den Ministerrat die Forderungen Tirols vorrangig berücksichtigt. Und wir ÖVP-Bundesräte waren in der vergangenen Woche in Brüssel und konnten uns dort selbst von der Qualität des Verhandlungsergebnisses überzeugen. Und wir konnten uns in einer Diskussion mit Parlamentariern des Europäischen Parlamentes auch davon überzeugen, daß die Finanzierung der Unterinntalbahnstrecke besser und leichter möglich wäre, wenn wir der EU beitreten.

Erlauben Sie mir als Tiroler bitte noch eine Stellungnahme zu der derzeitigen Diskussion um die Aussage von Landeshauptmann Wendelin Weingartner, er werde keine Empfehlung zum EU-Beitritt abgeben, wenn die Finanzierung der unterirdischen Bahntrasse durch das Unterinntal nicht gesichert ist. — Diese war sehr umstritten.

Die bestehende Bahntrasse zwischen Kufstein und Baumkirchen ist derzeit bereits so überlastet, daß statt der Regionalzüge ein Busersatzverkehr eingerichtet werden muß. Österreich hat sich aber im Transitvertrag dazu verpflichtet — und diese Verpflichtung besteht natürlich weiterhin, auch noch jetzt nach dem EU-Abkommen —, ausreichend Bahnkapazität zur Verfügung zu stellen, daß die zu erwartende Zunahme des Transitverkehrs zur Gänze auf der Bahn abgewickelt werden kann. Deshalb ist für uns in Tirol dieser Ausbau der Bahn des Unterinntales von so brisanter Bedeutung. Wenn nun eine von der Bevölkerung akzeptierte Bahntrasse im Unterinntal gebaut wird, kann die geforderte Reduktion der Schadstoffemission aus dem Transitvertrag dauerhaft sichergestellt werden.

Diese Trasse ist übrigens, wie meine Tiroler Kollegen wahrscheinlich wissen, weitgehend vorverhandelt und von den Gemeinden akzeptiert. Ich bin ein ganz besonders überzeugter Befürworter des EU-Beitrittes Österreichs. Ich bin deshalb auch überzeugt, daß es gelingt, die Finanzierung der Unterinntalbahnstrecke glaubhaft sicherzustellen, sodaß auch in Tirol — und darüber würde ich mich ganz besonders freuen — das Abstimmungsergebnis für einen EU-Beitritt Österreichs positiv ausgehen wird.

Ich möchte nun zum Schluß noch eine Erklärung von uns Tiroler ÖVP-Bundesräten abgeben, warum wir so abstimmen. Es ist leider Gottes eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte ei-

nes Entschließungsantrages nicht möglich. Deshalb möchte ich erklären, daß wir den ersten beiden Punkten dieses Entschließungsantrages unsere Zustimmung geben, wir aber den dritten Punkt dieses Entschließungsantrages ablehnen. — Und ich bitte die Frau Schriftführerin, diese Erklärung, falls dies möglich ist, dem Ergebnis der Abstimmung beizufügen. — Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP und bei Bundesräten der SPÖ.)*

15.05

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Dillersberger. — Bitte.

15.05

Bundesrat Dr. **Siegfried Dillersberger** (FPÖ, Tirol): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Minister! Frau Staatssekretärin! In aller Kürze: Es hat sich hier ein Disput ergeben. Ganz besonders interessieren wird die Tiroler Bevölkerung natürlich, daß die Tiroler Bundesräte der Österreichischen Volkspartei gegen Nachverhandlungen zur Sicherstellung des ökologischen Effektes des Transitvertrages sind. *(Bundesrat Ing. Penz: Kapral hat schon gesagt, daß das nicht möglich ist!)*

Sie setzen sich damit in Gegensatz zu Ihrem eigenen Landeshauptmann, denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, es war nicht unsere Intention, hier eine Show zu machen oder Polemik zu betreiben, sondern es war unsere Intention, dem Bundesrat Gelegenheit zu geben, das zu tun, was der Bevölkerung versprochen worden ist.

Wenn Frau Kollegin Crepaz sagte, die Freiheitliche Partei übersehe die Dimension, oder Kollege Jaud sagte, Herr Landeshauptmann Dr. Weingartner habe sich für diese Trasse als erster stark gemacht, dann darf ich folgendes sagen: Als Weingartner noch Oberrat in der Landesregierung war beziehungsweise als Weingartner Generaldirektor der Hypobank war, also längst bevor er in die Politik eingetreten ist, hat der Tiroler Landtag im Jahre 1981 über meinen Antrag einen einstimmigen Beschluß in diese Richtung gefaßt. Und das wissen auch Sie ganz genau, Herr Kollege! Wir haben das immer betrieben.

Jetzt wäre es soweit gewesen, daß man gehört hat, daß das jetzt endlich verwirklicht werden kann. Minister Mock ist aus Brüssel gekommen und hat gesagt: Eine internationale Finanzierung für den Basistunnel steht unter Umständen ins Haus. Minister Mock hat sich wieder nach Brüssel bemüht und hat dort zur Kenntnis nehmen können: Auch die Unterinntaltrasse kann unter Umständen finanziert werden. Und da sagt Frau Kollegin Crepaz allen Ernstes, wir würden die Dimension übersehen, wo doch der Bau dieser Trasse erstens dem Willen der Volksvertretung entspricht, zweitens in der Regierungserklärung

**Dr. Siegfried Dillersberger**

festgehalten ist, drittens im Transitvertrag, und viertens von Herrn Landeshauptmann Dr. Weingartner nun auch — spät, aber doch! — vertreten wird. (*Bundesrätin Crepaz: Wozu ist der Entschließungsantrag dann noch gut?*)

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Sie hätten Frau Crepaz zuhören sollen, aber Sie hören ja überhaupt nicht zu, denn sonst hätten Sie heute vormittag feststellen können, daß ich Ihnen erklärt habe, wie das mit dem Transitvertrag ist. Dem haben wir deshalb nicht zugestimmt, weil wir wollten, daß auch der PKW, auch der Omnibus einbezogen wird, daß auch das SO<sub>2</sub>, auch der Lärm, auch die Partikel einbezogen werden. (*Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

Als dann der Transitvertrag beschlossen und geltendes österreichisches Recht war, haben wir uns in dieser Frage hinter die Regierung gestellt. Das ist so gewesen!

Herr Kollege Jaud! Wenn Sie zugehört hätten, hätten Ihnen die Ohren singen müssen. (*Zwischenruf des Bundesrates Jaud.*) Wissen Sie, was Frau Crepaz gesagt hat, und in ihrer Partei sitzt der Finanzminister? — Sie hat gesagt: Nichts ist es mit der Finanzierung des Brenner-Basis-Tunnels. Die Freiheitliche Partei macht Show, übersieht die Dimension, nichts ist es mit der Finanzierung der Unterinntaltrasse. — Und ich wundere mich, mit welcher Kühnheit Sie hierher gehen und sagen, die Trasse sei bereits vorverhandelt. Das wissen wir schon! Aber wissen Sie, was die Bundesregierung beschlossen hat? — Daß Trassenstudien ausgearbeitet werden, damit die ganze Angelegenheit wieder hinausgeschoben wird. (*Bundesrat Ing. Penz: Wollen Sie ohne Trassen bauen?*)

Das ist ja das Problem. Sie sagen: Wollen Sie ohne Trassen bauen? — Wissen Sie, wie viele Trassen es gibt? Da gibt es 20 Trassen, und zuletzt — Kollege Jaud hat es mit Recht gesagt — sind Vertreter der Österreichischen Bundesbahnen durch die Landtagsklubs, durch die Abgeordnetenkonferenzen und durch die Gemeinden gepilgert, und jeder in Tirol weiß, wie diese Trasse aussieht. Uns trennt im Prinzip nur mehr die Frage: Wo kommt sie heraus, und welche Baumaßnahmen treffen wir, damit sie nicht zu laut ist, wenn diese Einbindungen stattfinden, und so weiter. Aber wenn Sie heute in der Bundesregierung beschließen, daß jetzt Trassenstudien ausgearbeitet werden sollen, dann bedeutet das für mich ein Hinausschieben der Probleme.

Folgendes hätten Sie zur Kenntnis nehmen sollen, Herr Kollege Jaud. Frau Kollegin Crepaz hat gesagt, sie identifizieren sich mit der Sache bezüglich Maut nicht — haben Sie ihr zugehört? —, zu der Sie Ihre Zustimmung erklärt haben. Diese Divergenz wäre sehr gut dadurch zu klären, daß der

Bundesrat diesem Entschließungsantrag zustimmt. Niemand würde sich etwas vergeben. Die Tiroler Bundesräte würden berühmt werden in ihrem Land. (*Zwischenruf der Bundesrätin Crepaz.*)

Ich bedaure, daß die Rede von Frau Bundesrätin Crepaz nicht mehr vor der Wahl der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden kann. Das bedauere ich außerordentlich. Denn das, was Sie hier heute von sich gegeben haben, ist ärger als das, was Ihr Landeshauptmannstellvertreter Tanzer zuletzt in Tirol aufgeführt hat. (*Beifall bei der FPÖ.*) 15.10

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Mock. — Bitte, Herr Minister.

15.10

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Alois **Mock**: Meine Damen und Herren! Ich möchte nur kurz zwei Fragen anschnitten, wovon eine an mich gerichtet wurde und in der Debatte nicht behandelt worden ist. Es hat Herr Bundesrat Dillersberger auf das Südtirol-Problem Bezug genommen, das natürlich durchaus in Relation zu gesamteuropäischen oder multilateralen Verträgen steht.

Herr Bundesrat Dr. Dillersberger! Wir haben uns intern mit dieser Frage befaßt; wir sind aber noch zu keinem abschließenden Urteil gekommen. Ich sage das offen, obwohl man mir sagen könnte: Herr Minister! Die Verhandlungen sind bereits abgeschlossen. Es geht um das Problem, inwieweit das Autonomie-Paket für Südtirol positiv oder negativ durch einen EU-Beitritt allenfalls berührt wird.

Es gibt auch hier verschiedene Meinungen. Letztlich, Herr Bundesrat, hat mich eine Überlegung veranlaßt, hier mit einem gewissen Risiko zuzuwarten: Die Europäische Union hat im Hinblick auf die Integration ja grundsätzlich das Ziel, zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Sozialgebiet zu kommen, mit einer freien Bewegung der Menschen, der Güter, der Kapitalien und der Dienstleistungen.

Nun hat sich die Frage gestellt — und sie ist auch seitens der Experten aufgeworfen worden —, inwieweit nach dem Wegfallen der negativen Wirkung der nicht gerade sympathischen Brenner-Grenze, eigentlich eine normale, friedliche Entwicklung und Zusammenarbeit einer Region Tirol dann behindert wird, wenn wir spezielle Vorkehrungen treffen und zum Teil wieder Sonderbestimmungen schaffen.

Das war für mich ein Argument — abgesehen auch von der derzeitigen internen Situation in Italien —, dieses Thema in der nächsten Woche mit Vertretern des Südtiroler Volkes weiter zu

**Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Alois Mock**

behandeln, weil natürlich auch im Rahmen des Ratifikationsprozesses beziehungsweise auf anderer Ebene Möglichkeiten bestehen. — Das wollte ich zu diesem Thema sagen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Debatte hat aufgezeigt, daß es sich beim Beitritt zur Europäischen Union wirklich um eine nationale Frage handelt, um eine Frage von außergewöhnlicher Dimension. Es wird sich sicherlich strukturell auch bei uns sehr viel verändern, aber vor allem gesamteuropäisch gesehen. Die Finalität ist heute noch nicht bekannt. Es gibt Visionen und Wünsche, die die Realisten enger, die Idealisten weiter fassen.

Wir haben zweifellos derzeit eine Verflachung der emotionalen europäischen Dynamik, was sicherlich dazu beigetragen hat, daß die Verhandlungen härter wurden. Wenn ich mich emotional für ein überzeugendes Ziel engagiere, dann frage ich nicht jeden, der mitzieht, ob ich meinen Anteil auf den Prozentpunkt genau finanziell erbracht habe oder ob nicht andere etwas mehr zahlen müßten. Denn dann nimmt man so etwas auf sich, weil man für ein bestimmtes emotionales Ziel engagiert ist. — Wenn jedoch die Überzeugungskraft und die Emotionen zurückgehen und die konkreten Interessen ökonomischer, finanzieller Natur in den Vordergrund treten, dann wird jeder auf den Hundertstel-Prozentpunkt genau durchrechnen, was seine Interessen sind und wie seine Ansprüche sein könnten — und umgekehrt. Und das macht die Entwicklung natürlich sehr schwierig. — In dieser Phase sind wir derzeit. Ich glaube aber, daß diese Phase möglicherweise länger dauern könnte.

Wenn es zu meinem Fenster-Vergleich auch gelegentlich Kommentare gegeben hat, so glaube ich doch, daß sich diese Jahre für den Beitritt, retrospektiv gesehen, sehr wohl als eine besondere Chance für Österreich und die anderen Beitrittswerber erwiesen haben, eben wie ein Fenster, das sich bald wieder schließen könnte.

Denn bleibt es bei dieser Grundhaltung zum europäischen Integrationsprozeß, das heißt, daß man die Vertiefung der Integration — zum Beispiel die Entwicklung in Richtung mehr Mehrheitsabstimmungen im Europäischen Parlament und ähnliches — was immer wieder verlangt wird —, nicht akzeptiert, weil man nicht bereit ist, in diesem Ausmaß sein eigenes Schicksal dem gemeinsamen Schicksal unterzuordnen, dann werden jene, die diese Vertiefung als Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit der Union sehen, wenn sie größer wird, dagegen sein, daß sie weiter wächst. Die Vertiefung ist ein demokratischer Prozeß. Er muß, wie heute mit Recht von einem Redner gesagt wurde, von allen zwölf Mitgliedern — oder später von allen dreizehn, vierzehn oder sechzehn Mitgliedern — getragen werden.

Wenn die Institutionenkonferenz 1996 zeigt, daß diese Vertiefung und Gemeinsamkeit nicht oder nur sehr bescheiden vorangetrieben werden kann, weil eben dieses gemeinsame Bewußtsein nicht so stark gewachsen ist, wie es wünschenswert wäre, dann werden andere endgültig dagegen sein, daß ausgeweitet wird. Denn wenn die Union nur mit zusätzlichen Mitgliedern wächst, die innere Effizienz aber nicht stärker wird, dann — übertrieben ausgedrückt — ist das langfristige Ziel der Union mit dem der KSZE in ihrer derzeitigen schwierigen Phase vergleichbar, von der ich auch hoffe, daß sie einmal herauskommt. Aber das ist dann eine Frage von Generationen.

Ich glaube daher, daß es wirklich wichtig ist, diese Chance zu nützen. Die Ausführungen eines Herrn Bundesrates Dillersberger über das Gespräch Opposition — Bundesregierung sind ja in Anwesenheit des Regierungschefs geäußert worden und sicherlich auch Gegenstand des Gespräches der Bundesregierung.

Soweit es meine Verantwortung im Parlament anlangt, war ich immer der Auffassung, daß gerade bei Fragen dieser Dimension die spezielle österreichische Begabung zum Dialog, die ich heute im Zusammenhang mit der Sozialpartnerschaft erwähnt habe, sehr wohl auch im Verhältnis der Parteien geübt werden soll — ganz gleich, ob man sich derzeit in der Opposition oder in der Regierung befindet. Und ich glaube, daß das sicherlich auch bei einer Frage dieser Dimension angebracht ist.

Ich glaube, wir sollten das als Stärke Österreichs einbringen. Ich habe vorhin gesagt, ich werde sehr oft gefragt, wieso die Sozialpartnerschaft funktioniert. Und ich meine, daß es sich so verhält, weil wir nur wenige Streiks haben und ähnliches mehr.

Ich habe mich gelegentlich auch gewundert, warum Österreicher in einer viel größeren Quote in bedeutenden Positionen in internationalen Organisationen tätig sind, als es unserer Größe entspricht. Und ich meine, der Grund dafür ist, daß offensichtlich bei der Mehrheit unserer Mitbürger die Fähigkeit vorhanden ist, mit Menschen anderer Auffassungen und anderer kultureller Traditionen besser zu reden, als dies bei anderen Völkern der Fall ist. Wir haben vielleicht unsere Schwächen anderswo. Aber ich glaube, diese Kraft zum Dialog über verschiedene Auffassungen hinweg sollten wir in ein Europa einbringen und daher auch im internen Bereich weiterreifen lassen. Es hat uns das in den vergangenen Jahrzehnten genützt und wird uns sicherlich auch in Zukunft nützen. — Ich danke sehr. (*Allgemeiner Beifall.*) 15.20

Vizepräsident Walter Strutzenberger: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Vizepräsident Walter Strutzenberger**

Wünscht noch jemand das Wort? — Herr Bundesrat Bieringer, bitte.

15.20

Bundesrat Ludwig Bieringer (ÖVP, Salzburg): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Dillersberger, ich kann Ihre Behauptungen auf meinem Fraktionskollegen aus Tirol nicht sitzenlassen. (*Bundesrat Dr. Dillersberger: Sie haben nicht zugehört!*) Sie haben nicht zugehört! Zugehört haben anscheinend Sie nicht, denn der Herr Kollege Jaud hat eindeutig hier festgehalten, daß er aufgrund des Vortrages, den der Herr Bundeskanzler Dr. Vranitzky und der Herr Vizekanzler Dr. Busek im Ministerrat gehalten haben, sehr zuversichtlich ist, daß jene Forderungen, die in Tirol erhoben werden, auch tatsächlich erfüllt werden.

Ich lese Ihnen diese Passage noch einmal vor, Herr Dr. Dillersberger:

„Der Beitrittsvertrag mit der EU bietet einen wichtigen Ansatz, die Umweltziele des Transitvertrages durch eine verstärkte und vorgezogene Verlagerung des Straßenverkehrs auf die Schiene über die Laufzeit des Vertrages hinaus dauerhaft zu sichern. Deshalb bekennt sich die Bundesregierung zum Ausbau der österreichischen Bahnverbindungen auf den Transitrouten. In diesem Zusammenhang kommt dem raschen Ausbau der Unterinntal-Bahntrasse sowie dem Brenner-Basis-Tunnel, für den die EU bereits eine Kofinanzierung in Aussicht gestellt hat, besondere Bedeutung zu.“ (*Bundesrat Dr. Dillersberger: Jetzt haben wieder Sie mir nicht zugehört! Das paßt so richtig auf das Schlußwort des Herrn Ministers!*)

Herr Kollege Dillersberger! Ich kann Ihnen nur folgendes sagen: Sie werden das zur Kenntnis nehmen müssen! (*Bundesrat Dr. Dillersberger: Ich muß gar nichts „nehmen müssen“!*) Und wenn Ihnen die Frau Kollegin Crepaz vorgeworfen hat, daß Sie hier nur eine Show abgezogen haben vor den kommenden Landtagswahlen, dann ist das so! (*Bundesrat Dr. Dillersberger: Das ist ein Unsinn!*) Das können Sie nicht wegdiskutieren! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Bundesrat Dr. Dillersberger: Dann stimmt das nicht, was Herr Landeshauptmann Weingartner gesagt hat!*)

Wenn Sie sagen, Herr Kollege Dillersberger, das der Transit ein Problem ist, so gebe ich das zu. Ich wohne selbst 25 Meter neben der Westautobahn. (*Bundesrat Dr. Dillersberger: Ich weiß es!*) Bei uns fahren 86 000 Fahrzeuge täglich vorbei! Und bei dem jetzigen Transitabkommen ist die Westautobahn auch miteingeschlossen! Das ist doch ein wertvoller Erfolg (*Beifall bei*

*ÖVP und SPÖ*), ein Erfolg, den man dieser Bundesregierung und insbesondere dem Chefverhandler Dr. Alois Mock, aber beim Transitvertrag auch Herrn Bundesminister Klima, zugestehen muß.

Da Sie die „Frankfurter Allgemeine“ heute früh zitiert haben, so erlaube ich mir auch, die „Frankfurter Allgemeine“ zu zitieren. Das ist zwar ein paar Tage älter als Ihr Zitat von heute, aber da steht:

„In den letzten Monaten wurde Mock in der österreichischen Öffentlichkeit als nationaler Held und nahezu unersetzlicher Staatsmann gefeiert.“ Und weiter: „Er erwies sich in diesen Tagen, seiner Autorität bei den Brüsseler Verhandlungen bewußt, für sein Land als von unschätzbarem Wert.“ — Dem habe ich nichts hinzuzufügen. (*Lebhafter Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Bundesrat Dr. Dillersberger: Sie haben nicht zugehört!*) 15.23

Vizepräsident Walter Strutzenberger: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Dillersberger, zur ÖVP gewendet.*)

Die Debatte ist geschlossen, Herr Dr. Dillersberger! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Bundesräte Dr. Dillersberger und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Schutz vor dem Transitverkehr im Falle eines EU-Beitrittes Österreichs.

Hiezu liegt ein Verlangen von fünf Bundesräten auf Durchführung einer namentlichen Abstimmung über diesen Entschließungsantrag vor. Es ist daher eine namentliche Abstimmung durchzuführen. Die Stimmabgabe erfolgt mündlich mit „ja“ oder „nein“.

Ich ersuche nunmehr die Frau Schriftführerin um den namentlichen Aufruf der Bundesräte in alphabetischer Reihenfolge. Bitte sehr. (*Nach Namensaufruf durch die Schriftführerin Markowitsch geben die Bundesrätinnen und Bundesräte ihr Stimmverhalten mit „ja“ oder „nein“ bekannt.*)

Demnach entfallen auf den Entschließungsantrag der Bundesräte Dr. Dillersberger und Kollegen 8 „Ja“-Stimmen. — Der Entschließungsantrag ist somit abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmen folgende Bundesräte:

Dillersberger, Dr.

Kapral, Dr.

Langer, Mag.

Nußbaumer

**Vizepräsident Walter Strutzenberger***Riess Susanne, Dr.**Rockenschaub, Dr.**Schwab**Tremmel, Dr.**Mit „Nein“ stimmten die Bundesräte:**Bieringer**Bösch, Mag.**Crepaz Irene**Ellmauer**Farthofer**Faustenhammer**Forsthuber**Gantner**Giesinger Ilse**Grasberger**Gstöttner**Hager**Haselbach Anna Elisabeth**Hies Christine**Hiessl**Hummer, Dr.**Hüttemayr**Jaud**Kainz Hedda**Kaipel, Ing.**Kaufmann, Dr.**Koczur**Konečný**Kraml**Lasnik, Dr.**Liechtenstein, Dr.**Linzer, Dr.**Lukasser Therese**Markowitsch Helga**Mautner Markhof, Dr. h. c.**Meier**Payer**Penz, Ing.**Perl Gertrude**Pirchegger Grete**Polleruhs, Ing.**Rauchenberger**Rösler Michaela**Schaufler**Schicker Johanna**Schierhuber Agnes**Strutzenberger**Tusek, Mag.**Wöllert Karl*

**2. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 2. März 1994 betreffend ein Personalversicherungsschema für das Personal der EFTA-Überwachungsbehörde und des EFTA-Gerichtshofes; Annahmeerklärung samt Anhang (1359 und 1502/NR sowie 4759/BR der Beilagen)**

Vizepräsident Walter Strutzenberger: Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Beschluß des Nationalrates vom 2. März 1994 betreffend ein Personalversicherungsschema für das Personal der EFTA-Überwachungsbehörde und des EFTA-Gerichtshofes; Annahmeerklärung samt Anhang.

Die Berichterstattung hat Herr Bundesrat Hiessl übernommen. Ich bitte ihn um den Bericht.

Berichterstatter Rudolf Hiessl: Herr Präsident! Hoher Bundesrat! Das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofes befaßt sich mit der Durchführung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen). Die EG und deren Mitgliedstaaten sind Vertragsparteien des EWR-Abkommens.

Die Vertreter der Vertragsparteien des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofes haben mit Beschluß Nr. 4 vom 4. Oktober 1993 ein Personalversicherungsschema für das Personal der EFTA-Überwachungsbehörde und des EFTA-Gerichtshofes angenommen.

Art. 4 Abs. 1 und 2 stellt die Übernahme einer Ausfallhaftung in unbestimmter Höhe dar und bedarf der Genehmigung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG.

Die Annahmeerklärung samt Anhang hat nicht politischen Charakter und enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen.

Die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Erfüllung des Staatsvertrages ist nicht erforderlich.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt nach Beratung der Vorlage am 8. März 1994 mit Stim-

**Berichterstatter Rudolf Hiessl**

menmehrheit den Antrag, keinen Einspruch zu erheben.

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Danke für den Bericht.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dr. Kapral. — Bitte.

15.30

Bundesrat Dr. Peter **Kapral** (FPÖ, Wien): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Ich darf es sehr kurz machen: Wir können uns dem Antrag, gegen den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, leider nicht anschließen, weil sich die vorliegende Gesetzesmaterie mit einer Institution und einer Maßnahme befaßt, die unserer Meinung nach überflüssig ist. Ich darf daran erinnern, daß wir ja seinerzeit dem EWR nicht zugestimmt haben. Wir sehen daher auch die Notwendigkeit der Einrichtung einer EFTA-Überwachungsbehörde, noch dazu, wo wir ja heute sehr lange darüber diskutiert haben und wahrscheinlich vor der Entscheidung über einen österreichischen EU-Beitritt stehen, nicht.

Ich persönlich bin auch der Meinung, daß der vorliegende Gesetzesbeschluß beziehungsweise die Regierungsvorlage im Sinne der Entschliebung des Nationalrates einen wesentlichen Mangel aufweist, weil nämlich hier hinsichtlich der Kosten, die diese Regelung verursacht, von „nicht vorhersehbar“ gesprochen wird. Aber es lassen sich natürlich Kosten dieser Art — und es geht ja hier um gewisse pensionsrechtliche Ansprüche der im Rahmen der Institutionen tätigen Mitarbeiter — sehr wohl auch versicherungsmathematisch berechnen.

Also, wie gesagt, wir sehen uns nicht in der Lage, dem vorliegenden Antrag auf Nichtbeeinspruchung zuzustimmen. — Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*) 15.32

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Nächster Redner: Herr Bundesrat Gstöttner. — Bitte sehr.

15.32

Bundesrat Ferdinand **Gstöttner** (SPÖ, Oberösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Die Zustimmung zur vorliegenden Annahmeerklärung samt Anhang ist an und für sich eine reine formale Angelegenheit, und ich will daher nur einige wenige Sätze dazu sagen.

Inhaltlich geht es darum, daß die Vertreter der Vertragsparteien des vorliegenden Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofes

ein Personalversicherungsschema für das Personal der EFTA-Überwachungsbehörde und des EFTA-Gerichtshofes beschlossen haben, und die Übernahme einer diesbezüglichen Ausfallhaftung in unbestimmter Höhe bedarf der parlamentarischen Genehmigung. Das heißt, die dem EWR-Abkommen beigetretenen EFTA-Staaten garantieren gemeinsam die Zahlungen der aufgrund dieses Schemas zu erbringenden Leistungen.

Wenn ich richtig informiert bin, ist in den meisten anderen Staaten dafür die Zustimmung der Regierung ausreichend, aber bei uns in Österreich ist aufgrund der verfassungsrechtlichen Lage und des wichtigen Stellenwertes des Parlamentes in unserer Verfassung eine parlamentarische Zustimmung ebenfalls erforderlich.

Es ist nach menschlichem Ermessen kaum damit zu rechnen, daß die im Abkommen enthaltene Ausfallhaftung jemals in Anspruch genommen wird. Dennoch ist es richtig, daß Österreich die Übernahme einer möglichen Ausfallhaftung übernimmt.

Der von mir bereits erwähnte, von den Vertretern der Vertragsparteien gefaßte Beschluß betrifft insgesamt überwiegend organisationsinternes Recht des EFTA-Personalversicherungsschemas. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit der Verwaltung wurde aber nur jener Teil des Abkommens zur parlamentarischen Beschlußfassung vorgelegt, welcher von unmittelbarer Bedeutung für Österreich ist und über organisationsinterne Belange hinausgeht.

Wäre man anders vorgegangen und hätte man den gesamten Beschluß der parlamentarischen Genehmigung unterzogen, hätte dies zur Folge gehabt, daß jede künftige Änderung dieses Beschlusses, auch wenn sie nur innerorganisatorisches Recht betrifft, wieder demselben Verfahren in beiden Kammern unseres Hauses zu unterziehen wäre. Dies hat man aus den genannten Gründen vermieden, und es gibt daher keinen Grund, dem vorliegenden Staatsvertrag unsere Zustimmung zu verweigern.

Die SPÖ-Bundesratsfraktion wird keinen Einspruch erheben. — Ich danke. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) 15.35

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Nächste Wortmeldung: Herr Bundesrat Jaud. — Bitte sehr.

15.35

Bundesrat Gottfried **Jaud** (ÖVP, Tirol): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Ich freue mich, von meinem Vorredner zu hören, daß aller Wahrscheinlichkeit nach aus dieser Garantie, die wir heute beschließen, keine finanzielle Belastung für Österreich entstehen wird. Wir sind ja damit nur



**Gottfried Jaud**

dieselbe Verpflichtung eingegangen, die auch alle anderen EFTA-Staaten, die dem EWR-Abkommen beigetreten sind, auf sich genommen haben.

Alle Gesetze, die wir hier im Hohen Hause beschließen, bedürfen natürlich einer entsprechenden Überwachung, damit sie eingehalten werden. Dazu sind Einrichtungen und Personal notwendig.

Ich hoffe nur, daß dann, wenn solche Überwachungsbehörden nicht mehr benötigt werden, weil sie einfach nichts mehr zu überwachen haben, diese Behörden dann auch so rasch, wie wir sie ins Leben gerufen haben, wieder abgeschafft werden. Ich könnte mir nämlich vorstellen, daß unser Beitritt zur Europäischen Union in vielen Bereichen auch mit einer spürbaren Verringerung des Beamtenapparates verbunden ist. Nicht nur die Zollbeamten an unseren Grenzen, von denen heute gesprochen wird, sondern auch viele Beamte in den Ministerien und in den Ländern sind bisher mit der Abwicklung von teilweise sehr komplizierten Grenzformalitäten innerhalb Europas beschäftigt gewesen. Dem Mehraufwand von Auslandsbeamten in Brüssel stünde also eine Verringerung von Dienstposten in Österreich gegenüber. Mit einigem guten Willen müßte es gelingen, die Erhöhung der Personalkosten bei einem EU-Beitritt durch die Verringerung des Personals in unseren Ämtern auszugleichen und somit keine Erhöhung auf dem Personalsektor durch den EU-Beitritt herbeizuführen. — Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.) 15.37*

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Wird vom Herrn Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? — Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag zustimmen, gegen den vorliegenden Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, um ein Handzeichen. — Es ist dies **S t i m m e n m e h r h e i t**.

Der Antrag, keinen Einspruch zu erheben, ist somit **a n g e n o m m e n**.

**3. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1994 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kapitalmarktgesetz geändert wird (663/A und 1517/NR sowie 4760/BR der Beilagen)**

**4. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1994 betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Paraguay über die Förderung und den Schutz von Investitionen (1236 und 1518/NR sowie 4761/BR der Beilagen)**

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Wir gelangen zu den Punkten 3 und 4 der Tagesordnung, über die die Debatte unter einem abgeführt wird.

Es sind dies:

Beschlüsse des Nationalrates vom 3. März 1994 betreffend

ein Bundesgesetz, mit dem das Kapitalmarktgesetz geändert wird, und

ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Paraguay über die Förderung und den Schutz von Investitionen.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist Herr Bundesrat Ing. Kaipel. Ich bitte ihn um die Berichte.

Berichterstatter Ing. Erwin **Kaipel**: Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Ich darf zunächst berichten über die Änderung des Kapitalmarktgesetzes.

Durch den gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates wird das Verfassungsgerichtshoferkennnis vom 10. März 1993 umgesetzt. Der Gesetzgeber reagiert damit auf die mit Wirkung vom 28. Februar 1994 vom Verfassungsgerichtshof verfügte Aufhebung von § 8 Abs. 2 und 3 Kapitalmarktgesetz. Beidete Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sind nunmehr, wenn sie über die entsprechenden Haftpflichtversicherungen verfügen, Kredit- und Finanzinstituten als Prospektkontrolloren ohne Einschränkung gleichzuhalten. Dies legte es nahe, die bisherige Funktionsbezeichnung der Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften im Rahmen des Kapitalmarktgesetzes als „Gutachter“ aufzugeben und sie in die Prospektkontrolloren des § 8 Abs. 2 (Z 3) einzureihen. Die Umstellungen in den §§ 8, 11, 12, 14 und 16 sowie in den Anlagen tragen dem Rechnung.

Darüber hinaus mußten die Kompetenzen von Kreditinstituten zur Prospektkontrolle entsprechend der Neuregelung des Bankgeschäftskataloges im Bankwesengesetz sowie aufgrund der Bestimmungen über die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit verändert werden; letzteres begründete auch ein Novellierungserfordernis bezüglich Haftpflichtversicherer.

**Berichterstatter Ing. Erwin Kaipel**

Der Finanzausschuß stellt nach Beratung der Vorlage am 8. März 1994 mit Stimmeneinhelligkeit den Antrag, keinen Einspruch zu erheben.

Weiters darf ich Ihnen den Bericht bringen über ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Paraguay über die Förderung und den Schutz von Investitionen.

Der vorliegende Beschluß des Nationalrates hat die Förderung und den Schutz von Investitionen zum Gegenstand und regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit unter anderem die Entschädigungspflicht bei Enteignungen, die Frage von Überweisungen und Formen der Streitbeilegung. Das Abkommen beruht auf dem Prinzip der Inländergleichbehandlung und der Meistbegünstigung — ausgenommen Vorteile, die sich aus Integrationsmaßnahmen und ähnlichem ergeben. Aufgrund dieses Vertragsinstrumentes ist jede Vertragspartei in der Lage, die Rechte ihres Investors im Investitionsland sicherzustellen und zu vertreten.

Da der Staatsvertrag auch Angelegenheiten regelt, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, bedarf er gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Zustimmung des Bundesrates.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Abkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Finanzausschuß stellt nach Beratung der Vorlage am 8. März 1994 mit Stimmeneinhelligkeit den Antrag, dem Beschluß des Nationalrates die Zustimmung im Sinne des Art. 50 Abs. 1 B-VG zu erteilen.

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Ich danke für die Berichte.

Wir gehen in die Debatte ein, die über die zusammengezogenen Punkte unter einem abgeführt wird.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Ellmauer. — Bitte.

15.40

Bundesrat **Matthias Ellmauer** (ÖVP, Oberösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Durch die gegenständliche Neuregelung wird dem Verfassungsgerichtshoferkenntnis vom 10. März 1993 Rechnung getragen. Das Parlament reagiert somit auf die mit Wirkung vom 28. Februar 1994 vom Verfassungsgerichtshof erwirkte Aufhebung des § 8 Abs. 2 und 3 Kapitalmarktgesetz.

Nun zum Inhalt: Beedete Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sind nunmehr, wenn sie über die entsprechende Haftpflichtversicherung verfügen — 50 Millionen Versicherungssumme pro einjähriger Versicherungsperiode —, Kredit- und Finanzinstituten als Prospektkontrolloren ohne Einschränkung gleichzuhalten. Weiters ist die bisherige Funktionsbezeichnung „Gutachter“ aufzugeben, und sie sind in die Prospektkontrolle des § 8 Abs. 2 (Z 3) einzureihen. Umstellungen in den § 8, 11, 12, 14 und 16 sowie in den Anlagen tragen dem Rechnung.

Es mußten auch die Kompetenzen von Kreditinstituten zur Prospektkontrolle entsprechend der Neuregelung des Bankgeschäftskataloges im Bankwesengesetz sowie aufgrund der Bestimmungen über die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit verändert werden, und zwar hinsichtlich der Haftpflichtversicherung, und es gibt zusätzliche Kontrollpflicht gemäß Artikel 22 Abs. 2 der EG-Richtlinie 89/298.

Durch die in den Kapitalmarktgesetzen 1991 und 1993 und dem Bankwesengesetz verbesserten Bestimmungen hinsichtlich der aufgrund der Publizität erreichten Erfolge der Wiener Börse — ich denke in diesem Zusammenhang an verstärkte Umsätze; wenn wir uns das Börsenblatt ansehen, so stellen wir fest, es notieren heute zirka 50 Auslandsaktien, vor etwa zwei Jahren waren es 30 — werden durch die nunmehr geschaffenen Voraussetzungen in diesem Gesetz noch verbessert und den internationalen Gepflogenheiten angepaßt.

Es ist zu hoffen, daß dadurch der Zugang auch von mittleren Unternehmen und nicht nur von Großbetrieben zum österreichischen Kapitalmarkt verstärkt genützt und als verbessertes Finanzierungsinstrument erkannt wird. Durch die verbesserte Publizität und Transparenz sowie die Anpassung an internationale Gepflogenheiten finden internationale sowie auch institutionelle Anleger mithin einen größeren Anreiz, auf dem Wiener Kapitalmarkt zu investieren. Ich sehe hierin eine zusätzliche Chance, den bisher im internationalen Vergleich eher bescheidenen Stellenwert des österreichischen Kapitalmarktes zu verbessern.

Meine Fraktion wird daher dem Antrag, keinen Einspruch gegen diese Gesetzesvorlage zu erheben, zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.43

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Nächster Redner: Herr Bundesrat Wöllert. — Bitte.

15.43

Bundesrat **Karl Wöllert** (SPÖ, Oberösterreich): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Nach einem langen „Europa-Tag“ ist es

**Karl Wöllert**

Zeit, auch über andere internationale Aktivitäten der Republik Österreich zu diskutieren. Ich darf daher einige Sätze zum vorliegenden Vertrag zwischen der Republik Paraguay und Österreich verlieren.

Das vorliegende Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Paraguay soll günstige Voraussetzungen für eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten schaffen. Dabei geht es vor allem um die Förderung österreichischer Investitionstätigkeit in Paraguay, verbunden mit entsprechenden Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen für die österreichischen Investoren, beziehungsweise geht es darum, diese gegen allfällige entstehende Risiken vertraglich abzusichern.

Einige Schwerpunkte dieses Vertrages sind daher von besonderer Bedeutung. So wird der Transfer von Erträgen aus Investitionen durch eigene Bestimmungen geregelt, das heißt, jede Vertragspartei gewährleistet Investoren des Vertragspartners ohne Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung, vor allem bei Kapitaleinsätzen und zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition. Dies gilt auch für die Rückzahlung von Darlehen oder Erlösen im Falle der Liquidation oder Veräußerung der Investition. Selbstverständlich werden jeweils die entsprechenden Wechselkurse, die am Tage der Transaktion Gültigkeit haben, als Grundlage der Zahlungen herangezogen.

Wesentlich scheinen mir auch die Bestimmungen über Entschädigungen im Enteignungsfalle zu sein. Es gilt, daß Investitionen, die von Investoren des Vertragspartners getätigt wurden, nur durch ein rechtmäßiges und im Interesse der Öffentlichkeit stehendes Verfahren enteignet werden dürfen. Dabei muß aber eine der Investition adäquate Entschädigung bezahlt werden. Auch diese Entschädigung muß unter Einbeziehung der jeweiligen Zinsensituation in frei konvertierbarer Währung geleistet werden und frei transferierbar sein und bleiben. Die Vertragspartner, also Paraguay und Österreich, garantieren die Sicherstellung der Mittel für derartige Entschädigungstransfers.

Darüber hinaus steht dem Investor das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung, die Höhe der Entschädigung und die Zahlungsmodalitäten — ich halte das für besonders wichtig — durch zuständige Organe oder durch ein internationales Schiedsgericht überprüfen zu lassen. Dieses Abkommen regelt daher auch das Problem der Streitschlichtung.

Bei Meinungsverschiedenheiten, die nicht innerhalb von drei Monaten beigelegt werden können, wird die Angelegenheit über Antrag des Investors entweder der Rechtsprechung des Ver-

tragslandes oder dem internationalen Zentrum für Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen übergeben. Der Schiedsspruch — so steht es im Vertrag — wird von beiden Vertragspartnern als bindend angesehen.

Meinungsverschiedenheiten, die über die Auslegung, Interpretation oder Handhabung dieses Abkommens entstehen, werden auf Antrag eines Partners dem Urteil einer Schiedskommission unterworfen. Den Vorsitz einer solchen Kommission führt dabei ein Staatsangehöriger eines dritten unbeteiligten Landes, auf den sich die beiden Vertragspartner einigen.

Außerdem werden im vorliegenden Abkommen auch noch wichtige Begriffsbestimmungen dieses Wirtschaftsgefüges definiert, so etwa Investitionen, Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen, Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen, Urheberrechte, öffentlich-rechtliche Konzessionen und so weiter.

Es kann sicherlich erwartet werden, daß die österreichische Wirtschaft in Zukunft von der Möglichkeit, vermehrt in Paraguay zu investieren, Gebrauch machen wird. Seitens der Republik Paraguay ist ein entsprechendes Interesse an diesen Investitionen ebenfalls in einem hohen Ausmaß vorhanden. Die entsprechenden Absicherungen, die dieses Abkommen bietet, werden die Investitionsfreudigkeit der österreichischen Unternehmer sicher fördern.

Da, wie bereits vom Herrn Berichtersatter erwähnt, dieses Abkommen gesetzesändernd beziehungsweise gesetzesverändernd ist, bedarf es auch der Zustimmung des Bundesrates. Diese wird von meiner Fraktion erteilt. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.) 15.48*

**Vizepräsident Walter Strutzenberger:** Nächster Redner: Herr Bundesrat Dr. Rockenschaub. — Bitte sehr.

*15.49*

**Bundesrat Dr. Michael Rockenschaub (FPÖ, Oberösterreich):** Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Die Erweiterung der Prospektkontrolle auf Wirtschaftsprüfer im Zuge des Kapitalmarktgesetzes ist grundsätzlich zu begrüßen. Diese Änderung bedeutet, daß Wertpapieremittenten aller Art in Zukunft mehr Auswahlmöglichkeit haben werden, wenn es darum geht, Prospektkontrolle gesetzesgemäß durchzuführen. Die freiheitliche Fraktion stimmt dieser Regelung gerne zu.

Hinsichtlich des Konsumentenschutzes ist ebenfalls vorgesorgt. Die Haftpflichtdeckungssummen sind in ausreichender Höhe, sodaß der Aspekt des Anlegerschutzes entsprechend berücksichtigt wurde. Ich möchte allerdings bei die-

**Dr. Michael Rockenschaub**

ser Gelegenheit zum Konsumentenschutz, Anlegerschutz auf Geschehnisse in der Praxis hinweisen, auf Dinge, die meines Erachtens reformbedürftig sind.

Wie Sie alle wissen, wurden die Kapitalmarktgesetze gerade in den letzten ein, zwei Jahren in hohem Maße reformiert und mit vielen Neuerungen versehen.

Wie sah vor diesen Reformen die Information für Anleger, für Wertpapierkunden aus? — Die Bank legte Informationsmaterial auf, und auf zwei, drei, vier Seiten waren alle wesentlichen Informationen für den Anleger enthalten.

Heute ist es so, daß eine gesetzlich entsprechende Unterlage für ein Wertpapierprospekt Ausmaße von 40 bis 60 Seiten erreicht und damit nicht mehr an den Kunden oder Interessenten weitergegeben wird, sondern die Einsichtnahme bei der Bank oder beim Emittenten angeboten wird.

Es hat sich in der Praxis herausgestellt, daß sich kaum ein Geldanleger oder ein Kaufinteressent die Zeit nimmt, ein „Buch“ durchzulesen, das gesetzmäßig entsprechende Prospekt durchzusehen. Die Geldinstitute haben sich darauf beschränkt, einfache Werbebriefe über Wertpapiere an Kunden und Interessenten zu versenden.

Weiters sind viele Banken — durchaus berechtigt und aufgrund der Gesetzeslage nicht anders zu erwarten — in Daueremissionen geflüchtet, die gemäß den Gesetzen nicht prospektpflichtig sind. Darunter fallen zum Beispiel auch sogenannte heiße Papiere, Optionsscheine und ähnliches, wo dem Kunden, dem Anleger nur mehr minimale Informationen aktiv angeboten werden.

Es wurde also in der Theorie eine intensive gesetzliche Informationspflicht für Wertpapierkäufer geschaffen; in der Praxis hat jedoch die Masse der Kunden weniger Information als früher beziehungsweise nur dann, wenn sie sich die Zeit nehmen, wie gesagt, das diesbezügliche „Buch“ zu lesen.

Nach einer gewissen Beobachtungszeit müßten der zuständige Minister oder der Herr Staatssekretär — er ist ja bei uns — diese Sache in die Hand nehmen, denn der Konsumentenschutz war diesbezüglich gutgemeint, gutgedacht, hat sich aber in der Praxis nicht so bewährt, wie es der Gesetzgeber erwarten konnte.

Mit dieser Anregung aus der Praxis darf ich auch schon schließen. — Die freiheitliche Fraktion wird beiden Tagesordnungspunkten zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*) 15.53

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Wird vom Herrn Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? — Dies ist auch nicht der Fall.

Die **A b s t i m m u n g** über die vorliegenden Beschlüsse des Nationalrates erfolgt getrennt.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Beschluß des Nationalrates betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kapitalmarktgesetz geändert wird.

Ich bitte jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag zustimmen, gegen den vorliegenden Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, um ein Handzeichen. — Es ist das **S t i m m e n e i n h e l l i g k e i t**.

Der Antrag, keinen Einspruch zu erheben, ist somit **a n g e n o m m e n**.

Wir kommen weiters zur Abstimmung über den Beschluß des Nationalrates betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Paraguay über die Förderung und den Schutz von Investitionen.

Der vorliegende Beschluß enthält Bestimmungen, die Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder betreffen und daher im Sinne des Artikels 50 Abs. 1 B-VG die Zustimmung des Bundesrates erfordern.

Ich bitte jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag, dem vorliegenden Beschluß des Nationalrates die Zustimmung im Sinne des Artikels 50 Abs. 1 B-VG zu erteilen, um ein Handzeichen. — Es ist dies **S t i m m e n e i n h e l l i g k e i t**.

Der Antrag, die Zustimmung im Sinne des Artikels 50 Abs. 1 B-VG zu erteilen, ist somit **a n g e n o m m e n**.

**5. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1994 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970 und das Gebührengesetz 1957 geändert werden (1234 und 1522/NR sowie 4762/BR der Beilagen)**

**6. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1994 betreffend ein Bundesgesetz über den Schutz von Gebrauchsmustern (Gebrauchsmustergesetz — GMG) (1235 und 1523/NR sowie 4763/BR der Beilagen)**

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Wir gelangen zu den Punkten 5 und 6 der Tagesordnung, über die die Debatte unter einem abgeführt wird.

**Vizepräsident Walter Strutzenberger**

Es sind dies Beschlüsse des Nationalrates vom 3. März 1994 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970 und das Gebührengesetz 1957 geändert werden, und ein Bundesgesetz über den Schutz von Gebrauchsmustern.

Die Berichterstattung über die Punkte 5 und 6 hat Herr Bundesrat Ellmauer übernommen. Ich bitte ihn um die Berichte.

Berichterstatter **Matthias Ellmauer**: Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bringe zunächst den Bericht des Wirtschaftsausschusses über den Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1994 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970 und das Gebührengesetz 1957 geändert werden.

In Österreich können Erfindungen auf technischem Gebiet derzeit nur patentrechtlich geschützt werden. Durch das Gebrauchsmustergesetz, das gleichzeitig mit dem gegenständlichen Beschluß in Kraft treten soll, wird nunmehr eine weitere Schutzmöglichkeit für technische Neuentwicklungen geschaffen. Unterschiede zum Patentgesetz bestehen insbesondere in den geringeren Anforderungen an die Erfindungshöhe und in der kürzeren Schutzdauer eines Gebrauchsmusters.

Nach dem vorliegenden Gesetzesbeschluß können nicht nur prioritätsältere Patentanmeldungen und Patente, sondern auch prioritätsältere Gebrauchsmusteranmeldungen (sogenannte „ältere Rechte“) und Gebrauchsmuster als Einspruchs- oder Nichtigkeitsgrund geltend gemacht werden.

Weiters sieht der Gesetzesbeschluß die Möglichkeit vor, eine Patentanmeldung in eine Gebrauchsmusteranmeldung umzuwandeln. Dies ist insbesondere dann von Bedeutung, wenn die Erfindung nicht die Schutzvoraussetzungen des Patentgesetzes, wohl aber jene des Gebrauchsmustergesetzes erfüllt. Die umgewandelte Anmeldung wird in der Folge so behandelt, als wäre sie von vornherein als Gebrauchsmusteranmeldung eingereicht worden.

Der Wirtschaftsausschuß stellt nach Beratung der Vorlage am 8. März 1994 mit Stimmeneinheitlichkeit den Antrag, keinen Einspruch zu erheben.

Ich bringe weiters den Bericht des Wirtschaftsausschusses über den Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1994 betreffend ein Bundesgesetz über den Schutz von Gebrauchsmustern.

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß können technische Neuentwicklungen, die zwar nach dem Patentgesetz nicht patentierbar sind, dennoch aber auf einer gewissen erfinderischen Leistung beruhen, als Gebrauchsmuster geschützt werden. Für österreichische Unternehmen, insbe-

sondere für Klein- und Mittelbetriebe, soll durch die Möglichkeit, in einer einfachen, aber die Rechtssicherheit gewährleistenden Weise in den Genuß eines Schutzrechtes zu gelangen, ein neuer Investitionsanreiz geschaffen werden. Dieses Schutzrechtssystem steht auch für patentierbare Erfindungen zur Verfügung.

In dem Beschluß ist — im Unterschied zum Patentgesetz — weiters vorgesehen, daß auch für die Programmlogik, die Programmen für die Datenverarbeitungsanlage zugrunde liegt, Gebrauchsmusterschutz erworben werden kann. Hingegen können Mikroorganismen und im wesentlichen biologische Verfahren zu deren Züchtung nicht als Gebrauchsmuster geschützt werden.

Nach dem vorliegenden Beschluß des Gebrauchsmustergesetzes besteht für den Anmelder die Möglichkeit, die Gebrauchsmusteranmeldung während des Anmeldeverfahrens in eine Patentanmeldung umzuwandeln. Gleichzeitig ist im Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970 und das Gebührengesetz 1957 geändert werden, die Umwandlung einer Patentanmeldung in eine Gebrauchsmusteranmeldung vorgesehen.

Der Wirtschaftsausschuß stellt nach Beratung der Vorlage am 8. März 1994 mit Stimmeneinheitlichkeit den Antrag, keinen Einspruch zu erheben.

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Ich danke für die Berichterstattung.

Wir gehen in die Debatte ein, die über die zusammengezogenen Punkte unter einem abgeführt wird.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Payer. — Bitte.

15.59

Bundesrat **Johann Payer** (SPÖ, Burgenland): Herr Präsident! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Mit den beiden zu behandelnden Gesetzen, dem Patentgesetz und dem Gebrauchsmustergesetz, werden ineinander übergreifende Rechtsbereiche geregelt, sodaß eine gemeinsame Behandlung zielführend ist.

In vielen österreichischen Unternehmungen, besonders in Klein- und Mittelbetrieben, gibt es ein innovatives Potential, das besser genutzt werden kann, ja besser genutzt werden muß.

Beide Gesetze bieten Anreize, auf dem Gebiete der Forschung und auf dem Gebiete der technischen Neuentwicklungen mehr zu tun, mehr zu investieren. Technische Neuentwicklungen, die auf einer gewissen erfinderischen Leistung beruhen, aber nicht patentierbar sind, können als sogenannte Gebrauchsmuster geschützt werden.

## Johann Payer

Das Gebrauchsmuster berechtigt den Inhaber, andere davon auszuschließen, den Gegenstand der Erfindung betriebsmäßig herzustellen, in Verkehr zu bringen oder zu verwenden.

Diese Schutzfunktion ist wichtig für die österreichische Wirtschaft; trotz des freien Marktes ist diese Schutzfunktion eine Notwendigkeit.

Wichtig für die Wirtschaft ist aber auch, daß beim Gebrauchsmustergesetz versucht wurde — ich glaube, mit Erfolg versucht wurde —, die Bürokratie auf ein notwendiges Mindestmaß einzuschränken. Das Gebrauchsmuster kann durch ein vereinfachtes Verfahren rasch erteilt werden, die Geltungsdauer beträgt höchstens zehn Jahre, die Gebührenregelung ist einfach, übersichtlich und auch kostengünstig.

Eine Anmeldegebühr von 700 S, eine Veröffentlichungsgebühr von 1 000 S und eine beschleunigte Veröffentlichung um 700 S, das sind Werte, die man wirklich als kostengünstig bezeichnen kann. Auch die Jahresgebühr, beginnend im zweiten Jahr mit 600 S und ansteigend bis zum zehnten Jahr auf 3 000 S, wird sich fördernd und auch motivierend auf das „kleine Patent“ auswirken.

Ich meine, daß gerade das Gebrauchsmustergesetz gut lesbar ist. Ich möchte es als Beispiel dafür hinstellen, daß man Rechtssicherheit, weniger Bürokratie und Transparenz auf einen guten gemeinsamen Nenner bringen kann.

Wir leben in einer Zeit, die von hoher Innovationsgeschwindigkeit und von immer kürzer werdenden Produktionszyklen gekennzeichnet ist. Daher ist es auch zu begrüßen, daß während des Ermittlungsverfahrens eine Gebrauchsmusteranmeldung in eine Patentanmeldung umgewandelt werden kann. Die umgewandelte Anmeldung wird in der Folge so behandelt, als wäre sie von vornherein als Gebrauchsmusteranmeldung eingereicht worden.

Diese begrüßenswerte Liberalität gibt jedem Anmelder die Möglichkeit, die Erhebungen des Patentamtes in seine Überlegungen einfließen zu lassen, ob der Schutz als Patent oder als Gebrauchsmuster für seine Erfindung wirtschaftlich sinnvoller ist.

Wichtig scheint es mir auch zu sein, daß im Gebrauchsmustergesetz im Unterschied zum Patentgesetz vorgesehen ist, daß auch für Programmlogik, die EDV-Programmen zugrunde liegt, der notwendige Schutz gewährleistet werden kann. Der rasche Schutz einer Erfindung ist gerade für Klein- und Mittelbetriebe des öfteren eine Überlebensfrage.

Diese beiden zur Beratung vorliegenden Gesetze haben die Aufgabe, geistige Leistungen öster-

reichischer Unternehmungen und Erfinder abzusichern. Beide Gesetze werden mithelfen, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, und sie werden auch mithelfen, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Größere Wettbewerbsfähigkeit nützt der heimischen Wirtschaft. Eine gute Wirtschaftsentwicklung fördert vor allem innovative Betriebe und hilft, Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Daher begrüßt meine Fraktion beide Gesetzesvorlagen. — Wir werden gegen diese Beschlüsse des Nationalrates keinen Einspruch erheben. *(Beifall bei der SPÖ.) 16.03*

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Nächster Redner ist Herr Bundesrat Gantner. — Bitte.

16.03

Bundesrat Wilhelm **Gantner** (ÖVP, Vorarlberg): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Hoher Bundesrat! „Kleines Patent für kleine Erfindungen“ hat kürzlich eine österreichische Tageszeitung einen Artikel über das neue Gebrauchsmustergesetz überschrieben. In der Tat: Es handelt sich bei diesem Gesetz um eine Verschiebung des ursprünglichen Markenschutzes in Richtung Patent — ich sage bewußt in Richtung Patent. Es aber als „kleines Patent für kleine Erfindungen“ zu bezeichnen, ist nicht ganz richtig, da es sich sehr wohl um einen patentähnlichen Schutz handelt, ein Patent aber nicht ersetzt und keineswegs nur für kleine Erfindungen gedacht ist, sondern für alle Innovationen grundsätzlich als neuer gewerblicher Erfindungsschutz in Frage kommt.

Der wesentliche Inhalt in aller Kürze: Mein Vorredner Kollege Payer hat schon das Wesentliche gesagt, nämlich daß mit dem Gebrauchsmustergesetz künftig technische Neuentwicklungen, und zwar unabhängig davon, ob es sich nach dem Patentgesetz um patentierbare Vorhaben handelt oder nicht, als Gebrauchsmuster geschützt werden können. Voraussetzung ist allerdings, daß die Erfindung neu ist, auf einem erfinderischen Schritt beruht und gewerblich anwendbar ist. Erfinderischer Schritt bedeutet, daß auch die als Gebrauchsmuster schützbar Erfindungsqualität aufweisen muß, allerdings in einem weit geringeren Maße, als dies für eine Patentierung erforderlich wäre.

Der Begriff „Neuheit“ entspricht ebenfalls grundsätzlich jenem des Patentgesetzes. Einfacher wird es aber durch die Einführung einer sogenannten „Neuheitsschonfrist“, das heißt, daß eine Offenbarung der Erfindung, die nicht früher als sechs Monate vor der Anmeldung erfolgt ist, bei der Beurteilung der Neuheit außer Betracht bleibt, sofern sie vom Anmelder selbst erfolgt ist.

**Wilhelm Gantner**

Mein Vorredner hat bereits gesagt, daß eben erstmalig auch EDV-Programme aufgenommen worden sind. Ich möchte ihn etwas korrigieren: nicht direkt EDV-Programme, sondern nur die Programmlogik, die EDV-Programmen zugrunde liegt; also die eigentlichen Programme selber können nicht geschützt werden.

Aber immerhin ist es ein Schritt in die richtige Richtung, damit solche Dinge künftig wirkungsvoll geschützt werden, weil gerade im Bereich der Softwareentwicklung sehr große Anstrengungen unternommen werden, sehr große Werte geschaffen werden, die bislang nur spärlich oder kaum geschützt werden konnten.

Das Gebrauchsmuster muß schriftlich beim Patentamt eingebracht werden und dem entsprechen, was eigentlich auch dem Patent entspricht — zumindest bei der Anmeldung. Die Tür öffnet sich allerdings im § 15, in dem es heißt, daß Form und Inhalt einer Anmeldung durch Verordnung näher zu regeln sind und dabei auf möglichste Zweckmäßigkeit und Einfachheit Bedacht zu nehmen ist.

Genau da kann angesetzt werden, damit die österreichischen Unternehmungen, vor allem die Klein- und Mittelbetriebe, möglichst rasch in den Genuß eines gewerblichen Schutzrechtes, und zwar in Form dieses Gebrauchsmusters, vulgo „kleines Patent“, kommen.

Das Anmelde- und Prüfungsverfahren ist gegenüber dem Patentgesetz bedeutend vereinfacht und verkürzt worden, und es erfolgt keine explizite Prüfung auf Neuheit, erfinderische Höhe oder gewerbliche Anwendbarkeit, sondern lediglich eine allgemeine, und zwar in Form einer Recherche zum Stand der Technik.

Während man — das ist sehr wichtig für die Anmeldung eines Patentess — rund zwei Jahre veranschlagen muß, rechnet man für ein Gebrauchsmuster nur mit einem halben Jahr.

Auch der Anmelder selber kann eine Beitragsverfahrensbeschleunigung leisten, indem er eben eine beschleunigte Veröffentlichung der Registrierung beantragt. Dieses erfolgt dann — soweit dem nichts entgegensteht — vor der Registrierung und vor der Fertigstellung des Recherchenberichtes.

Erwähnt wurden bereits die erfreulich niedrigen Gebühren dafür. Wenn man das zusammenrechnet, dann kosten zehn Jahre 17 900 S. Zahlt man diese Jahresgebühren in zwei Raten, so verringert sich dieser Betrag auf 16 100 S.

Wer ein Gebrauchsmuster verletzt, hat mit ähnlichen Folgen zu rechnen wie bei einer Patentverletzung: Der Geschädigte hat Anspruch auf Unterlassung, Beseitigung, Urteilsveröffentli-

chung, angemessenes Entgelt, Schadenersatz und Herausgabe des Gewinns.

Meine Damen und Herren! Als vor rund drei Jahren ein ähnliches Gesetz in Deutschland geschaffen wurde, führte dies zu einem sprunghaften Anstieg von erteilten Gebrauchsmustern. 17 000 Anmeldungen pro Jahr werden dort verzeichnet; für Österreich rechnet man immerhin mit 1 000 bis 2 000 Gebrauchsmustern allein im ersten Jahr.

Hoher Bundesrat! Wir Österreicher gehören zu den westeuropäischen Staaten mit den weltweit höchsten Einkommen und auch höchsten Lohnnebenkosten, mit den niedrigsten Arbeitszeiten, mit den meisten Feier- und Urlaubstagen sowie dem niedrigsten faktischen Pensionsalter. Vergleicht man diese Fakten mit jenen der ostasiatischen Länder, so wird schnell klar, daß wir im produzierenden Bereich sehr teuer, manchmal zu teuer sind, oft sogar um das Zehn-, Dreißig-, ja sogar Hundertfache zu teuer sind, aber auch teurer sein müssen.

Spätestens aber seit der Ostöffnung ist klar, daß nunmehr „Hongkong“ vor unserer Haustüre liegt, und eine Studie des Wifo belegt es sehr deutlich: Während bei uns ein Monatslohn in der Industrie bei 26 000 S liegt, beträgt ein solcher in Ungarn rund 2 300 S, in Tschechien oder in der Slowakei zirka 1 300 S und in Rußland gar nur 250 S.

Wenn ich sage: Vor der Haustüre, so stimmt das wirklich, denn als Vorarlberger brauche ich Sie nicht extra darauf aufmerksam zu machen, daß zum Beispiel die Entfernung von Wien nach Lemberg in die Ukraine kleiner ist als jene zwischen Wien und Bregenz.

Meine Damen und Herren! Nur mit unserer Hände Arbeit werden wir unseren Wohlstand, unseren Lebensstandard und unsere Sozialleistungen kaum mehr halten können. Halten oder sichern können wir diese Werte nur, wenn wir möglichst rasch in einen Wettbewerb der Köpfe eintreten: mit neuen Ideen, Innovationen, neuen Technologien. Das braucht das Land! — Betrachten wir die Patentsituation, so wird das nur allzu deutlich.

Nach zwei mäßigen Jahren melden seit dem letzten Jahr wieder mehr Unternehmungen ihre Erfindungen zum Patent an. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beträgt rund 3 Prozent. Das ist keinesfalls Anlaß, sich zufrieden zurückzulehnen. Im Gegenteil: In den USA kommt auf 241 Einwohner ein Patent, in Japan auf 33 Einwohner ein Patent. In Österreich liegt das Verhältnis 3 000 : 1, das heißt, auf 3 000 Einwohner kommt ein Patent.

**Wilhelm Gantner**

Es ist nur zu hoffen, daß dieses Gebrauchsmustergesetz jetzt die Betriebe motiviert, sich verstärkt zu entwickeln und ihre Erfindungen auch schützen zu lassen. Dabei zählt die Entwicklung neuer Technologien und Produkte zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren.

Untersuchungen bestätigen, daß sich Unternehmungen, die konsequent Forschung und Entwicklung betreiben, in den letzten Jahren weit besser entwickelt haben als solche ohne beziehungsweise mit geringen F- und E-Aktivitäten. Das ist kein Wunder, machen doch die meisten Firmen den Hauptteil ihres Geschäftes mit Produkten, die jünger als drei bis fünf Jahre sind.

Betriebliche Forschung und Entwicklung allein sind jedoch zuwenig. Diese empfindliche Pflanze braucht guten Boden und Dünger, um zu gedeihen. „Boden“ heißt für mich universitäre, heißt staatliche Forschung. Unter „Dünger“ verstehe ich einen funktionierenden Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch zwischen den Betrieben selbst. Erfindungen der Wirtschaft und Ergebnisse der Grundlagenforschung müssen besser und schneller umgesetzt werden können.

Gemessen am Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von nur etwa 1,5 Prozent bildet Österreich — leider! — nach wie vor das Schlußlicht. Die Quote in Deutschland, in der Schweiz und in den USA beträgt hingegen 2,8 Prozent und in Japan 3 Prozent. Auch in punkto öffentliche Forschungsförderung, also jener Teil an den öffentlichen Forschungsausgaben, die zur Förderung der privaten Forschung ausgegeben werden, rangiert Österreich im internationalen Vergleich mit bescheidenen 7,5 Prozent am unteren Teil der Skala.

Ein Vergleich: Die Abdeckung des Defizits der Österreichischen Bundesbahnen ist um 1 Milliarde Schilling höher als die gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Österreich. Trotz vieler Bemühungen seitens unseres Wissenschaftsministers, mehr Geld für Wissenschaft und Forschung zu mobilisieren, wird die immense Bedeutung der institutionellen Forschung als entscheidender Impulsgeber immer noch zu wenig erkannt und in der Folge immer noch stiefmütterlich behandelt.

Die Akzeptanz für die Forschung — vor allem für die Grundlagenforschung — ist in den USA und in Japan bedeutend höher als bei uns. Es ist viel zu wenig bewußt, in welchem Maße unser Wohlstand von den wissenschaftlichen und technischen Leistungen abhängig ist. Der Stellenwert von Forschung und Technik muß daher in unserer Gesellschaft wieder angehoben werden. Die öffentliche Hand muß endlich aus ihrer Beobachter- und Moderatorenrolle heraustreten und klare

Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für ein innovatives Österreich schaffen.

Dazu gehören neben der bereits erwähnten signifikanten Anhebung der Forschungsausgaben auch die verstärkte Förderung der betrieblichen Forschung und Entwicklung, die Schaffung eines leistungsbelohnenden und entwicklungsfördernden Steuersystems, der schnelle Ausbau leistungsfähiger Telekommunikationsnetze und vor allem die extensive Förderung der beruflichen und fachlichen Weiterbildung. Ein funktionierendes Risikokapitalsystem zu schaffen, ist ein Gebot der Stunde — ich wiederhole: ein funktionierendes Risikokapitalsystem! —, denn allzuoft scheitern brillante Ideen am fehlenden Geld.

Die frühe Inanspruchnahme und die unkomplizierte Zurverfügungstellung von relevanten Informationen sind entscheidend für ein Innovationsklima und erhöhen gleichzeitig auch die Erfolgsaussichten.

Meine Damen und Herren! Die Welt wird immer „kleiner“. Das geflügelte Wort vom „globalen Dorf“ ist bereits Realität. Die Anzahl von Informationen, die weltweit zur Verfügung stehen, ist schier unermesslich: Allein im Bereich der Technik und Naturwissenschaften kommen täglich zirka 25 000 neue dazu! Dieser unglaubliche Schatz Wissenschaft, kann nur mittels modernster Informationstechnik genutzt werden. Da hat wiederum der Technologietransfer anzusetzen, aber nicht als neue Verwaltungsstelle, sondern als echte Drehscheibe zwischen den Anbietern und den Suchenden.

Also heraus — könnte man zurufen — aus den Elfenbeintürmen und hinein in die Betriebe! Technologietransfer heißt, Knochenarbeit zu leisten, die Probleme, den Bedarf der Firmen zu kennen, deren Sprache zu sprechen und gleichzeitig auch Zugriff auf das große erwähnte Angebot von Forschungsergebnissen, aber auch fertigen Entwicklungen und Fachleuten zu haben.

Technologietransfer heißt auch, die Leute zueinanderzuführen und zu neuen Partnerschaften und Kooperationen zu leiten. Bestehende Einrichtungen sind besser zu koordinieren, zum Teil neu auszurichten und natürlich zu ergänzen. Ausdrücklich begrüßen möchte ich in diesem Zusammenhang die Initiativen seitens des Wirtschaftsministeriums, das mit der Förderung des Technologietransfers und der betrieblichen Innovationen neue Schritte setzt.

Aber auch das Patentamt betreibt Technologietransfer als Informationsanbieter. Zum Stand der Technik spielt das Patentamt eine entscheidende Rolle. In Zusammenarbeit mit den WIFIs werden in den Bundesländern laufend einschlägige Informations- und Beratungsveranstaltungen durchge-



**Wilhelm Gantner**

führt. Die steigenden Anmeldungen sind nicht zuletzt auch auf diese verstärkte Arbeit zurückzuführen.

Das neue Gebrauchsmustergesetz wird sicherlich die Bedeutung des Patentamtes noch verstärken, die Wirtschaft aber insgesamt zu mehr Innovationen anregen. Es ist das ein wesentlicher Beitrag zur österreichischen Technologiepolitik und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Die Fraktion der ÖVP-Bundesräte wird daher diesen Gesetzesbeschlüssen gerne ihre Zustimmung erteilen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.) 16.17*

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Wird vom Herrn Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? — Dies ist auch nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Die Abstimmung über die vorliegenden Beschlüsse des Nationalrates erfolgt getrennt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1994 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970 und das Gebührengesetz 1957 geändert werden.

Ich bitte jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag zustimmen, gegen den vorliegenden Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, um ein Handzeichen. — Dies ist **Stimmeneinhelligkeit**.

Der Antrag, keinen Einspruch zu erheben, ist somit **angenommen**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1994 betreffend ein Bundesgesetz über den Schutz von Gebrauchsmustern.

Ich bitte jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag zustimmen, gegen den vorliegenden Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, um ein Handzeichen. — Dies ist **Stimmeneinhelligkeit**.

Der Antrag, keinen Einspruch zu erheben, ist somit **angenommen**.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe noch bekannt, daß seit der letzten beziehungsweise in der heutigen Sitzung die Anfrage 975/J eingebracht wurde.

Die Einberufung der **nächsten** Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin ist Donnerstag, der 24. März 1994, 9 Uhr in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit sie dem Einspruchsrecht beziehungsweise dem Zustimmungsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschußvorberatungen sind für Mittwoch, den 23. März 1994, 14 Uhr vorgesehen.

Die Sitzung ist **geschlossen**.

**Schluß der Sitzung: 16 Uhr 19 Minuten**